



# MASTERARBEIT

Die Rolle der O5 während des Krieges und  
danach

Christhard Schneider

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (M.A.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt.  
Studienblatt:

A 066 805

Studienrichtung lt.  
Studienblatt:

Globalgeschichte und Global Studies

Betreuerin:

Univ. Prof. Dr. Sybille Steinbacher

1. Einleitung .....	4
1.1 Forschungsstand .....	8
1.2 Methodologie .....	11
2. Situation in Österreich seit 1938 .....	15
2.1 Zustimmung zum „Anschluß“ .....	15
2.2 Hindernisse für einen effektiven Widerstand.....	18
3. Bildung überparteilicher Gruppen.....	20
3.1 Entstehung von Widerstandsgruppen in den letzten Kriegsjahren.....	20
3.2 Die Moskauer Deklaration .....	21
3.3 Konzentrationslager als Keimzelle neuer Gruppen.....	25
4. Die Entwicklung zur O5.....	26
4.1 Das „Österreichische Zentralkomitee“ .....	26
4.2 Vom Zentralkomitee zur O5 .....	29
4.3 Sabotage .....	31
4.4 Propaganda .....	34
5. Koordinierung mit dem Ausland.....	35
5.1 Fritz Molden.....	35
5.2 Die „Verbindungsstelle Schweiz“ .....	37
6. Schaffung eines politischen Gremiums.....	39
6.1 Das „Provisorische Österreichische Nationalkomitee“ .....	39
6.2 Programmatik .....	41
7. Verbindungen zu den Alliierten .....	45
7.1 Kontakte mit den Westalliierten.....	45
7.2 Das ambivalente Verhältnis zur Sowjetunion .....	47
8. Die O5 in den Tagesrapporten der Gestapo .....	48
9. Beteiligung an der Operation „Radetzky“ .....	50
10. Aktivitäten nach der Befreiung Wiens .....	55
10.1 Anfängliche Kooperation mit den sowjetischen Behörden.....	55
10.2 Der Wiederaufbau der Wiener Stadtverwaltung .....	58
10.3 Wiedererrichtung der staatlichen Institutionen .....	64
11. Das Ende der O5 .....	66
11.1 Ablehnung durch die Parteien .....	66
11.2 Ausschaltung durch die Russen.....	69
12. Das O5-Zeichen.....	73
12.1 Die Wirkung des O5-Zeichens während des Krieges .....	73
12.2 Stilisierung nach dem Krieg - Das Zeichen am Stephansdom.....	75

12.3 Das O5-Zeichen und die „Waldheim-Affäre“ .....	78
13. Schluss.....	80
Bibliographie.....	87
Literatur .....	87
Quellen .....	92
Zusammenfassung.....	94
Abstract .....	96
Lebenslauf .....	97

## 1. Einleitung

Die „eigentliche Geburtsstunde der O5 sei der 11. März 1938 gewesen und der Kampf gegen den Hitler-Faschismus hätte bereits am ersten Tag der Okkupation begonnen.“<sup>1</sup>

So beschrieb es der Widerstandskämpfer Georg Fraser in einem Memorandum über den Beginn jener Widerstandsorganisation, die unter dem Namen O5 berühmt wurde. Auch wenn diese Bemerkung symbolisch gemeint war, da die O5 sich erst ab 1942 zu formieren begann, zeigt sie doch, dass es Österreicher gab, die nicht in den Jubel über die Eingliederung ins Deutsche Reich einstimmen wollten. Diese Personen gründeten also eine Widerstandsgruppe, die, obwohl sie gerade einmal knapp zwei Jahre existierte, in der österreichischen Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit über lange Jahre hinweg den Ruf genoss, die größte und einflussreichste Widerstandsbewegung in Österreich während der Zeit der Besetzung durch das Dritte Reich von 1938 bis 1945 gewesen zu sein.

Allerdings wurde die Existenz österreichischer Widerstandsbewegungen vielfach bestritten. Noch im Januar 1945 bemerkte ein britischer Armeekommandant, dass es keinen österreichischen Widerstand gäbe, mit dem man kooperieren könne.<sup>2</sup> Ebenso bewerteten die Sowjets die Leistung des österreichischen Widerstandes als gering oder verneinten gar seine Existenz. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS bemerkte, dass „von einem österreichischen ‚Widerstand‘ selbst während des Sturmes der Sowjetarmeen auf Wien kaum etwas zu merken war.“<sup>3</sup> Dennoch gab es gerade während der letzten Kämpfe in Wien eine deutliche Reaktion der Bevölkerung gegen die Nationalsozialisten. Am 7. April übermittelte der Kommandant von Wien, General von Bühnau ein Telegramm nach Berlin, in dem er erklärte, dass „die Wiener Bevölkerung stärkeres Feuer gegen die deutschen Truppen richte, als der Feind.“<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> DÖW, Nr. 7936, Aide Memoire betreffend das Zentralkomitee Österreich (O5).

<sup>2</sup> Walter Manoschek: Verschmähte Erbschaft. Österreichs Umgang mit dem Nationalsozialismus 1945-1955, in: Österreich 1945-1955. Gesellschaft – Politik – Kultur, Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos (Hrsg.), 94-104, Wien 1995, S. 96.

<sup>3</sup> Zit. nach Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation, DÖW (Hg.) Wien 1975, Band 3, S. 397.

<sup>4</sup> Gordon Shepherd: Die österreichische Odyssee, Wien 1958, S. 176.

Die vorliegende Arbeit versucht deshalb herauszufinden, welche Bedeutung die O5 während des Zweiten Weltkrieges und danach hatte. Dieses Anliegen berührt elementarste Kernbereiche des Selbstverständnisses Österreichs, da für die europäischen Staaten der Widerstand gegen den Nationalsozialismus einer der stärksten identitätsstiftenden Faktoren seit 1945 gewesen ist. Gerhard Botz konstatiert, dass „die meisten Gesellschaften und politischen Systeme Europas nach 1945 einen mehr oder minder starken historischen Legitimationsgrund aus der Überwindung faschistischer Diktatur- und Besatzungsregime ziehen, insbesondere aus der des deutschen Nationalsozialismus.“<sup>5</sup>

Allerdings konnte diese Wirkung der Widerstandsbewegungen in Österreich zunächst nicht entstehen, wofür zahlreiche Faktoren ausschlaggebend waren.

Eine Ursache war, dass die verantwortlichen Politiker der neu entstandenen Republik es bewusst versäumten, die Jahre der nationalsozialistischen Besatzung gezielt aufzuarbeiten. Vielmehr wurde die Mitschuld vieler Österreicher an den Verbrechen der Nationalsozialisten verdrängt. Dies war eine Folge der Nachkriegsentwicklung, in der nicht Opfer des NS-Regimes, sondern ehemalige Nationalsozialisten und Mitläufer das politische und gesellschaftliche Leben in Österreich dominierten. Das resultierte allein schon aus der zahlenmäßigen Größe dieser Gruppe, die deutlich die Anzahl der Widerstandskämpfer und Oppositionellen übertraf. Beide Volksparteien, sowohl die Sozialdemokraten (SPÖ) als auch die „Österreichische Volkspartei“ (ÖVP), buhlten deshalb spätestens ab 1949, als ehemalige Nationalsozialisten ihr Stimmrecht zurückerhielten, um die Gunst dieser Personen, die man als Mitglieder, Unterstützer und Wähler für sich gewinnen wollte.

Parallel dazu entstand die so genannte „Opferthese“, wonach Österreich das erste Opfer der deutschen Expansionspolitik war, und somit nicht haftbar für die begangenen Verbrechen gemacht werden konnte. Diese Argumentation folgte im Wesentlichen der 1943 von Großbritannien, den USA sowie der Sowjetunion vereinbarten „Moskauer Deklaration“, in welcher die Besetzung Österreichs für

---

<sup>5</sup> Gerhard Botz: Methoden- und Theorieprobleme der historischen Widerstandsforschung, in: Helmut Konrad, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewusstsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Wien 1983, S. 137.

null und nichtig erklärt wurde. Allerdings galt dies für Österreich als ein völkerrechtliches Subjekt, doch bereits die am 27. April 1945 proklamierte Unabhängigkeitserklärung, weitete diese Opfertheorie auf die gesamte Bevölkerung aus. Die provisorische Staatsregierung, der sowohl ÖVP, SPÖ als auch die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) angehörte, verkündete, dass der „Anschluß durch militärische kriegsmäßige Besetzung des Landes dem hilflos gewordenen Volke Österreichs aufgezwungen worden sei“.<sup>6</sup>

Damit wurde die „Opferthese“ und die damit einhergehende Verdrängung österreichischer Schuld zu wichtigen Bestandteilen der österreichischen Identität nach 1945. Wolfgang Neugebauer, Historiker und ehemaliger Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW), führt das allgemeine Verdrängen und Leugnen der Verantwortung in Österreich nach 1945 darauf zurück, „daß in der schwierigen Nachkriegszeit und in der Phase des Wiederaufbaus und der beginnenden Konjunktur, für Fragen der Vergangenheitsbewältigung bzw.- aufarbeitung wenig Zeit und Interesse vorhanden waren. Darüber hinaus ließen das Abflauen des antifaschistischen „Geistes von 1945“ und der damit zusammenhängende Prozeß der Integration und Aufwertung ehemaliger Nationalsozialisten Ende der vierziger Jahre das Thema Widerstand geradezu zu einem politischen Tabu werden“.<sup>7</sup>

Lediglich gegenüber dem Ausland bemühte man sich, die Leistungen der Österreicher im Kampf gegen die deutsche Besatzung hervorzuheben. Dies geschah mit dem Ziel politisches Kapital daraus zu ziehen. Im Rahmen der Verhandlungen über die Souveränität zwischen der Republik Österreich und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, forderten diese einen Nachweis über den eigenen Beitrag Österreichs zu seiner Befreiung. Dieser Forderung kam die österreichische Regierung unverzüglich nach, da sie schon kurz nach Kriegsende den Auftrag erteilt hatte, Dokumente und Informationen zu sammeln, die die Widerstandsaktivitäten belegen sollten. Dieser Auftrag ging sowohl an offiziellen Stellen, als auch an die Widerstandskämpfer selbst. Bei einem Zusammentreffen

---

<sup>6</sup> Proklamation über die Selbstständigkeit Österreichs vom 27. April 1945 durch die politischen Parteien Österreichs, in: Stephan Verosta: Die internationale Stellung Österreichs. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938 bis 1947, Wien 1947, S. 59.

<sup>7</sup> Wolfgang Neugebauer: Widerstandsforschung in Österreich, in: Anton Pelinka, Erika Weinzierl (Hrsg.): Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit, Wien 1987, S. 163.

mit Repräsentanten des Widerstandes 1945 erklärte der damalige Bundeskanzler Figl dass es nun darauf ankomme, „Material über den tatsächlich geleisteten Widerstand Österreichs schnellstens zu sammeln und zu einer amtlichen Überprüfung zuzuführen, damit diese Material von der Regierung zum Besten unseres Staates bei den Verhandlungen mit den Vereinten Nationen benutzt werden kann.“<sup>8</sup> Diese Unterlagen bildeten die Basis für das von der Bundesregierung bereits 1946 herausgegebene „Rot-Weiß-Rot-Buch“, das die erste, und für lange Zeit einzige, auf Quellen basierte Auseinandersetzung mit dem Thema bedeutete.<sup>9</sup> In einem Memorandum, welches bei Verhandlungen in London 1947 den Siegermächten überreicht wurde, hieß es, dass „das Memorandum beweise, daß eine Mehrheit der Österreicher aktiv, nicht passiv gegen die Okkupanten aufgetreten ist. Sie haben unter erschwerten Umständen mitgewirkt, die Fähigkeit Deutschlands, gegen die Alliierten Krieg zu führen, herabzumindern. Wenngleich heute 530000 Registrierte gezählt werden, so haben von ihnen nur 70000 bereits vor der Annexion mit den Nazi zusammengearbeitet.“<sup>10</sup>

Während also die Leistungen der Widerstandsgruppen gegenüber dem Ausland besonders hervorgehoben und zur Legitimation und Durchsetzung von österreichischen Interessen benutzt wurde, wurde in Österreich selbst den Widerstandskämpfern jahrelang die gesellschaftliche und politische Anerkennung verwehrt. Es entstand ein Klima, in dem Widerstandskämpfer und Oppositionelle als Verräter, Eidbrecher oder Kameradenmörder diffamiert und ihnen die gesellschaftliche Anerkennung, aber auch finanzielle Entschädigung, versagt wurde.

Dies änderte sich mit Beginn der 1960er Jahre, als sich ein gesellschaftspolitischer Wandel vollzog, in dessen Verlauf, die nationalsozialistische Vergangenheit immer stärker thematisiert und aufgearbeitet wurde. Zahlreiche Geschehnisse, sowohl auf politischer, als auch auf wissenschaftlicher Ebene, markieren diese Zäsur. 1965 wurde den Widerstandskämpfern in der Wiener Hofburg ein Gedenkraum

---

<sup>8</sup> DÖW, Nr. 2595, Mitteilungen der Österreichischen Liga demokratischer Freiheitskämpfer, Wien, Januar 1946.

<sup>9</sup> Rot-Weiß-Rot-Buch: Gerechtigkeit für Österreich! Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs (nach amtlichen Quellen), Wien 1946.

<sup>10</sup> Zit. nach: Josef Kocensky (Hg.): Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1945-1955, Wien 1970, S. 371.

gewidmet, mit dem an ihre Leistung gewürdigt werden sollte. Damit wurde die Periode, in der man ehemaligen Nationalsozialisten entgegen kam, beendet und die Widerstandskämpfer, zumindest vom politischen Österreich, rehabilitiert.

Gleichzeitig zeigten sich auch in der historischen Forschung Bestrebungen zu einer Revision des bisherigen Geschichtsverständnisses. 1962 wurde an der Universität Wien das erste österreichische Institut für Zeitgeschichte gegründet und ein Jahr später entstand mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes ein zentraler Ort zur wissenschaftlichen Aufarbeitung. Seit diesem Zeitraum entstanden die ersten wissenschaftlichen Arbeiten über den Widerstand in Österreich.

## 1.1 Forschungsstand

Die erste wissenschaftliche Arbeit legte im Jahr 1958 der ehemalige Widerstandskämpfer Otto Molden mit seiner Dissertation vor, für die er viele seiner ehemaligen Mitstreiter interviewte.<sup>11</sup> Allerdings ist diese Darstellung mit dem Makel behaftet, dass er die Rolle der O5 überbewerte und „aus politischen Gründen den kommunistischen Widerstand (darunter den Großteil des Arbeiterwiderstandes) ausklammerte“ und so „seinem Anspruch, die Geschichte des „österreichischen Freiheitskampfes“ zu schreiben, nicht gerecht wurde“.<sup>12</sup> Moldens begründete die geringe Darstellung des kommunistischen Widerstands damit, dass dieser „nicht für die Unabhängigkeit Österreichs“, sondern „für die Weltrevolution, die Diktatur des Proletariats und den Zusammenbruch der nichtkommunistischen Staatenwelt kämpfte“.<sup>13</sup>

Gordon Shepherd widmete der österreichischen Widerstandsbewegung ein Kapitel in seinem 1958 veröffentlichten Werk.<sup>14</sup> Auch dieses Buch stellt die Verdienste der bürgerlichen Widerstandskämpfer, und somit auch der O5 in den Vordergrund. Allgemein entsteht bei der Analyse der Sekundärliteratur aus dieser Zeit der Eindruck, dass die Autoren Behauptungen und Aussagen der O5-Mitglieder in ihre

---

<sup>11</sup> Otto Molden: Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938-1945. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Widerstandsbewegung, Wien 1958.

<sup>12</sup> Neugebauer: S.165.

<sup>13</sup> Otto Molden, S. 165.

<sup>14</sup> Gordon Shepherd: Die österreichische Odyssee, Wien 1958.

Werke übernahmen, ohne sie kritisch zu hinterfragen oder sie durch andere Quellen zu beweisen.

Der bipolaren Logik des Kalten Krieges folgend, veröffentlichte dann Hermann Mitteräcker 1963 das Gegenstück zur politisch einseitigen Darstellung Moldens. Sein von der KPÖ herausgegebenes Werk konzentrierte sich auf den, bis dahin kaum beachteten, Widerstand von Kommunisten und Arbeitern. Mitteräcker charakterisierte die O5 als eine Organisation, in der „Vertreter der Industrie, des Grundbesitzes und der Kirche [wirkten], die dem ehemaligen Ständeregime nahestanden.“<sup>15</sup>

Die wohl ausführlichste Studie zum Widerstand in Österreich hat der tschechisch-amerikanische Historiker und ehemalige Widerstandskämpfer Radomir Luža 1985 vorgelegt.<sup>16</sup> Er stützte sich hierbei nicht nur auf eine enorme Menge der vorhandenen Literatur. Denn einerseits schöpfte er aus seinen eigenen Erfahrungen und Erlebnissen als tschechischer Widerstandskämpfer und aus zahlreichen Interviews, die er selbst mit ehemaligen Mitgliedern diverser Widerstandsbewegungen führte. Andererseits beruht sein Werk auf einer umfassenden Auswertung unterschiedlichster Quellen der damaligen Zeit, wie etwa Gerichtsakten und Protokolle der Geheimen Staatspolizei (Gestapo), Berichten des amerikanischen Geheimdienstes sowie des Außenministeriums und Publikationen der einzelnen österreichischen Widerstandsgruppen. So ergibt sich eine Darstellung, die vom Zusammenbruch des Habsburger Reiches 1918 bis zum Untergang des NS-Regimes reicht und alle politischen und ideologischen Lager abdeckt.

Dennoch liegt auch bei dieser Veröffentlichung der Fokus auf den bürgerlichen und sozialistischen Widerstandsgruppen, insbesondere der O5. Aktivitäten der Kommunisten, die die größte Gruppe der Widerstandskämpfer ausmachten, werden nur am Rande beschrieben.

Auch Claudia Hoerschelmann erhob die O5 über die anderen Gruppen, als sie konstatierte, dass die O5 „innerhalb der österreichischen Emigration in der Schweiz einen Sonderfall darstellt. Sie war die erste Gruppierung, die beginnend

---

<sup>15</sup> Hermann Mitteräcker: Kampf und Opfer für Österreich. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Widerstandes 1938 bis 1945, Wien 1963, S. 183.

<sup>16</sup> Radomir Luža: Der Widerstand in Österreich 1938-1945, Wien 1985.

mit dem Sommer 1944, mit Zustimmung der Schweizer militärischen Behörden gegen das Nazi-Regime aktiv werden konnte.“<sup>17</sup>

Diese Aussage stimmt so nicht, da, wie Gerald Steinacher nach der Auswertung der aktuellen Aktenlage bemerkt, Wilhelm Bruckner und sein Wehrverband „Patria“ bereits seit dem Mai 1944 für den Schweizer Militärgheimdienst arbeitete. Hieraus entwickelten sich Widerstandsaktivitäten, die sich auf ganz Österreich und Südtirol erstreckten und welche von französischen und britischen Geheimdiensten unterstützt wurden. Diese Widerstandsgruppe hat bisher wenig Aufmerksamkeit innerhalb der Widerstandsforschung erhalten, auch wenn sie „im Ausmaß ihrer Widerstandstätigkeit der „O5“ kaum nachstand, und sogar etwas früher mit schweizerischen und alliierten Stellen in Kontakt“ stand.<sup>18</sup>

Aber es gab und gibt auch Historiker, welche den Einfluss der O5 relativieren. Hierzu zählt unter anderem Gerhard Jagschitz, der der O5 zwar eine „vorübergehende Bedeutung“ zumaß, die Hochstilisierung zur gesamtösterreichischen Widerstandsbewegung aber für „übertrieben“ hält.<sup>19</sup> Die ihr zugeschriebene Bedeutung hatte die O5 seiner Meinung nach lediglich in den April- und Maitagen des Jahres 1945, als sie die Federführung beim Wiederaufbau der Landesregierungen, der Verwaltung und der Verbände übernehmen wollte. Keineswegs aber sei sie die bedeutendste Gruppe gewesen, da sie „nur eine von zahlreichen Widerstandsgruppen [war], die alle beanspruchten, eine Dachorganisation des österreichischen Widerstandes zu sein.“<sup>20</sup>

Ähnlich sieht es Robert Kriechbaum, der darlegt, dass „der eigentlich bedeutsame Widerstand, der in die Gründung der Zweiten Republik und der Begründung ihres

---

<sup>17</sup> Claudia Hoerschelmann: Exilland Schweiz. Österreichische Emigranten und Flüchtlinge in der Schweiz von 1938 bis 1945, Wien 1995.

<sup>18</sup> Gerhard Steinacher: „...der einzige Österreicher in der Schweiz, der den Nazis effektiv Widerstand leistete“. Wilhelm Bruckner und der „österreichische Wehrverband Patria“ 1943-1946, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Jahrbuch 2001, 147-183, Wien 2001, S. 183.

<sup>19</sup> Gerhard Jagschitz: Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung, in: Andreas Hilger, Mike Schmeitzner, Clemens Vollnhals (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955, 367-416, Göttingen 2006, S. 380.

<sup>20</sup> Gerhard Jagschitz: Der österreichische Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime 1938-1945 in: Peter Schneck, Karl Sretenovic (Hrsg.), Zeitgeschichte als Auftrag politischer Bildung. Lehren aus der Vergangenheit (Pädagogik der Gegenwart 408), 65- 89, Wien 1979, 84.

politischen Systems und ihrer politischen Kultur einmünden sollte, jener der Parteien [war].“<sup>21</sup>

Wolfgang Neugebauer erkennt zwar in seinem 2008 veröffentlichten Werk<sup>22</sup> an, dass die O5 durch ihre Verbindung zu den Alliierten zu einem politischen Faktor wurde, tritt aber der vorherrschenden Meinung, dass es sich bei der O5 um die österreichische Widerstandsgruppe schlechthin gehalten habe, entschieden entgegen. Er verweist auf fehlende Berichte über die Gruppe in den Unterlagen der Gestapo sowie der NS-Justiz. Vielmehr verweist er an einem Einzelbeispiel darauf, wie sehr das von Historikern und den ehemaligen Widerstandskämpfern beschriebene Geschehen von den Tatsachen abweichen konnte. So war ein Angehöriger der Wehrmacht, von Otto Molden als die „Seele des Widerstandes bei den Deutschmeistern“<sup>23</sup> dargestellt, laut Simon Wiesenthal ein Kriegsverbrecher, der sich in Serbien an Judenmassakern beteiligte.<sup>24</sup> Dass Neugebauer der O5 nicht mehr so eine Bedeutung beimisst, wie dies viele seiner Kollegen früher taten, zeigt allein schon die Tatsache, dass er sie auf gerade einmal zwei Seiten seines Werkes behandelt.

## 1.2 Methodologie

Diese Arbeit hat das Ziel, die Rolle der O5 während und nach der deutschen Besetzung zu untersuchen. Dafür werden zunächst zum besseren Verständnis der historischen Gegebenheiten, die Entwicklung und Probleme des österreichischen Widerstandes seit 1938 dargestellt (Kapitel 2). Es wird gezeigt werden, dass sich die Situation grundlegend von der in anderen besetzten Ländern unterschied, und die Schaffung eines schlagkräftigen Widerstandes, der von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt und getragen wurde, nahezu unmöglich war.

Anschließend (Kapitel 3) wird die Entwicklung von Widerstandsgruppen ab 1943 beschrieben, um so darzulegen, wie es zwischen einzelnen Personen zu Kontakten über Parteigrenzen hinweg kam. Dieses bildete die Grundlage für die Gründung der

---

<sup>21</sup> Von der Illegalität zur Legalität. Die ÖVP im Jahr 1945. Politische und geistesgeschichtliche Aspekte des Entstehens der Zweiten Republik, Wien 1985, S. 114.

<sup>22</sup> Wolfgang Neugebauer: Der österreichische Widerstand 1938-1945, Wien 2008.

<sup>23</sup> Otto Molden, S. 213.

<sup>24</sup> Neugebauer, S. 196.

O5. Darauf folgend werden die Aktivitäten der O5 während des Krieges genauer betrachtet und auf ihre Wirksamkeit untersucht (Kapitel 4).

In Kapitel 5 wird näher auf die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden eingegangen, bei der sich vor allem Fritz Molden durch seine Kontakte mit dem amerikanischen Geheimdienst in der Schweiz hervorgetan hat, was zu einer Aufwertung der O5 bei den Alliierten führte.

Das sechste Kapitel widmet sich der Schaffung eines politischen Gremiums, das unersetzlich für die Durchführung der politischen Ziele der O5 war.

Daran anschließend werden in Kapitel 7 die Verbindungen zu den Alliierten betrachtet, um den unterschiedlichen Umgang mit der O5 darzulegen.

Für die Bewertung der O5 werden in Kapitel 8 zudem die Gestapo-Tagessrapporte der Leitstelle Wien auf mögliche Hinweise bezüglich der Wirkung ihres Handelns untersucht.

Das neunte Kapitel untersucht die Rolle der O5 während der „Operation Radetzky“. Da es ein der wichtigsten Ziele der O5 war, nach einer erfolgreichen Befreiung vom NS-Regime, die Verwaltung aufzubauen, wird im zehnten Kapitel ihre Beteiligung beim Aufbau der Wiener Stadtverwaltung und bei der Wiedererrichtung der staatlichen Institutionen analysiert.

Das elfte Kapitel beschreibt das Ende der O5, die zwischen den Parteien und den russischen Behörden zerrieben wurde.

Da die O5 im Gegensatz zu anderen Gruppen über ein markantes Symbol verfügte, fokussiert sich das zwölfte Kapitel auf die Wirkung des O5-Zeichens, während und nach dem Krieg.

Methodologisch beruht diese Untersuchung auf vielerlei Dokumenten und Akten aus der damaligen Zeit. Diese Quellen stammen entweder aus dem „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ (DÖW) oder aus dem Archiv der „Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte“ (ÖGZ) und lassen sich in zwei Sorten unterscheiden.

Einerseits gibt es Dokumente, die von den Widerstandskämpfern selbst angefertigt wurden. Hierzu zählen Akten aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges ebenso wie Berichte und Tagebuchaufzeichnungen, die die ehemaligen Widerstandskämpfer und KZ-Insassen selbst bereits kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges veröffentlicht haben. Hinzu kommen autobiographische Werke dieser Personen,

die als Quelle einen nicht zu unterschätzenden Wert besitzen, da sie die Ereignisse aus erster Hand wiedergeben. Zu diesen unmittelbar nach Kriegsende entstandenen autobiographischen Werken gehören zum Beispiel die Veröffentlichungen von Hans Becker<sup>25</sup> oder dem späteren Bundespräsidenten Adolf Schärf.<sup>26</sup>

Die zweite Gruppe der Quellen besteht aus den Dokumenten, die von anderen Personen und Institutionen über die O5 verfasst wurden. Zu diesen Quellen zählen Dossiers von schweizerischen und amerikanischen Geheim- und Nachrichtendiensten ebenso wie Lageberichte der US Army sowie der Roten Armee. Des Weiteren werden, soweit vorhanden, Tagesberichte und Lagebeschreibungen der Gestapo-Leitstelle in Wien hinsichtlich des Wirkens der widerständischen Bewegungen analysiert.

Allerdings ergeben sich hierbei einige Widrigkeiten, die die Auswertung der Quellen behindern oder gar unmöglich machen. Eine Schwierigkeit betrifft den Wahrheitsgehalt der untersuchten Quellen.

Gerade weil die Widerstandskämpfer im Verborgenen agierten und tunlichst ihre Enttarnung vermeiden mussten, gibt es häufig nur unzureichend gesichertes Material über Größe, Zusammensetzung, Ziele und Aktionen der einzelnen Bewegungen. Obendrein kommt, dass diese Gruppen falsche Angaben über sich machten, indem sie zum Beispiel ihre tatsächliche personelle Stärke und Bedeutung größer erschienen ließen, als sie in Wirklichkeit waren, um so gegenüber dem Gegner, aber auch den eigenen Mitglieder und Unterstützern, als machtvoller zu erscheinen. Nicht selten handelt es sich bei diesen autobiographischen Werken also um Versuche, das eigene Handeln zu glorifizieren und es im Nachhinein als wirkungsvoller erscheinen zu lassen, als es der Realität entsprach. Zudem müssen diese Werke immer auch im gesellschaftlichen Kontext eines sich im Wiederaufbau befindlichen Staates, der versucht, sich eine neue Identität zu geben, gelesen werden.

Des Weiteren spielte die ideologische Fragmentierung in Parteigänger der beiden großen Volksparteien auf der einen und in Anhänger der Kommunisten auf der anderen Seite, eine große Rolle. Gleichzeitig bestand der übergeordnete weltpolitische Kontext der Nachkriegszeit, mit der sich herausbildenden Rivalität

---

<sup>25</sup> Hans Becker: Österreichs Freiheitskampf – Die Widerstandsbewegung in ihrer historischen Bedeutung, Wien 1946.

<sup>26</sup> Adolf Schärf: April 1945 in Wien, Wien 1948.

zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion. Der Wettstreit der beiden Systeme wirkte sich dahingehend aus, dass Leistungen von anderen politischen Organisationen im Kampf gegen die Besatzer negiert oder geleugnet wurden, während die eigene Bedeutung hervorgehoben wurde.

Auch die Quellen, die von den sowjetischen, amerikanischen oder auch deutschen Behörden stammen, können nicht als neutral erachtet werden. Zum einen waren die alliierten Mächte kein monolithischer Block. Vielmehr bestanden zwischen den einzelnen Staaten zu diesem Zeitpunkt Spannungen, Meinungsverschiedenheiten und Skepsis. Dies wirkte sich auch auf die Qualität der Informationen aus, die die jeweiligen Armeen und Geheimdienste über die Situation in Österreich erhielten. Das politische und soziale Milieu, aus dem ein Informant stammte, wirkte sich auf sein Wirken aus und ging mit der Bevorzugung einer der in der Anti-Hitler-Koalition verbündeten Staaten und ihres Gesellschafts- und Politiksystems einher. Dementsprechend suchte man die Nähe zu einer der vier Mächte, auch im Hinblick auf eine spätere Besetzung Österreichs und ihre Folgen für die jeweilige Person.

Im Fall der amerikanischen Geheimdienste stützen sich ihre Berichte über die O5 auf eine einzige Quelle, nämlich Fritz Molden.<sup>27</sup> Molden war aber Mitglied der O5 und dementsprechend sind seine Informationen, die er an die Amerikaner über die Größe und Programmatik der Gruppe sowie den österreichischen Widerstand weitergab, nicht als objektiv zu bewerten. Gleiches gilt für Geheimdienst-dokumente der Sowjetunion, die zum Teil unter Mithilfe von Kommunisten entstanden, und somit der bürgerlich geprägten O5 reserviert bis feindlich gegenüberstanden.

Für die Berichte der Gestapo gilt, dass als Resultat des sich anbahnenden Zusammenbruches des NS-Regimes die Widerstandsgruppen nicht mehr so gründlich überwacht und verfolgt wurden, wie dies noch zu Beginn der NS-Herrschaft der Fall war. Aus diesem Grund ist kaum offizielles Datenmaterial aus dem Frühjahr 1945 vorhanden.<sup>28</sup> So wurden die Zeiträume, die die so genannten Tagesrapporte umfassten, seit dem Oktober 1938 kontinuierlich länger. Während im September 1938 noch 26 dieser Tagesrapporte angefertigt und an das Geheime

---

<sup>27</sup> DÖW, Nr. 12.667, Informationsstudie des OSS: POEN and the Austrian Underground, 13. April 1945, S. 2.

<sup>28</sup> Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945 – Eine Dokumentation, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.), Bd. 2 1938-1945; Wien 1984, S. 436.

Staatspolizeiamt in Berlin übermittelt wurden, waren es im Zeitraum August 1942 bis März 1944 nur noch 8 bis 9. Danach sank die Zahl weiter, so dass bei Kriegsende nur noch „Wochenreporte“ erstellt wurden.<sup>29</sup> Daraus ergibt sich, dass die Berichte immer ungenauer werden, und nur noch wenig detailreich sind. Etwaige Aktionen der O5 könnten also nicht registriert worden sein, in diesen Berichten.

Gleichzeitig entsteht bei der Analyse dieser Berichte ein schwerwiegendes Problem. Zum einen gaben offizielle Dokumente der nationalsozialistischen Behörden die tatsächliche Größe von Widerstandsgruppierungen wohl eher zu hoch an, mit dem Motiv, die eigene Wirksamkeit bei der Bekämpfung dieser Gruppen zu unterstreichen.<sup>30</sup> Gleichzeitig dürfte aber auch der gegenteilige Fall eingetreten sein, nämlich dass die offiziellen Behörden der Nationalsozialisten die Schlagkraft der Bewegungen leugneten und herunterspielten, um deren Wirkungsgrad als gering erscheinen zu lassen und so potentielle Neumitglieder von einer Betätigung abzuhalten. Gerade diese Politik der gezielten Desinformation macht es schwierig, gesicherte Kenntnisse aus den Gestapo-Berichten zu ziehen.

Weiter dienen als Quelle Kommuniqués, Flugblätter oder Radiomeldungen, die entweder von der O5 selbst verfasst wurden sind, oder in denen über diese berichtet wurde. Auch hier ergibt sich wieder das Problem, das diese nicht neutral und vorurteilsfrei entstanden sind.

## 2. Situation in Österreich seit 1938

### 2.1 Zustimmung zum „Anschluß“

Die Situation in Österreich unterschied sich in entscheidenden Merkmalen grundlegend von der in anderen von Deutschland besetzten Ländern. Dieser Zustand beruhte sowohl auf kulturellen, politischen, als auch auf wirtschaftlichen Motiven.

---

<sup>29</sup> Wolfgang Form, Ursula Schwarz: Die Tagesrapporte der Gestapo-Leitstelle Wien, in: Jahrbuch 2011, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), 209-229, Wien 2011, S. 209.

<sup>30</sup> Radomir Luža: Der Widerstand in Österreich 1938-1945, Wien 1985, S. 14.

Über Jahrhunderte hinweg bestand eine Zugehörigkeit beider Länder zu diversen übergeordneten politischen Einheiten wie dem Heiligen Römischen Reich oder dem Deutschen Bund. Zudem erlaubte die deutsche Sprache einen Gedanken- und Kulturaustausch über die Ländergrenzen hinweg, sodass Deutschland und Österreich einen gemeinsamen Kulturraum bildeten. Dies ließ eine gewisse Verbundenheit der beiden Völker entstehen, die sich grundlegend von den Beziehungen Deutschlands zu anderen besetzten Ländern unterschied.

Aus diesem Grund stieß das ausdrückliche Verbot einer Vereinigung mit Deutschland, welches die Westalliierten nach dem Ersten Weltkrieg Österreich im Friedensvertrag von Saint-Germain 1919 auferlegt hatten, bei vielen Österreichern auf strikte Ablehnung.

Gleichzeitig befand sich Österreich in einer politisch, wirtschaftlich und sozial äußerst schwierigen Situation. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg, verbunden mit dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches, das diktatorisch regierende „austrofaschistische“ Regime des „Ständestaates“ sowie die Wirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre sorgten auch in Österreich für eine tiefe Spaltung der Gesellschaft und führte zu sozialen und politischen Spannungen, die sich zum Teil in gewalttätigen Auseinandersetzungen entluden.

Deshalb waren große Teile der österreichischen Bevölkerung davon überzeugt, dass sich das Land erst im Verbund mit Deutschland stabilisieren könnte. Vor allem die sozial Benachteiligten, Menschen aus den unteren Einkommensgruppen und die jüngere Generation, erhofften sich durch die wirtschaftliche und politische Konsolidierung des Landes nach der Vereinigung, dass sich ihre individuelle Lage nach dem „Anschluß“ deutlich verbessern würde.<sup>31</sup>

Außerdem beeinflusste der Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland das politische Leben in Österreich. Bei den letzten freien Gemeinde- und Landtagswahlen im April 1932 konnte der österreichische Ableger der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) enorme Gewinne für sich verbuchen und in Wien, Salzburg und Niederösterreich insgesamt 336.000 Stimmen auf sich vereinen, was einem Anteil von 16 Prozent der abgegebenen Stimmen entsprach. Allein in Wien erhielt die Partei rund 200.000 Stimmen und verachtfachte so ihr Ergebnis aus dem Jahr 1930.

---

<sup>31</sup> Luža, S. 24.

Am 12. März 1938 marschierten Truppen der deutschen Wehrmacht, Einheiten der Schutzstaffel (SS) und der Gestapo in Österreich ein und annektierten es. Eine Besonderheit war, dass sich dieser Prozess, der als „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich proklamiert wurde, auf mehr oder weniger friedlichem Wege vollzog. Während die deutsche Besetzung der anderen Staaten Europas durch einen kriegerischen Akt erfolgte, wurde Österreich annektiert, ohne dass es zu militärischen Handlungen kam. Vielmehr wurde diese Annektierung auch noch durch eine „Volksabstimmung“ juristisch legitimiert. Bei diesem Urnengang am 10. April 1938 über die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“, die sowohl in Österreich als auch in Deutschland stattfand, beteiligten sich 99,71% der zu dieser Zeit wahlberechtigten österreichischen Bevölkerung. Ihre Zustimmung zum „Anschluß“ gaben dabei 99,73% der Stimmberechtigten, während 11929, davon allein rund 5000 in Wien, mit „Nein“ stimmten.<sup>32</sup>

Der „Anschluß“ brachte dann auch für die mit der Überwachung und Verfolgung jeglicher Art von Opposition beauftragten Behörden die Möglichkeit, ihrer Arbeit in Ruhe nachgehen zu können. So hatte die Gestapo anderthalb Jahre bis zum Kriegsbeginn Zeit, alle Personen, die dem Regime gefährlich hätten werden können, ausfindig zu machen und festzunehmen. Allein in den ersten zehn Tagen der Besetzung wurden zirka 90.000 Personen in Österreich von der Gestapo verhaftet.<sup>33</sup> Neben Angehörigen der ethnischen Minderheiten handelte es sich hierbei zumeist um Parteigänger der Vaterländischen Front sowie der Kommunisten. Zu den Inhaftierten zählten Bundeskanzler Schuschnigg, die meisten Mitglieder des Kabinetts, die Landeshauptleute der Bundesländer, sowie ihre engsten Vertrauten aus den jeweiligen Stäben. Sozialisten wurden zu einem gewissen Grad verschont, da man sie, aufgrund einer vermeintlichen ideologischen Nähe sowie der gemeinsamen erfahrenden Verfolgung im „Ständestaat“ als Verbündete gewinnen wollte.

Dementsprechend verlor das Land fast die gesamte politische Führungselite, die mögliche oppositionelle oder widerständische Operationen hätte organisieren und leiten können. Gleichzeitig wurde das österreichische Bundesheer aufgelöst, ein

---

<sup>32</sup> Willibald Holzer: Im Schatten des Faschismus. Der österreichische Widerstand gegen den Nationalsozialismus (1938-1945), Wien 1978, S. 45.

<sup>33</sup> Gordon Shepherd: Die österreichische Odyssee, Wien 1958, S. 158.

Großteil der Generäle in Pension geschickt oder in die Wehrmacht integriert. Bei Kriegsbeginn wurden dann schließlich die jungen, für den Militärdienst tauglichen, Österreicher zur Wehrmacht eingezogen. Somit war das Reservoir, aus dem sich der Widerstand hätte speisen können, bereits ausgeschöpft.

Außerdem begannen die Nationalsozialisten, alle bedeutenden Posten im Militär, in der Verwaltung und Politik, sowie in Industrie und Wissenschaft mit regimetreuen Personen, häufig Deutschen, zu besetzen. Somit war das gesamte öffentliche Leben dem Zugriff des NS-Regimes ausgeliefert, ein Umstand, der einen tatkräftigen Widerstand im Keim erstickte.

## 2.2 Hindernisse für einen effektiven Widerstand

Aufgrund dieser Gründe war die Anzahl derer, die die Annektierung ablehnten und sich gegen das herrschende Regime stellten, äußerst gering. In der Zeit direkt nach dem „Anschluß“ 1938 bestand der Widerstand gegen das NS-Regime in Österreich zunächst einmal nur aus einer gewissen Art von Abwehrhaltung und Opposition. Diese speiste sich aus dem Protest gegen den Verlust der österreichischen Identität und die dominierende Rolle der so genannten „Reichsdeutschen“ in Politik, Verwaltung und Militär.

Diejenigen, die es dennoch taten, hatten äußerst unterschiedliche Motive und Zielsetzungen, sodass zunächst von einem einheitlichen, organisierten Widerstand gegen die NS-Herrschaft keine Rede sein konnte.

Ein Charakteristikum des Widerstandes in Österreich war, dass es nicht zur Bildung einer landesweiten, einheitlichen Bewegung kam, sondern er aus unzähligen, von einander unabhängigen, Gruppen bestand. Die Spannbreite der Widerstandsbewegungen umfasste nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen und folgte den parteipolitischen und sozialen Gegebenheiten der damaligen Zeit. Sie reichte von Kommunisten, Sozialisten als Vertreter der Arbeiterbewegung, hin zu Adeligen und monarchietreuen Kräften bis zum katholisch-konservativen Milieu. Daneben gab es zahlreiche kleinere Organisationen, die sich keinem politischen oder ideologischen Lager zurechnen ließen. Des Weiteren gab es auch ethnisch geprägte Bewegungen, die sich aus den vom NS-Regime verfolgten Minderheiten zusammensetzten.

Aufgrund dieser Zersplitterung kam es zu keiner Übereinkunft zwischen den diversen Gruppen oder gar zu gemeinsamen Aktionen gegen das herrschende Regime. Zu stark unterschieden sich die einzelnen Gruppen in ihren Zielen und ihrer Programmatik. Der Widerstand war zu Beginn „keineswegs eindeutig durch das Bekenntnis zur Unabhängigkeit Österreichs geprägt“<sup>34</sup>. Die Kommunisten sahen den Widerstand gegen das NS-Regime als einen nationalen Befreiungskampf an, der auf einer österreichischen Identität fußte und gegen alles Preußische gerichtet war. Die Sozialisten hingegen waren größtenteils für den Verbleib Österreichs beim Dritten Reich und gaben der Schaffung von demokratischen Strukturen, beziehungsweise der Errichtung des Sozialismus, Vorrang. In bürgerlichen Kreisen, wie der Vaterländischen Front, war der österreichische Patriotismus nur in Ansätzen vorhanden, so dass eine gemeinsame Bewegung, über alle Partei- und Lagergrenzen hinweg, zunächst reine Utopie bleiben musste.

Ein weiterer Grund für die geringe Größe der diversen Gruppen, war der Verfolgungsdruck durch die offiziellen Stellen. Dieser Druck, der sich noch während des Krieges deutlich verschärfte, führte dazu, dass auf eine übergreifende Organisation der einzelnen Gruppen verzichtet wurde. Die Gefahr bestand darin, dass durch den Zusammenschluss und die Kooperation mit anderen Gruppen, die Möglichkeit einer Infiltration durch Agenten der Gestapo oder anderer Behörden deutlich erhöht wurde.

Zudem stellte die Denunziation durch Nachbarn, Angehörige oder Kollegen eine enorme Gefahr dar. Auch wenn sich die reguläre Polizei, Gestapo und anderer Dienste größte Mühe bei der Überwachung der Bevölkerung gaben, wären sie ohne die freiwillige Mitarbeit von regimetreuen, oder einfach nur auf ihren Vorteil bedachten Bürgern, wohl nie so effektiv gewesen.

Deshalb lautete eine der Regeln innerhalb der Gruppen, so wenige wie möglich der anderen Mitglieder zu kennen. So sollte verhindert werden, dass ein Mitglied bei einer Enttarnung und Verhaftung zu viele Informationen über die Gruppe preisgeben konnte. Etliche der Mitglieder waren ja bereits in Konzentrationslagern und Gefängnissen inhaftiert gewesen, sodass sie und ihr oppositionelles Gedankengut den Überwachungsbehörden bekannt waren. Deshalb waren sie,

---

<sup>34</sup> Hans Mommsen: Widerstand und politische Kultur in Deutschland und Österreich, Wien 1994, S. 18.

wenn sie entlassen und sich wieder aktiv am Widerstand beteiligten, besonders gefährdet. Der ehemalige Wehrmachtsoffizier und spätere Begründer einer Widerstandsgruppe die sich vornehmlich aus Adelligen rekrutierte, Prinz Wilhelm von Thurn und Taxis, war davon überzeugt, dass die unzureichenden Vorsichtsmaßnahmen und die mangelnde Organisation in den ersten Jahren des Widerstandes viele Menschenleben gekostet hätte.<sup>35</sup> Bis zum Jahre 1943 hatte die Gestapo dann auch alle existierenden und aktiven Widerstandsgruppen entdeckt und weitestgehend zerschlagen.<sup>36</sup>

### 3. Bildung überparteilicher Gruppen

#### 3.1 Entstehung von Widerstandsgruppen in den letzten Kriegsjahren

Die erste Phase des Widerstandes begann bereits mit der Besetzung durch die Nazis und war aufgrund der Verhaftung der politischen Elite geprägt von Studenten und naiven Idealisten, die vereinzelt Anti-Nazi-Parolen an die Wände schmierten. Ihre Tätigkeit war dilettantisch und wenig wirkungsvoll, dennoch kann man nicht verleugnen, dass es sich um mutige, patriotische Österreicher handelte, die ihr Leben für die Befreiung vom Faschismus einsetzten.

Diese erste Periode wurde gegen Ende des Jahres 1940 von einer zweiten Phase abgelöst, in der der Widerstand von entlassenen Politikern organisiert wurde, die pragmatischer und organisierter auftraten, als ihre Vorgänger.

Die Gründe hierfür lagen einerseits in diversen Geschehnissen und Ereignissen innerhalb Österreichs, andererseits waren sie aber auch außenpolitisch motiviert. Aus diesen, sich zum Teil gegenseitig bedingten Entwicklungen entstand der Nährboden für die Gründung neuer Organisationen.

In den Jahren 1942 und 1943 vergrößerte sich die Anzahl potenzieller Widerstandskämpfer um ein Vielfaches. Dies ist vor allem auf zwei Entwicklungen zurückzuführen.

Einerseits kamen viele der politischen Gefangen aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern frei. Diese waren kurz nach der Besetzung 1938 festgenommen wurden und hatten nun ihre Strafe verbüßt. Gleichzeitig brauchte

---

<sup>35</sup> Gundula Walterskirchen: Blaues Blut für Österreich – Adelige im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Wien 2000, S. 262.

<sup>36</sup> Holzer, S. 11.

man Platz für die immer größer werdende Anzahl von Kriegsgefangenen. Die Freigelassenen entstammten zumeist dem konservativen und bürgerlichen Lager. Unter ihnen befanden sich vor allem Mitglieder der Christlichsozialen und Sympathisanten des Schuschnigg-Regimes.<sup>37</sup>

Hinzu kam, dass immer mehr Wehrmatsangehörige, welche an der Front verwundet wurden, nach Österreich zurückkehrten und nun hier ihren Dienst ableisteten. Diese waren aufgrund ihrer militärischen Erfahrungen gerade zu prädestiniert, Sabotageakte durchzuführen, Operationen zu planen oder an kriegerischen Handlungen auf Seiten von Partisanen mitzuwirken. Zudem bedeutete ihre Wehrmatszugehörigkeit, dass sie deutlich unbehelligter von der Gestapo agieren konnten, als das bei den Gruppen der Kommunisten oder Sozialisten der Fall war. Aus dem konservativen Lager und aus den Reihen der Militärs kamen dann auch die größten Impulse für den Aufbau neuer Widerstandsbewegungen.

### 3.2 Die Moskauer Deklaration

Ein bedeutender Anstoß für die Bildung neuer Widerstandsgruppen kam 1943 aus dem Ausland.

Österreich besaß lange Zeit keinen bedeutenden Wert in den Augen der Alliierten. Als das Land 1938 annektiert wurde war es damit als eigenständiger Staat von der Landkarte verschwunden, hatte außer Mexiko kein anderes Land dagegen protestiert. Vielmehr sah man die Annektierung wohl als eine Art „innere Angelegenheit“ an, in die man nicht hinein gezogen werden wollte. Aus diesem Grund wandelten die meisten Staaten dann auch ziemlich rasch ihre Botschaften in Wien in Konsulate um und führten die diplomatischen Beziehungen zum NS-Staat von Berlin aus.

Dennoch gab es bereits ab August 1941 einen Plan im britischen Außenministerium, der unterschiedliche Modelle des Nachkriegsösterreichs skizzierte. Diese Modelle reichten von einer Unabhängigkeit des Landes, wie es schon zwischen 1918 und 1938 war, zur Bildung einer Donauföderation, bis hin

---

<sup>37</sup> Karin Ruprecht: Die Widerstandsjahre 1938-1945 in Österreich – Von den ersten unorganisierten Widerstandsgruppen zum zentral gelenkten Widerstand durch die 'O5', Wien 1990, S. 39.

zur Beibehaltung der Vereinigung mit Deutschland. Die Sowjetunion wiederum strebte die Schaffung eines unabhängigen Österreichs an, wie Stalin im Dezember 1941 den britischen Außenminister Eden wissen ließ.<sup>38</sup> Was die Österreicher, sowie die anderen Völker, die von diesen Entscheidungen beeinflusst wurden, dazu sagten, war erst einmal zweitrangig. So bestand zum Beispiel kein großes Interesse an den rund 10.000 österreichischen Emigranten, die allein in Großbritannien im Exil waren. Weder England, noch die USA, maßten ihnen eine große Bedeutung bei der Niederschlagung des NS-Regimes und beim folgenden Wiederaufbau des Landes zu.<sup>39</sup>

Diese Meinung allerdings änderte sich allmählich, als man zu der Überzeugung gelangte, dass man eindeutige Ziele für die Nachkriegszeit formulieren müsse und es ebenso notwendig sei, eine Reaktion der Österreicher hervorzurufen. Das alliierte Ziel war nun, den Widerstandsgeist der Österreicher zu wecken und sowohl politisch, als auch materiell und finanziell zu unterstützen. So erhoffte man sich, vor allem in Großbritannien, die notwendige Schwächung Deutschlands zu erreichen. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchte man aber auch die Unterstützung der USA sowie der Sowjetunion.

Inzwischen, im Sommer 1943, spielte auch das Kriegsgeschehen den Alliierten immer deutlicher in die Hände. Die Niederlage der 6. Armee der Wehrmacht bei Stalingrad zu Beginn des Jahres 1943 markierte den Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges. Der Zusammenbruch des NS-Regimes war von nun an nur noch eine Frage der Zeit. Gleichzeitig flogen die alliierten Bomberstaffeln ihre ersten schweren Luftangriffe auf österreichisches Gebiet, was die Kampfeinstellung und das Durchhaltevermögen der Bevölkerung entscheidend demoralisiert haben dürfte. Außerdem bestand nach dem Sturz Mussolinis in Italien und dem Ende seines Regimes, die Möglichkeit, näher an das Deutsche Reich heranzukommen, als es jemals zuvor der Fall gewesen war. Dies wirkte sich auf militärische Planungen bezüglich eines Einmarsches in Österreich aus, verstärkte aber auch die Möglichkeit, leichter an Informationen aus Österreich heranzukommen oder militärisches Material und Propaganda nach Österreich zu schleusen.

---

<sup>38</sup> Manfred Rauchensteiner: Der Sonderfall – Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Wien 1979, S. 16.

<sup>39</sup> Ebd., S. 16.

Zu dieser Zeit wurde dann jenes Papier entworfen, welches später in der Moskauer Deklaration seinen offiziellen Charakter finden sollte. Seit dem 19. Oktober 1943 berieten der britische Außenminister Anthony Eden, der Amerikaner Cordell Hull sowie Wjatscheslaw Molotow für die Sowjetunion bei einem Zusammentreffen in Moskau über das Nachkriegsschicksal Deutschlands und seiner Verbündeten. Die Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 war für das weitere Vorgehen der Alliierten bezüglich Österreichs und dessen Rolle nach Beendigung des Krieges von entscheidender Bedeutung, zugleich war sie das „zweifelloos wichtigste Dokument in der Entstehungsgeschichte“<sup>40</sup> der Zweiten Republik. Die Wichtigkeit der Erklärung ergab sich aus den zwei in ihr enthaltenen Punkten.

Die drei Mächte verkündeten zunächst, „daß Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll“.<sup>41</sup> Die Besetzung Österreichs durch Deutschland vom März 1938 erklärten sie für null und nichtig. Aus diesem Grund sollte Österreich nach dem Krieg als freies und unabhängiges Land wiederhergestellt werden.

Doch obwohl die drei Mächte damit die staatliche Souveränität Österreichs zum Zeitpunkt des Krieges als nicht gegeben ansah, erklärten sie, dass Österreich für die Teilnahme am Krieg eine Verantwortung trage, und dass es bei der Entscheidung, wie mit Österreich in Zukunft verfahren werden sollte, der eigene Beitrag, den es zu seiner Befreiung beitrage, berücksichtigt würde.

Diese zwei Aspekte, der Wunsch nach Errichtung eines unabhängigen Österreichs und die Berücksichtigung der Leistung Österreichs zu seiner Befreiung, waren von entscheidender Bedeutung.

Auch wenn nicht ausdrücklich geäußert wurde, wie der Beitrag der Österreicher zu ihrer Befreiung aussehen sollte, so stieg doch dadurch die Motivation der österreichischen Bevölkerung sich, wenn auch nur heimlich, gegen das NS-Regime zu positionieren. In der Folge verstärkten sich die Widerstandsaktivitäten und führten schließlich zum Entstehen von neuen Widerstandsgruppen.

---

<sup>40</sup> Rauchensteiner, S. 15.

<sup>41</sup> Moskauer Erklärung über Österreich vom 30. Oktober 1943, veröffentlicht am 1. November 1943, in: Stephan Verosta: Die internationale Stellung Österreichs. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938 bis 1947, Wien 1947, S. 52.

Außerdem war mit dem alliierten Ziel eines unabhängigen Österreichs jeder Wunsch innerhalb der österreichischen Gesellschaft nach einem großdeutschen Staat aussichtslos geworden. Dies führte dazu, dass die Widerstandskämpfer gezwungen waren „über das negative Ziel der Beseitigung der NS-Herrschaft hinaus, ein positives Ziel zu entwickeln“.<sup>42</sup> Durch diese Formulierung übten die Alliierten Druck auf die ungleichen Elemente des österreichischen Widerstandes aus, sich auf die Wiederherstellung der Grenzen von vor dem Einmarsch der deutschen Truppen festzulegen. Dies traf vor allem die Sozialisten, da die Beibehaltung der Vereinigung mit Deutschland von einem Großteil der SPÖ geteilt wurde. Die Begeisterung der Sozialisten für den „Anschluß“ hatte zunächst einmal ideologische Gründe. Das Ziel, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, schien nur zusammen mit der weitaus mächtigeren und besser organisierten deutschen Arbeiterbewegung machbar. Hinzu kam, dass führende Repräsentanten der SPÖ aus dem deutsch-nationalen Lager stammten, und Persönlichkeiten wie Karl Renner oder Otto Bauer sich intensiv zwischen 1918 und 1938 für eine Eingliederung Österreichs stark machten. Bauer sprach sich noch aus dem Exil heraus, gegen das Österreich-Bewusstsein der Christlichsozialen aus, das er für eine reaktionäre Utopie hielt.<sup>43</sup>

Im Gegensatz dazu, betonten die Kommunisten seit Beginn der Besatzung die Eigenständigkeit Österreichs und den eindeutigen Unterschied zu Deutschland. Kernstück der kommunistischen Propaganda war dann auch „die bedingungslose Befürwortung der österreichischen Nation.“<sup>44</sup> Dies stand zwar im Gegensatz zur kommunistischen Vorstellung, in der die Menschen in Klassen und nicht in Nationen unterteilt sind, allerdings standen diese Positionen während der Kriegszeit hinter dem Wunsch nach Befreiung von faschistischer Herrschaft zurück. Zudem scheint fraglich, ob sich damit eine breite Mehrheit der Bevölkerung zum Kampf gegen die Nazis motivieren hätten lassen können.

Das klare Bekenntnis der Alliierten zu einem von Deutschland getrennten Österreich führte unter den Widerstandskämpfern somit zu einer eindeutigen Fokussierung auf dieses Ziel. Dies führte einerseits zu einer Festigung der Gruppen nach innen bedeutete aber auch eine Abgrenzung nach außen, gegenüber Gruppen

---

<sup>42</sup> Anton Pelinka: Der verdrängte Bürgerkrieg, in: Anton Pelinka, Erika Weinzierl (Hrsg.): Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit, 143-152, Wien 1997, S. 145.

<sup>43</sup> Kriechbaumer, S. 531.

<sup>44</sup> Wilfried Aichinger: Sowjetische Österreichpolitik 1943-1945, Wien 1977, S. 45.

und Organisationen, die nicht dieses Ziel verfolgten. Seit diesem Zeitpunkt bildeten sich verstärkt Gruppen und Organisationen, die sich nicht mehr starr an parteipolitischen Linien entlang abgrenzten, sondern Anhänger aller Parteien unter einem Dach vereinen wollten.

### 3.3 Konzentrationslager als Keimzelle neuer Gruppen

Nach der Annektierung Österreichs wurde jegliche politische Opposition gegen das NS-Regime radikal ausgeschaltet. Die Mitglieder der diversen politischen Parteien wurden von der Gestapo verfolgt, festgenommen und in Gefängnissen und Konzentrationslager (KZ) inhaftiert. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich in Österreich etwa 90.000 Oppositionelle in der Gefangenschaft.<sup>45</sup>

Besonders die Konzentrationslager Dachau und Buchenwald spielten für die Organisation des Widerstandes eine entscheidende Rolle. Hier entstanden, über alle Parteigrenzen hinweg, persönliche Kontakte zwischen den sich ehemals unversöhnlich gegenüberstehenden Kontrahenten.<sup>46</sup> Das „gemeinsam erduldeten Leid in den Konzentrationslagern und Gefängnissen [...], führte kampfbereite österreichische Männer über alle Vorurteile von Klasse, Berufs- und Parteiinteressen hinweg“, [...] um ein „freies, unabhängiges und demokratisches Österreich“ zu schaffen. Die Prinzipien hierzu waren, „die Zusammenfassung aller Hitler-gegnerischen Parteirichtungen, [...] Festlegung der gemeinsamen Kampfesart, Aufstellung fester Richtlinien für die kommende Aufbauarbeit.“<sup>47</sup> So beschreibt Hermann Zeiz, der auch als „Georg Fraser“ bekannt war, die Formierung von Widerstandsgruppen, die sich aus Mitgliedern aller politischen Lager zusammensetzte.

Es bildeten sich Diskussionskreise, denen Vertreter der Sozialisten, Kommunisten, Monarchisten und der Christlichsozialen angehörten. Das Ziel dieser Personen war es, zunächst einmal die innenpolitischen Konflikte zu überwinden und zu einer verstärkten überparteilichen Kooperation zu gelangen. Es sollte eine gemeinsame Koalition geschaffen werden, die möglichst alle in Österreich vertretenen

---

<sup>45</sup> Otto Molden, S. 93.

<sup>46</sup> Luža, S. 185.

<sup>47</sup> DÖW, Nr. 8832, Dokumente des Freiheitskämpfers August Hermann Zeiz.

politischen Gruppierungen berücksichtigte. In diesen Gruppen wurde nun über Lösungsansätze zur Beseitigung der NS-Herrschaft und einen darauf folgenden Wiederaufbau des Landes diskutiert. Man beschäftigte sich mit grundlegenden außen- und innenpolitischen Fragen, genauso wie mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Darüber hinaus wurden Pläne für Widerstandsaktivitäten geschmiedet. Hier konnten Taktiken und Strategien des unterirdischen Kampfes gegen das NS-Regime erläutert werden, wobei sich vor allem auf die Erfahrungen von Kommunisten und österreichischen Polizisten gestützt werden konnte.<sup>48</sup>

Bei diesen Gefangenen handelte es sich um die politische Elite des Landes. Nicht nur die Spitzen der Parteien waren unter ihnen, auch Minister, hohe Militärs, Chefredakteure und andere Personen. Sie verfügten über genügend politische Erfahrung und persönliche Kontakte, die man für einen funktionierenden Staats- und Parteiapparat brauchte.

Aus dieser Konstellation wurde in der Nachkriegszeit der Mythos vom „Geist der Lagerstraße“, der einen der Grundpfeiler der Zweiten Republik bildete. Damit war die Solidarität gemeint, die sich unter den Gefangenen, egal welcher Partei sie angingen, bildete. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass es oftmals nur persönliche Kontakte einzelner Gefangener waren. Gleichzeitig waren zum Beispiel führende Mitglieder der Sozialisten wie Adolf Schärf oder Karl Renner nie im Konzentrationslager inhaftiert wurden.

Nichtsdestotrotz entstanden in den Konzentrationslagern die Voraussetzungen, die einen gemeinsamen Widerstandskampf verschiedener Parteiangehöriger erst ermöglichten.

## 4. Die Entwicklung zur O5

### 4.1 Das „Österreichische Zentralkomitee“

Eine der wichtigsten Persönlichkeiten des organisierten Widerstandes war Dr. Hans Becker. Becker war der ehemalige Propagandaleiter der Vaterländischen Front (VF), die 1933 gegründet worden war und während der Zeit des Ständestaates als

---

<sup>48</sup> Becker, S. 10.

einzigste legale Partei die Regierungsgewalt innehatte. Becker war bereits kurze Zeit nach dem Einmarsch deutscher Truppen im März 1938 verhaftet und bis zum Dezember 1940 im Konzentrationslager Mauthausen interniert wurden. In Erwartung eines deutschen Einmarsches hatte er bereits seit Mai 1935 eine Koordinierungsstelle innerhalb des Werbedienstes der VF aufgebaut, die den Widerstand gegen das zu erwartende NS-Regime mit politischem Informationsmaterial unterstützen sollte.

Aufgrund seiner Verhaftung kam dieses Anliegen jedoch zunächst nicht zustande. Becker war bereits mit dem ersten Transport nach Dachau gebracht wurden. Hier traf er auf Raoul Bumballa, den seit dem Ersten Weltkrieg kannte und der seit Mai 1938 in Dachau in Haft saß. Zusammen mit ihnen wurden auch andere hochrangige Politiker dort inhaftiert, unter anderem der spätere Landeshauptmann von Oberösterreich, Heinrich Gleißner, der spätere Staatssekretär Ferdinand Josef Graf, sowie Felix Hurdes, einer der Mitbegründer der ÖVP und späterer Nationalratspräsident in Dachau.<sup>49</sup> So verfügten die beiden über beste Kontakte zur späteren Führungsriege der ÖVP. Außerdem besaßen sie durch die Haft zahlreiche Beziehungen zu Mitgliedern der anderen Parteien und zu führenden Repräsentanten der sozialen und gesellschaftlichen Lager. Durch die gemeinsame Inhaftierung mit ausländischen Oppositionellen und Widerstandskämpfern bestanden zudem Kontakte zu auswärtigen Widerstandsgruppen.

Becker knüpfte nach seiner Freilassung an seine frühere Tätigkeit an und baute sein Operationsbüro seit Mai 1941 kontinuierlich wieder auf, wobei er von Bumballa unterstützt worden war. Seit 1942 trafen sich Becker und Bumballa regelmäßig, um Nachrichten auszutauschen. Konkrete Widerstandsaktionen fanden in dieser Zeit noch nicht statt, vielmehr kann man von einem „ideologischen Widerstand“<sup>50</sup> sprechen.

Das von ihnen aufgebaute Operationsbüro war zunächst keine durchstrukturierte Organisation, sondern vielmehr eine Informationsstelle, deren Ziel es war, einen Überblick über die in Österreich agierenden Widerstandsbewegungen zu erhalten.

---

<sup>49</sup> Oliver Rathkolb: Raoul Bumballa, ein politischer Non-Konformist 1945. Fallstudie zur Funktion der „O5“ im Widerstand und in der Parteienrestauration, in: Unterdrückung und Emanzipation – Festschrift für Erika Weinzierl zum 60. Geburtstag. Rudolf G. Adelt, Wolfgang J. A. Huber, Anton Staudinger (Hg.), 295-321, Wien 1985, S. 298.

<sup>50</sup> Ebd., S. 299.

Es verfügte über Verbindungsstellen in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Innsbruck und sogar Prag. Diese Stellen sollten die Aktivitäten der einzelnen Gruppen aufeinander abstimmen, „aber keineswegs zentralisieren“.<sup>51</sup> Becker hielt Kontakt mit diesen Stellen, indem ihm Kuriere über ihre jeweiligen Aktionen in den Bundesländern Bericht erstatteten. Hierzu setzte er ehemalige KZ-Häftlinge ein, die nun getarnt als Handels- oder Versicherungsvertreter arbeiteten, und sich so weitestgehend unbehelligt von Gestapo durch Österreich bewegen konnten. Somit waren Becker und Bumballa erste Vertreter eines dezidiert nationalen Widerstandes, der landesweit operieren konnte.

Um der Verhaftung und Zerschlagung durch die Gestapo, den Sicherheitsdienst (SD) oder eine andere Überwachungsbehörde zu entgehen, sollte es zur Schaffung von zahlenmäßig kleinen Gruppen kommen. So sollte das Risiko einer Infiltrierung durch Verräter und Gestapoangehörige minimiert werden.

Unter Federführung von Hans Becker entstand ein Dreipunkteprogramm, das die Ziele der Gruppen festlegen sollte. Erstens sollten die eigenen Widerstandskräfte zahlenmäßig vergrößert werden. Damit einher ging der Versuch, Wehrmachtseinheiten und administrative Behörden mit Mitgliedern zu infiltrieren oder dort neue Mitglieder anzuwerben. Als drittes sollte eine Verbindung mit den alliierten Mächten hergestellt werden.<sup>52</sup>

Seit dem Herbst 1942 wurde dieses Operationsbüro kontinuierlich ausgebaut. Becker und Bumballa versuchten, immer mehr Mitstreiter zu finden und integrierten zahlreiche Gruppen, so dass das „Zentralkomitee Österreich“ entstand. So entstand seit 1943 ein Personenkreis, dem Mitglieder der diversen Widerstandsgruppen angehörten. Dieser Personenkreis war zwar von bürgerlichen und konservativen Kräften dominiert, umfasste aber auch Sozialisten und Kommunisten. Zu den Gründungsgruppen zählten einerseits Becker und Bumballa sowie ihre Verbindungsstellen im gesamten Land. Weitere Mitglieder waren Viktor Müllner, der das christlichsoziale Lager repräsentieren sollte, sowie der Sozialist Eduard Seitz und der Sozialdemokrat Georg Fraser. Als Vertreter des liberalen Bürgertums fungierte der Major Emil Oswald, während die Kommunisten durch Mathilde Hrdlicka vertreten waren.

---

<sup>51</sup> Becker, S.13

<sup>52</sup> Becker, S. 11

Die im Zentralkomitee vereinigten Gruppen operierten bis dahin in allen Teilen Österreichs auf lokaler Ebene oder waren in einer speziellen gesellschaftlichen Schicht oder einem politischen Lager beheimatet. Das „Zentralkomitee Österreich“ bildete zunächst also nur eine Art von Kommunikations- und Propagandazentrum für Widerstandsaktionen im gesamten ostösterreichischen Raum. Dadurch und durch die Zusammensetzung seiner Mitglieder legte es den Grundstein für die erste parteiübergreifende Widerstandsbewegung.

#### 4.2 Vom Zentralkomitee zur O5

Auf der vom Zentralkomitee geschaffenen Basis begannen sich diverse Gruppen stärker zu organisieren und sich so zu entwickeln, dass unterschiedliche politische und soziale Lager der österreichischen Gesellschaft durch einen Vertreter ansatzweise repräsentiert werden konnten. Dies ist gleichbedeutend mit dem Beginn der dritten Phase des österreichischen Widerstandes.

Die O5 war zunächst keine durchstrukturierte Organisation gewesen, sondern war weiterhin nur eine Koordinierungsstelle. Allerdings wurde durch den intensiven Ausbau und den zunehmenden Bekanntheitsgrad der Gruppe andere Kreise und Bewegungen darauf aufmerksam und schlossen sich an. Hierzu zählten unter anderem die Gruppe „Prinz Eugen“ um Wilhelm von Thurn und Taxis, die „Maier-Messner-Gruppe“, der „Kreis Freies Österreich“ oder die „Österreichische Freiheitsbewegung“. Die O5 arbeitete auch mit ausländischen Widerstandsgruppen zusammen, so besaß sie zum Beispiel über die Gruppe „Vindobona“ Kontakte zu Partisanen im damaligen Jugoslawien. Trotzdem gab es auch Misstöne zwischen österreichischen und ausländischen Widerstandsgruppen. Die Beziehungen zu den slowenischen Partisanen waren schlecht, allerdings schlecht, da die Slowenen Einwände gegen die Einbeziehung dieser Region in einem künftigen Österreich hatten.<sup>53</sup>

Bei der Vereinigung dieser Gruppen kam Becker sicherlich zu Gute, dass er von seiner Erfahrung als ehemaliger Parteifunktionär profitierte. Becker bemühte sich, auch Sozialisten zur Mitarbeit im Widerstand zu beteiligen. Allerdings wurden nicht alle ideologischen Richtungen vertreten, was an der bürgerlich-konservativen

---

<sup>53</sup> DÖW, Nr. 11.168, Telegramm des US-Streitkräfte Hauptquartiers in Caserta (Italien) über die ersten Nachrichten aus Österreich bezüglich des Einmarsches der sowjetischen Truppen, 12. April 1945.

Prägung der Organisation sowie ihrem eindeutigen Bekenntnis zur österreichischen Nation lag. Deshalb waren kaum Kommunisten aktiv daran beteiligt. Gleichzeitig fehlte es an führenden Sozialisten, da bis 1943 große Teile der SPÖ für einen Verbleib Österreichs bei Deutschland eintraten. Diese Position war das eindeutige Gegenteil der O5, die für ein unabhängiges Österreich kämpfte.

Durch diese Vergrößerung war es möglich geworden, gezielt größere Aktionen im gesamten Stadtgebiet durchzuführen. Der Generalstab der O5 gliederte sich von nun an in drei Abteilungen. Die erste plante und koordinierte die Aktionen, die zweite übernahm die Ausführung der Operationen während die dritte Abteilung den Nachrichten- und Funkdienst, und die Propaganda verantwortlich war.

Neben dem Aufbau der zivilen Gruppen zählte die Infiltration von staatlichen Stellen zu den Hauptaktivitäten der Widerstandsgruppe. Sie versuchte, die Zahl ihrer Mitglieder und Informanten in allen Bereichen der staatlichen und öffentlichen Verwaltung zu vergrößern. Dies betraf vor allem die staatlichen Institutionen wie Polizei, Wehrmacht und Justiz. Daneben befanden sich Kontaktpersonen auch in der Leitung des Wiener Volksturmes aber auch bei den Post- und Arbeitsämtern, in der Reichsbahn und in den städtischen Verkehrsbetrieben Wiens.

Es kam es zur verstärkten Zusammenarbeit mit Widerständlern innerhalb der Wehrmacht, sodass die O5 nahezu in allen Bereichen des Militärs über Mitglieder, sowohl unter den Mannschaften, als auch im Offizier- beziehungsweise Generalsrang, verfügte. Bereits im Winter 1943/1944 hatte sich in Wien eine Widerstandszelle innerhalb des Militärs gebildet, deren Mitglieder aus diversen Einheiten der Wehrmacht stammten, wie zum Beispiel der Wehrmachtskommandantur und des Wehrkreiskommandos.

Diese Gruppe sorgte unter anderem dafür, dass gefälschte militärische Ausweisdokumente gedruckt und falsche Reisedokumente ausgestellt wurden. Zudem sorgten Militär- und Lazarettärzte, die der O5 nahe standen, dafür, dass österreichische Kriegsdienstpflichtige von ärztlichen Stellen innerhalb des Militärs als „untauglich“ für den Frontdienst erklärt wurden, sodass sie nicht wieder an die Front zurückkehren mussten und Deserteuren so zur Flucht verholfen werden konnte.<sup>54</sup>

---

<sup>54</sup> Becker, S. 17.

Die Wiener Polizei bestand zu dieser Zeit aus 7000 Österreichern sowie 5000 ukrainischen Hilfspolizisten, die so genannte Einsatzreserve. Von den 7000 Österreichern seien nach eigenen Angaben der O5 rund 80% in ihr organisiert gewesen.<sup>55</sup> Gegenüber den Amerikanern behauptete Fritz Molden, dass die O5 über 18-20.000 Mitglieder allein in Wien verfüge, während es in ganz Österreich 40-50.000 Personen seien, die in ihr organisiert sind. Die Zahl der Widerstandskämpfer, die nicht in die O5 integriert worden sind, aber mit ihr zusammengearbeitet hätten, wurde von Seiten der O5 auf 5.000 geschätzt, was aber nicht an grundsätzlichen Unterschieden lag, sondern vielmehr an technischen Hindernissen.<sup>56</sup>

Die Stärke der O5-Gruppen in anderen Bundesländern war unterschiedlich. So umfasste die O5-Aktionsgruppe in Graz zirka 250 Mann, während sie sich in Salzburg im Februar 1945 noch im Aufbau befand. Im Raum Wien und Niederösterreich nahm die O5 für sich in Anspruch, binnen weniger Stunden die Macht an sich reißen zu können. Jedoch sei diese Machtübernahme aufgrund des Mangels von schweren Waffen, Munition und der fehlenden Unterstützung alliierter Luftlandverbände nur für einen Zeitraum von 24-48 Stunden möglich.<sup>57</sup>

Hinzu kämen knapp 13.000 Partisanen, vor allem in Kärnten und der Steiermark, die dem POEN angegliedert sind. Diese Gruppen beständen hauptsächlich aus Deserteuren der Wehrmacht, ausländischen Zwangsarbeitern und entflohenen Häftlingen. Ferner sei das gesamte technische Personal des Drahtfunks dem O5 angegliedert gewesen, wodurch es in der Lage sei, diesen zu kontrollieren und gegebenenfalls abzuschalten oder für eigene Aktivitäten zu nutzen. Zudem befänden sich O5-Gruppen im E- und Gaswerk sowie in anderen öffentlichen Betrieben.

### 4.3 Sabotage

Zu den Hauptaktivitäten der Gruppe zählte die Sabotage in den Industriebetrieben und an der Infrastruktur, die in irgendeiner Weise zur Aufrüstung und

---

<sup>55</sup> DÖW, Nr. 12.667, Informationsstudie des OSS: POEN and the Austrian Underground, 13. April 1945, S. 2.

<sup>56</sup> ÖGZ, DO 20, Mappe X, Dokument 6, Bericht des Generalstabs O5 vom 3. März 1945.

<sup>57</sup> DÖW, Nr. 11.168, Telegramm des US-Streitkräfte Hauptquartiers in Caserta (Italien) über die ersten Nachrichten aus Österreich bezüglich des Einmarsches der sowjetischen Truppen, 12. April 1945.

Kriegsführung benötigt wurden. Aus diesem Grund hatte die O5 Kontakte zu den verschiedensten Schichten und Gruppen der Bevölkerung aufgenommen, in deren Folge die Zahl der Anhänger in Industriebetrieben, unter den Arbeitern, Ingenieuren sowie den leitenden Angestellten gewachsen sei. Raoul Bumballa sagte später aus, dass „nach Stalingrad die Zahl der Anhänger der Widerstandsbewegung so sehr gewachsen ist, dass entscheidende Zweige der Wirtschaft sich im Grunde unter dem Einfluss des Widerstandes befanden.“<sup>58</sup>

Zu den durchgeführten Sabotageakten zählten zum Beispiel eine Explosion im Munitionswerk Enzensfeld, Brandstiftungen in militärischen Depots, die Sprengung von Brücken, Störungen des Strom- und Fernsprechnetzes, sowie Verzögerungen beim Abtransport von Rohöl aus dem Zistersdorfer Revier.<sup>59</sup> Für die Ausführung dieser Sabotageakte und die Durchführung von Attentaten auf ranghohe Partei-, Wehrmacht- und SS-Angehörige war eine bewaffnete Aktionsgruppe verantwortlich, die rund 1.500 Mann umfasst haben soll.<sup>60</sup> Raoul Bumballa gab später zu Protokoll, dass er dagegen war, solche partisanenähnlichen Formationen zu gründen, da er aus anderen Beispielen erfahren habe, wie schwer es sei, diese dann später im positiven Aufbau des Staates einzubauen. Auch sei ihm der österreichische Volkscharakter sehr gut bekannt gewesen, und aufgrund seiner Erfahrung war er der Überzeugung, „dass der Österreicher besser für passive Resistenz geeignet ist als für den aktiven Kampf“.<sup>61</sup> Aus diesem Grund habe er die Aufstellung solcher Partisanen nicht forciert, sondern nur Konspiration im größten Stil betrieben.

Ob dies der Wahrheit entspricht, lässt sich nicht beweisen oder widerlegen. Sicher ist, dass Raoul Bumballa unzählige Male gelogen hat, wenn es um seine Vergangenheit ging. Den Dokortitel, welchen er seit 1921 führte, hatte er nie erworben. Ebenso behauptete er, von 1925 bis 1934 in Berlin ein „antifaschistisches Zentralbüro“ geleitet zu haben. Diese Behauptungen lassen sich alle samt widerlegen oder sind zumindest mit starken Zweifeln behaftet. Insgesamt

---

<sup>58</sup> Wolfgang Mueller, Arnold Suppan, Norman M. Naimark, Gennadij Bordjugov (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945-1955 – Dokumente aus russischen Archiven, Wien 2005, Dokument Nr. 12, S. 141.

<sup>59</sup> Becker, S. 17.

<sup>60</sup> DÖW, Nr. 12.667, Informationsstudie des OSS: POEN and the Austrian Underground, 13. April 1945, S. 2.

<sup>61</sup> DÖW, Nr. 21032, Zeugenvernehmung von Raoul Bumballa in der Strafsache gegen Dr. Paul Antosch, 4. Februar 1946.

ist sein Streben deutlich erkennbar, sich voll und ganz „den Idealvorstellungen einer bürgerlichen Gesellschaftsschicht anzupassen, um von dieser Elite akzeptiert zu werden.“<sup>62</sup> Darum scheint es umso wahrscheinlicher, dass er später behauptete, er hätte sich gegen die Aufstellung bewaffneter Einheiten ausgesprochen, die ja auch Attentate auf Wehrmattsangehörige verübten. In einer Zeit, in der Widerstandskämpfern der Vorwurf gemacht wurde, die Mörder ihrer eigenen Kameraden gewesen zu sein, war dieser Umstand sicherlich nicht geeignet, sich bei den Eliten und bürgerlichen Kräften der unmittelbaren Nachkriegszeit ein hohes Ansehen zu verschaffen.

Gleichzeitig begann die Gruppe mit dem Aufbau von Waffendepots, sodass sie schon bald über mehrere Waffenlager in Wien, im Waldviertel und in St. Pölten verfügte.<sup>63</sup> Laut einem Bericht des schweizerischen Geheimdienstes verfügte die O5 über ein gut bestücktes Waffenarsenal, welches Pistolen, Handgranaten, Maschinenpistolen und -gewehre sowie die dafür benötigte Munition beinhaltete. Diese Waffen stammten zum großen Teil aus Beständen der Sozialisten, die diese seit ihrem Verbot 1934 gesammelt hatten. Durch die Infiltrierung des Militärs, zum Beispiel im Wehrmatts-Fuhrpark im Wiener Prater, gelang es auch, Kriegswaffen aus den Magazinen zu entwenden.<sup>64</sup>

Durch die Sabotageaktionen sollte die Kriegsmaschinerie der Wehrmacht behindert oder gestoppt werden. Allerdings war der Erfolg dieser Aktionen eher begrenzt, da sie nur vereinzelt durchgeführt werden konnten und Beschädigungen der Infrastruktur rasch wieder repariert werden konnten. Damit hatten die Sabotageakte der Gruppe keinerlei Einfluss auf das Kriegsgeschehen und führten nicht wie erhofft zu einer Verkürzung des Krieges.

---

<sup>62</sup> Oliver Rathkolb: Raoul Bumballa, ein politischer Non-Konformist 1945 – Fallstudie zur Funktion der „O5“ im Widerstand und in der Parteienrestauration, in: Unterdrückung und Emanzipation – Festschrift für Erika Weinzierl zum 60. Geburtstag. Rudolf G. Adelt, Wolfgang J. A. Huber, Anton Staudinger (Hg.), 295-321, Wien 1985, S. 296.

<sup>63</sup> DÖW, Nr. 8832, Dokumente des Freiheitskämpfers August Hermann Zeiz.

<sup>64</sup> DÖW, Nr. 5887, Aus den Kommentaren und Analysen des Schweizerischen Büros Hans Hausamann, Nachrichten- und Sicherheitsdienst des Armeekommandos der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs, Bericht vom 24. März 1944.

#### 4.4 Propaganda

Als weiterer Schritt sollte eine Intensivierung der Aktivitäten auf offener Straße erfolgen. Es wurden Flugblätter gedruckt und verteilt und sowie in der Nacht Häuserfassaden beschmiert. Im Herbst 1944 forderte Hans Becker den Medizinstudenten Jörg Untereiner auf, Schmieraktionen durchzuführen, bei denen der Slogan „Freiheit für Österreich“ an möglichst viele Wände geschmiert sollte. Da das Schreiben eines solch langen Slogans viel Zeit in Anspruch nahm, erhöhte sich die Gefahr, entdeckt zu werden. Gleichzeitig suchte man nach einem „Symbol [...], das die Gemeinsamkeit der verschiedenen größeren und kleinen Organisationen und Kreise versinnbildlichen und damit den ersten Schritt zu einer engeren Zusammenarbeit bilden sollte.“<sup>65</sup>

Aus diesem Grund kreierte Untereiner ein Kürzel, welches seit dem bei allen Aktionen der Organisation verwendet wurde.<sup>66</sup> Dieses Zeichen war „O5“, bestehend aus dem Buchstaben „O“ und der Ziffer „5“ für „e“, den fünften Buchstaben im Alphabet. Das Zeichen stand also für „Oe“ und symbolisierte einerseits den verschlüsselten Anfangsbuchstaben des Wortes „Österreich“, das während der nationalsozialistischen Herrschaft verboten war. Andererseits verstand sich der österreichische Widerstand aber auch als fünfte Kolonne.“<sup>67</sup>

Bereits in der ersten Nacht nach Erfindung wurden Hausfassaden in drei Gemeindebezirken Wiens mit dem Kürzel beschmiert, in der darauf folgenden Nacht war es dann in allen Bezirken vorhanden. Das Zeichen wurde aber nicht nur an Häuserfassaden geschmiert, auch an bedeutenden Gebäuden, wie dem Stephansdom und der Universität Wien, wurde es angebracht. Diese Zeichen, vor allem jenes, welches an die Mauern des Stephansdoms gemalt wurde, sollten in der Nachkriegszeit noch zu kontroversen Diskussionen führen und erhielten eine Bedeutung, auf die später eingegangen wird.

---

<sup>65</sup> Otto Molden, S. 170.

<sup>66</sup> Fritz Molden, S. 113.

<sup>67</sup> Interview mit Ruthild Skrein am 16. März 1983, zitiert nach: Kriechbaumer, S. 119.

## 5. Koordinierung mit dem Ausland

### 5.1 Fritz Molden

Für die bessere Koordinierung und Intensivierung des österreichischen Widerstandes spielte der erst zwanzigjährige Fritz Molden eine bedeutende Rolle. Dieser Ruf beruht vor allem auf der Tatsache, dass er in kontinuierlichen Kontakt zu den alliierten Mächten sowie ausländischen Partisanen stand.

Molden stammte aus einer bürgerlichen Familie, sein Großvater Berthold war Hofrat in der Presseabteilung des Außenministeriums, während sein Vater Ernst stellvertretender Chefredakteur der Neuen Presse war und seine Mutter die Dichterin Paula von Preradovic. Molden gehörte bereits kurze Zeit nach dem „Anschluß“ dem katholischen Widerstand an und nahm im Oktober 1938 an einer von Kardinal Innitzer geleiteten Messe im Stephansdom teil, die zu einer Kundgebung gegen den Nationalsozialismus wurde. Bereits hier entstanden zahlreiche Kontakte zu anderen Personen, woraus sich ein dichtes Netz aktiver Widerstandszellen bildete.

Aufgrund dieser oppositionellen Tätigkeiten war Molden den Überwachungsorganen der Nazis aufgefallen und bis zum Frühjahr 1941, im Alter von 17 Jahren, bereits vier Mal festgenommen wurden. Um der Haft zu entgehen, meldete er sich als Freiwilliger zur Wehrmacht und wurde zum Wehrwirtschaftsstab nach Frankreich abkommandiert. Hier suchte er Kontakt zur französischen Resistance, um anderen Österreichern die Flucht nach England über den Ärmelkanal zu ermöglichen. Diese Aktivitäten blieben der Wehrmacht nicht verborgen und so wurde er im Frühjahr 1943, aufgrund zu starker Kollaboration, nach Italien, ins Wehrwirtschaftskommando in Mailand, abkommandiert<sup>68</sup>, wo er zusammen mit anderen Österreichern eine Widerstandszelle aufbauen konnte.

Diese Gruppe fungierte bald, auch aufgrund ihrer Kontakte zu zahlreichen italienischen Partisanengruppen, als ein wichtiges Zentrum des österreichischen Widerstandes in Oberitalien. Dank Major Stillfried, der ihn über die Existenz von Widerstandszellen innerhalb der Wehrmacht in Österreich informierte, wurde er im März 1944 zur 356. Infanteriedivision nördlich von Rom versetzt. Hier sollte Molden die bereits bestehenden Kontakte zu einer dort ansässigen Widerstandszelle um die deutschen Offiziere Moser und Steffke vertiefen. Außerdem zählte

---

<sup>68</sup> Luza, S. 270.

hier wieder die Kontaktaufnahme zu italienischen Widerstandskämpfern zu seinen Tätigkeiten, und er stellte die Verbindung zur Partisanenbrigade „Mateotti“ her, die im Zentralapennin kämpfte. Nach der Entdeckung dieser Widerstandsaktivitäten innerhalb der Wehrmacht und der Hinrichtung von Moser und Steffke, flüchtete er im Sommer 1944 zu italienischen Partisanen. In Mailand traf er Vertreter der italienischen Widerstandsbewegung und vereinbarte die Zusammenarbeit zwischen den österreichischen und italienischen Kämpfern in Norditalien.<sup>69</sup>

Im Juli 1944 begab sich Molden weiter in die Schweiz, wo er zunächst inhaftiert wurde. Im Anschluss daran wurde er vom Schweizer Geheimdienst angeworben. Bei der Besprechung mit Molden waren Max Waibel, der Leiter des Militärischen Nachrichtendienstes, und Fritz Dickmann, Leiter der Abteilung Österreich des Schweizer Militärgeheimdienstes, anwesend. Diese Unterstützung durch Schweizer Behörden war nicht unproblematisch, da die Schweiz als offiziell neutrales Land somit Teile einer der Kriegsparteien unterstützte. Dennoch kam zur Unterstützung der Österreicher durch die Schweizer.

Als Mitglied der „Verbindungsstelle Schweiz“, einer Gruppe von emigrierten Österreichern, suchte er auch den Kontakt zum amerikanischen Geheimdienst, der ihn mit gefälschten Ausweisdokumenten ausstattete, sodass er seit dem als falscher Wehrmachtsoffizier „Gerhard Wieser“ in Österreich tätig werden konnte.<sup>70</sup> Ebenso knüpfte er Kontakte zu französischen Offizieren. Es wurde vereinbart, dass Molden zwei französische Offiziere, unter ihnen ein Adjutant des Generals de Gaulles, nach Österreich begleitet, damit diese sich ein eigenes Bild der Widerstandsbewegung machen konnten sowie sich mit französischen Kriegsgefangenen und „Fremdarbeitern“ treffen konnten.<sup>71</sup>

Moldens Tätigkeit bestand nun darin zwischen der Schweiz, Wien und Tirol zu pendeln, und ein Netz von sicheren Häusern zu errichten sowie Empfangskomitees für alliierte Agenten zur Verfügung zu stellen.<sup>72</sup> Außerdem sollte er Gespräche führen, Nachrichten austauschen und so zum Aufbau einer zentralen

---

<sup>69</sup> Otto Molden, S. 170.

<sup>70</sup> Steinacher, S. 171.

<sup>71</sup> Otto Molden, S. 175.

<sup>72</sup> Wolfgang Neugebauer: Bewaffneter Widerstand – Widerstand im Militär. Ein Überblick, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.), Jahrbuch 2009, 12-36, Wien 2009, S. 32.

Widerstandsorganisation in Wien beitragen.<sup>73</sup> Ferner bestand seine Aufgabe darin, Verbindungsstellen, Nachrichtenmeldeköpfe und Funkstellen im gesamten österreichischen Gebiet sowie in Norditalien aufzubauen. So war er für den Aufbau und die Aufrechterhaltung eines kontinuierlichen Funkverkehrs mit den Alliierten verantwortlich, was als eine der einflussreichsten Maßnahmen des Widerstandes in Österreich angesehen werden kann. Durch die von Molden hergestellten Verbindungen zu den westlichen Alliierten, erhielt die O5 eine politische Bedeutung, die über diejenige der meisten anderen Gruppen weit hinaus reichte.

## 5.2 Die „Verbindungsstelle Schweiz“

Äußerst bedeutend für die Widerstandstätigkeit der O5 war die Kontaktaufnahme mit den Alliierten. Hierfür spielte die Schweiz eine zentrale Rolle. Aufgrund ihrer Neutralität wurde sie nicht von deutschen Truppen besetzt, so dass sich alliierte Offiziere und Agenten, sowie österreichische Oppositionelle deutlich freier bewegen und agieren konnten als im restlichen Europa. Zudem kam ihr wegen ihrer geographischen Lage einige Bedeutung zu. Zentral in Mitteleuropa gelegen, zwischen Österreich, Frankreich und Italien erhielt sie eine Schlüsselposition im Austausch von Informationen und der Koordinierung von Widerstandsaktivitäten.

Zu den ersten Repräsentanten des österreichischen Widerstandes in der Schweiz zählte der Wiener Rechtsanwalt und Wirtschaftsberater Kurt Grimm. Grimm war bereits 1938 in die Tschechoslowakei und später in die Schweiz emigriert und fungierte bereits längere Zeit in Zürich als Verbindungsmann zwischen Oppositionellen und den alliierten Behörden. Im Jahr 1942 gründete er zusammen mit dem SPÖ-Politiker und Bundesrat Anton Linder und dem Journalisten Ludwig Klein sowie Johannes Schwarzenberg, der bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten ein hoher Beamter im auswärtigen Dienst war, ein loses Komitee.

Weitere Österreicher, die in die Schweiz emigrieren konnten, waren Emanuel Treu und Hans Thalberg. Beide stammten aus großbürgerlichen Familien und traten in der Nachkriegszeit in den Diplomatischen Dienst der Zweiten Republik ein. Treu

---

<sup>73</sup> Luža, S. 210.

wurde ständiger Vertreter Österreichs beim Europäischen Büro der Vereinten Nationen in Genf, während Thalberg Botschafter in der Schweiz und China wurde. Seit dem Sommer 1944 war auch Fritz Molden an diesen aus der Schweiz koordinierten Aktivitäten beteiligt.

Diese Männer bauten seit dem eine österreichische Widerstandszelle auf, die „Verbindungsstelle Schweiz“. Diese Zelle sammelte Informationen und Nachrichten über die gegenwärtigen Verhältnisse in Österreich und gab sie sowohl an österreichische Oppositionelle als auch an die Alliierten weiter. Dabei konnte sie sich auf die Hilfe einer Gruppe polnischer Offiziere stützen, die über Kurier mit polnischen Kriegsgefangenen in Österreich in Kontakt standen, als auch auf österreichische Eisenbahner.<sup>74</sup> Über diese Wege flossen nicht nur Nachrichten aus Österreich in die Schweiz, sondern auch Propagandamaterial und Schriften in die entgegengesetzte Richtung.

Über die Verbindungsstelle standen die österreichischen Widerstandskämpfer in ständigem Kontakt zu den alliierten und schweizerischen Behörden. Man erhielt die Erlaubnis der Schweizer, in den dort bestehenden Internierungslagern nach österreichischen Deserteuren suchen zu dürfen.

Bis dahin bestanden nur sporadisch Verbindungen zu nicht-deutschen Behörden und Geheimdiensten. Seit dem Herbst 1943 stand der Leiter des amerikanischen Kriegsgeheimdienstes „Office of Strategic Services“ (OSS) in Bern, Allen W. Dulles, in ständigem Kontakt mit der Verbindungsstelle, insbesondere mit Molden<sup>75</sup>.

Die Verbindungsstelle wurde in der Folge zur wichtigsten Basis des österreichischen Widerstandes im Ausland. Im Gegensatz zu den anderen im Ausland tätigen Exilanten, standen bei dieser Gruppe die politischen Fragen im Hintergrund, das Ziel war einzig und allein die „Befreiung Österreichs.“<sup>76</sup> Jedoch fanden sich unter den Mitgliedern dieser Gruppe keine Kommunisten, sondern nur Personen, die dem christlichsozialen oder dem sozialistischen Lager nahe standen.

---

<sup>74</sup> Otto Molden, S. 178.

<sup>75</sup> Steinacher, S. 180.

<sup>76</sup> Fritz Molden: Fepolinski & Waschlapski, S. 256.

## 6. Schaffung eines politischen Gremiums

### 6.1 Das „Provisorische Österreichische Nationalkomitee“

Im August 1944 entwarf die „Verbindungsstelle Schweiz“ einen „Aktionsplan“ zur weiteren Intensivierung des Widerstandes. Dieser Plan sah einerseits die Zusammenfassung der diversen in Österreich agierenden Widerstandsgruppen unter einer einheitlichen Führung vor. Es entstanden erste Planungen, der österreichischen Widerstandsbewegung auch ein politisches Standbein zu geben. Es sollte ein politisches, überparteiliches Komitee in Wien entstehen, unter dessen zentraler Führung sich die wichtigsten Gruppen des Widerstandes, „aber auch der österreichischen politischen Landschaft (ohne Nazis)“<sup>77</sup> vereinen sollten.

Andererseits sah dieser Plan die Herstellung eines regelmäßigen Kontaktes mit den Alliierten vor. Es sollte ein Nachrichten- und Verbindungsdienst zwischen Österreich und Norditalien einerseits sowie der mit den Alliierten in Kontakt stehenden Verbindungsstelle in der Schweiz andererseits hergestellt werden. So sollten Informationen ausgetauscht und die alliierte Propaganda in Österreich weiter verbreitet werden. Gleichzeitig sollte eine materielle Unterstützung in Form von Munition, Waffen und Funkgeräten erfolgen. Dies wurde für die Verstärkung der Sabotageakte und der Partisanenaktivitäten als unersetzlich erachtet.

Nach einer Reise Fritz Moldens nach Innsbruck, wo er eine O5-Gruppe aufbauen konnte, begab er sich nach Wien, um sich mit verschiedenen Persönlichkeiten des Widerstandes, wie dem Bundeswirtschaftsrat Otto Spitz, dessen Söhnen Karl und Will, Major Alfons Stillfried, seinem Vater Ernst, sowie einem Vertreter der Gruppe „Maier-Messner“ zu treffen.<sup>78</sup> Die Gruppe „Maier-Messner“ schien prädestiniert gewesen zu sein, für die politische Aufbauarbeit, die nun folgen sollte. Bereits 1940 begann der katholische Geistliche Heinrich Maier, sich Gedanken über die Aussichten eines Regimesturzes zu machen. Zu diesem Zweck traf er sich auch in Deutschland mit Oppositionellen, darunter dem Zentrumspolitiker Jakob Kaiser und katholischen Gewerkschaftlern. Außerdem besaß diese Gruppe bereits seit 1942 über den Generaldirektor der Semperit-Werke in Wien, Franz Josef

---

<sup>77</sup> Fritz Molden: Feuer in der Nacht, S. 137.

<sup>78</sup> Otto Molden, S. 173.

Messner Kontakt zum amerikanischen Geheimdienst in der Schweiz. So konnte man unter anderem Informationen über militärische Entwicklungen wie die „V2“-Rakete sowie über Standorte der deutschen Rüstungsindustrie an die Amerikaner weitergeben.<sup>79</sup>

Seit November fanden dann Besprechungen über eine stärkere Koordinierung der wichtigsten Gruppen statt. Seit dem November 1944 entstand der so genannte „Siebenerauschuß“, der von Becker geführt wurde und die Operationsabteilung leitete. Dank des großen Netzwerkes, welches während der Zeit in Dachau aufgebaut wurde, unterhielten Becker und Bumballa zudem Kontakte zu ehemaligen und aktiven ranghohen Staats-, Partei-, und Militärangehörigen. Diese Vereinigung beruhte vor allem auf dem besonderen Geschick Beckers, die diversen, sich zum Teil skeptisch gegenüberstehenden, Gruppen zu einen.<sup>80</sup>

Die Bildung des provisorischen österreichischen Nationalkomitees war, nach Kontaktaufnahme mit Vertretern aller Parteien, sowie dem „Zentralkomitee Österreich“ von Hans Becker, für Mitte Dezember 1944 geplant. Schließlich wurde das „Provisorische Österreichische Nationalkomitee“ am 12. Dezember in der Wohnung des Bundeswirtschaftsrates Spitz in Wien gegründet. Das POEN sollte eine Art Untergrundregierung darstellen und die „geistig-politische Leitung sowie die Vertretung der O5 nach außen übernehmen“.<sup>81</sup>

Die O5 charakterisierte sich selbst als „Zusammenfassung der im provisorischen österreichischen Nationalkomitee (POEN) vertretenen österreichischen Widerstandsgruppen.“ In ihr seien die aktiven Gruppen der sozialdemokratischen Partei, der christlichsozialen Parteirichtung, der kommunistischen Partei, die legitimistischen Widerstandsgruppen, sowie die Widerstandsgruppen innerhalb der Reichsbahn, der österreichischen Polizei sowie der österreichischen Wehrmachtseinheiten zusammengefasst.<sup>82</sup>

Über die Größe des POEN gibt es nur unzureichende Hinweise. In einem Telegramm der US Army vom 12. April 1945 wird die Mitgliederstärke auf 58.000 bis 70.000 Personen geschätzt, inklusive aller aktiven oder anderweitig

---

<sup>79</sup> Ebd., S. 109.

<sup>80</sup> Luža, S. 186.

<sup>81</sup> Otto Molden, S. 175.

<sup>82</sup> Otto Molden, S. 190.

angegliederten Mitglieder.<sup>83</sup> Davon seien rund 35-40 Prozent den Sozialisten zuzurechnen, 40 Prozent entfielen auf die Christlichsozialen und 10 Prozent seien Kommunisten. Auch diese Zahlen beruhen auf Aussagen Fritz Moldens, der zu dieser Zeit die einzige verlässliche Quelle der Amerikaner in Österreich gewesen ist.

Zu den Mitgliedern zählten neben Spitz, Ernst Molden, Alfons Stillfried, der Völkerrechtsprofessor Alfred Verdross, der Monarchist Josef Etzdorf und der Bankdirektor Friedrich Maurig. Es wird deutlich, dass die Gründungsmitglieder zum Großteil aus der politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Elite des Landes stammten und eher dem bürgerlichen Lager zuzurechnen waren. Hingegen war der Anteil der Kommunisten, Sozialdemokraten, der christlichen Widerstandskämpfer äußerst gering oder gar nicht existent.

Den Kontakt zu den Sozialdemokraten wurde erst im Februar 1945 hergestellt. Dies geschah mit Hilfe von Ernst Lemberger, der in Frankreich Offizier der „Resistance“ tätig war und außerdem für die in London arbeitende „Alliierte Kommission“ tätig war, weshalb er auch gute Kontakte zu den sozialdemokratischen Exilanten in London besaß. Über ihn wurde die Verbindung zu Adolf Schärf, zum früheren Diplomaten Norbert Bischoff und dem Kommunisten Matejka hergestellt.

Diese Personen verfügten über die nötige Erfahrung und das politische Wissen, das benötigt wurde, um so eine politische Organisation aufzubauen und zu leiten. Durch die Schaffung des POEN erhielt die O5, deren Hauptaktivität zunächst die Sabotage von kriegswichtigen Betrieben und Infrastruktur war, eine politische Leitung. Dies war insbesondere für die Unterstützung durch die Alliierten von Bedeutung, da man nun als Untergrundregierung auftreten konnte. Diesem Selbstverständnis entsprach auch die Benennung von Vertretern in der Schweiz, den USA, Großbritannien und Frankreich.

## 6.2 Programmatik

---

<sup>83</sup> DÖW, Nr. 11.168, Telegramm des US-Streitkräfte Hauptquartiers in Caserta (Italien) über die ersten Nachrichten aus Österreich bezüglich des Einmarsches der sowjetischen Truppen, 12. April 1945.

Über das politische Programm der O5 gibt es kaum gesichertes Datenmaterial. Vieles von dem, was heute noch zur Verfügung steht, wurde erst nach Ende des Krieges verfasst und unterliegt damit auch dem Verdacht, dass die jeweiligen Aussagen mit dem Zweck der Überhöhung oder der Negierung der O5 entstanden sind.

Clemens Wildner, ehemals Generalsekretär und spätere Botschafter Österreichs in der Türkei befand, dass „das große politische Konzept der „O5“ war, den von den Alliierten geforderten Beitrag Österreichs zur Befreiung zu leisten, damit wir wohl ein besetztes, aber kein besiegtes Land sind, was uns auch gelungen ist“. Als Beweis dieses Ansinnens diente ein „historisches Telegramm aus Moskau, worin dieser Beitrag als erbracht bezeichnet wird.“<sup>84</sup> Mit dieser Aussage legt Wildner den Schwerpunkt der Aktivitäten ganz klar auf die Sabotageakte und widerständische Aktionen während des Krieges. Die politische Rolle, welche die O5 nach Zusammenbruch des NS-Regimes beim Wiederaufbau des Staates spielen wollte, wird hier erst gar nicht erwähnt.

Trotzdem gab es ein politisches Programm der Gruppe, wie das neu zu errichtende österreichische Staatsgebilde aussehen sollte. In einem Bulletin vom 14. April des Jahres 1945, dem „London Information“, wurde über das politische Programm der O5 berichtet.<sup>85</sup> Herausgegeben wurde es vom Londoner Büro der Sozialisten, welches als Auslandsvertretung der O5 in Großbritannien diente. Hierin wird die O5 als „heroische österreichische Widerstandsbewegung“ bewertet, und das Programm der Gruppe vorgestellt.

Zum einen sah das Programm der Bewegung eine demokratische Republik mit der Verfassung aus dem Jahr 1920 vor. Damit wendete man sich nicht nur gegen die seit 1938 gültige Rechtsordnung, sondern auch gegen die seit 1933 erlassenen Änderungen der Verfassung durch das austrofaschistische Regime. Dass dieser Programmpunkt zu ernsthaften Kontroversen innerhalb der O5 geführt hat, ist eher unwahrscheinlich. Zwar war neben den vom Dollfuß-Regime verfolgten Sozialisten und Kommunisten mit Hans Becker mindestens ein ehemaliger Repräsentant der damals herrschenden Vaterländischen Front vertreten, dennoch

---

<sup>84</sup> DÖW, Nr. 5199, Tagebuchaufzeichnungen von Generalsekretär Wildner vom 16. April 1945 über die erste Beamtenbesprechung im Bundeskanzleramt.

<sup>85</sup> DÖW, Nr. 3767, Bulletin „London Information“ des Londoner Büros der Sozialisten vom 14. April 1945.

kam es in Anbetracht der gemeinsamen Bedrohung durch die Nationalsozialisten zur Überwindung dieser Gegensätze.

Weiter lehnte das Programm eine Mitschuld Österreichs am Ausbruch des Krieges ab, da es zu diesem Zeitpunkt ein besetztes Land gewesen sei. Die in der Moskauer Deklaration postulierte Verantwortung Österreichs wurde scharf zurückgewiesen. Diese Einstellung musste zu späteren Konflikten mit den Alliierten führen, vor allem mit den sowjetischen Behörden, die mit diesem Argument Reparationszahlungen rechtfertigten und österreichische Fabriken demontierten sowie andere Industriegüter konfiszierten. Aber auch Briten und Amerikaner wollten Österreich nicht von seiner Mitschuld entbinden.

Allerdings hatte die O5 zum Ziel, die Kriegsverbrecher „rücksichtslos“ zu bestrafen. Dies sollte durch die Österreicher selbst geschehen. Deutsche, die nach dem 11. März 1938 ins Land kamen, sollten „hinausgejagt“ werden, während die „Regierung und die Wirtschaftskreise von allen deutschen Eroberern und österreichischen Kollaborateuren gesäubert“ werden sollte.<sup>86</sup>

Die Wirtschaftspolitik der O5 sah eine Verstaatlichung wichtiger Industriezweige vor. Hierzu zählten die Banken und Versicherungen, aber auch Unternehmen des Verkehrswesens, wie die Eisenbahn. Dieser Programmpunkt musste vor allem bei den Amerikanern Skepsis auslösen, ob die O5 diejenige Gruppe sei, die für eine konstruktive Zusammenarbeit geeignet war. Deswegen machten sie bei der O5 auch einen deutlichen „Trend nach links“<sup>87</sup> aus, was die gesellschaftspolitische Richtung betraf.

Was die geographische Form des neuen Staates betraf, forderte die O5 nicht nur die Wiedererrichtung Österreichs in den Grenzen von 1933, sondern erhob auch Ansprüche auf Südtirol, da die deutschsprachige Bevölkerung der Mehrheit stelle. Gleichzeitig wurde die Bereitschaft signalisiert, sich einer zukünftigen Donauföderation, wie sie besonders der englische Premierminister Winston Churchill favorisierte, anzuschließen. Da durch solch einen Staatenbund, der große Teile Mitteleuropas vereinigte nicht nur zu einer Schwächung Deutschlands sondern

---

<sup>86</sup> DÖW, Nr. 3767, Bulletin „London Information“.

<sup>87</sup> DÖW, Nr. 11.168, Telegramm des US-Streitkräfte Hauptquartiers in Caserta (Italien) über die ersten Nachrichten aus Österreich bezüglich des Einmarsches der sowjetischen Truppen, 12. April 1945.

auch der UdSSR geführt hätte, wurde dieser Vorschlag von sowjetischer Seite und damit auch von den österreichischen Kommunisten abgelehnt.

Gegenüber dem amerikanischen Geheimdienst OSS verkündete Fritz Molden, dass das POEN von den mit ihm verbundenen Gruppen nur als ein temporäres Provisorium akzeptiert werden sollte, und dass die in ihm vertretenen Gruppen nach der Befreiung ihren eigenen Weg gehen werden.<sup>88</sup> Außerdem sei es im Wesentlichen eine nicht-politische Koalition sei, die kein offizielles Programm besäße und keinen Anspruch auf politische Macht im Nachkriegsösterreich erheben wollte.<sup>89</sup> Es wollte „die Regierungsgewalt nicht selbst ausüben, sondern nur Personen, „die das Vertrauen aller Parteien genossen“, in Ausschüsse delegieren, die bis zur Ankunft aller Alliierten die Agenden der Ministerien wahrzunehmen hätten“.<sup>90</sup> Um diese Aufgabe erfüllen zu können, hätte die O5 laut eigener Aussage, „schon seit langem, insbesondere in personeller Hinsicht, weitgehend vorgesorgt, was ihr eher möglich war, als sie alle antifaschistischen Parteien in ihrem Führungsausschuss vereinigte.“<sup>91</sup>

Diese Aussagen stehen im Gegensatz zu den Aussagen anderer Mitglieder, wonach die O5 die Anspruch hatte, nach Kriegsende als eine überparteiliche Dachorganisation fungieren. Wahrscheinlich sollte mit diesen Aussagen das eigentliche Ziel der Gruppe vor den Amerikanern verschleiert werden, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, dass es sich um eine Einheitsfront nach sowjetischem Vorbild handelt.

Bei einem Zusammentreffen des POEN am 25. Februar 1945 wurden die „wichtigen Entscheidungen getroffen „über die zukünftige Politik, insbesondere die Notwendigkeit, ein kommendes, wieder befreites Österreich aus den Auseinandersetzungen der Siegermächte womöglich herauszuhalten und guten Kontakt mit allen Alliierten zu pflegen.“<sup>92</sup> Diese Aussage Fritz Moldens belegt deutlich, dass sich das POEN eine herausragende Stellung im zukünftigen Österreich vorstellte, die weit über die bloße Besetzung von Verwaltungsposten hinausging. Diese Vorstellungen tangierten Grundpositionen einer zukünftigen

---

<sup>88</sup> DÖW, Nr. 11.168, Telegramm des US-Streitkräfte Hauptquartiers in Caserta (Italien).

<sup>89</sup> DÖW, Nr. 12.667, Informationsstudie des OSS: POEN and the Austrian Underground, 13. April 1945, S. 3.

<sup>90</sup> Aichinger, S. 163

<sup>91</sup> ÖGZ, DO 19, Mappe V, Bericht 41: Bericht über die Tätigkeit der „O5“ nach der Befreiung Wiens.

<sup>92</sup> Fritz Molden, Feuer in der Nacht, S. 146.

Außenpolitik. Also wollte die Gruppe ein entscheidender Akteur der Politik in der Nachkriegszeit sein. Dies entsprach auch der Beurteilung der Amerikaner. Für sie erschien es durch aus plausibel, dass die O5 den wichtigen Kern des zukünftigen politischen Lebens in Österreich spielen könne.<sup>93</sup>

## 7. Verbindungen zu den Alliierten

### 7.1 Kontakte mit den Westalliierten

Ein Problem, dessen Lösung sich die O5 unbedingt annehmen wollte, bestand darin, die Alliierten davon zu überzeugen, dass es so etwas wie einen österreichischen Widerstand überhaupt gab. Amerikaner, Briten, Franzosen und Russen waren nämlich skeptisch gegenüber der Existenz eines österreichischen Widerstandes und hatten somit auch wenig Vertrauen in dessen Schlagkraft. So heißt es in einem Bericht des Schweizer Armeegeheimdienstes: „Von den Alliierten wurde bezweifelt, dass die österreichische unterirdische Bewegung diese Bezeichnung „Bewegung“ verdient.“<sup>94</sup>

Dass die Möglichkeit zur Behinderung der deutschen Kriegsmaschinerie oder gar eines von Österreichern initiierten Regimewechsels, den man unterstützen könne, von den Staaten der Anti-Hitler-Koalition als gering eingeschätzt wurde, war den Widerstandskämpfern durchaus bewusst. Aus diesem Grund verstärkte das POEN kurz nach seiner Gründung die Bemühungen, Vertretungen im Ausland zu etablieren.

Das primäre Ziel war, Kontakt mit den Westalliierten und der UdSSR herzustellen, um sie von der Existenz eines organisierten Widerstandes zu überzeugen. Dies war die Grundlage für eine aktive Zusammenarbeit, und besonders dafür, materielle Hilfe zu erhalten. Des Weiteren sollten alliierte Offiziere nach Österreich geschleust werden oder mit dem Fallschirm abspringen. Um die Alliierten von ihrer Existenz und ihrem Einsatzwillen zu überzeugen, luden die Mitglieder der O5 alliierte Offiziere nach Österreich ein, damit diese sich persönlich ein Bild von den

---

<sup>93</sup> DÖW, Nr. 12.667, Informationsstudie des OSS: POEN and the Austrian Underground, 13. April 1945, S. 4.

<sup>94</sup> DÖW, Nr. 5887, Aus den Kommentaren und Analysen des Schweizerischen Büros Hans Hausamann; Nachrichten- und Sicherheitsdienst des Armeekommandos der Schweiz während des 2. Weltkriegs, Bericht vom 24. März 1944.

Verhältnissen machen konnten. Bei diesen Besuchen ging es dann darum, die Schlagkraft der Gruppe zu testen. Es wurden von alliierter Seite Aufgaben gestellt, die die O5 erfüllen sollte, wie zum Beispiel Sabotageakte gegen die Wehrmacht oder an der Infrastruktur. So forderte ein französischer Offizier bei seinem Besuch die O5 auf, mehrere Brücken in einer bestimmten Zeit zu sprengen, um so den Rückzug der deutschen Truppen zu behindern.<sup>95</sup> Da die O5 solchen großen Sabotageakten nicht nachkommen konnte, schlug man vor, eine nächtliche Klebezettelaktion durchzuführen, wobei der Text der angebrachten Flugblätter vom französischen Oberst festgelegt werden sollte.

Ein zweites Ziel war zudem, dass das POEN offiziell von den Alliierten als Vertretung des gesamten österreichischen Widerstandes anerkannt würde. Hierbei galt es vor allem, als alleinige politische Kraft in Österreich akzeptiert zu werden. Diese Anliegen wurde besonders von den Russen kritisch beäugt.

Das POEN selbst versuchte gegenüber den westlichen Alliierten, die Bedeutung des kommunistischen Widerstandes zu negieren. Gegenüber dem OSS gab Fritz Molden die Auskunft, dass nur 10 Prozent der österreichischen Widerstandskämpfer Kommunisten seien. Dem POEN zufolge, existierte keine einheitliche kommunistische Widerstandsbewegung. Vielmehr agierten die Kommunisten als Einzelpersonen oder in kleinen Gruppen. Ferner behauptete das POEN gegenüber dem OSS, dass die kommunistischen Vertreter „auf Befehl“<sup>96</sup> beigetreten sind. Dass damit nicht eine Anweisung kam, die von den führenden Köpfen der österreichischen Kommunisten stammte, ist nach dem jetzigen Kenntnisstand unzweifelhaft. Sie hätte auch keinen Sinn ergeben, da die Kommunisten ihre eigenen Aktivitäten durchführten und sich dazu nicht der O5 anschlossen. Diese Aussage kann also nicht der Wahrheit entsprechen, sondern drückt einmal mehr das Bestreben der Mitglieder aus, der O5 einen höheren Stellenwert beizumessen. Die formelle Anerkennung durch die Westalliierten erfolgte im Winter 1944/45. Im Januar 1945 wurde Fritz Molden von Allen Welsh Dulles informiert, dass die USA bereit wären, das POEN und die O5 als ihre Partner in Österreich anzuerkennen. Daraufhin wurde Molden zum Oberstleutnant der US-Armee ernannt und fungierte

---

<sup>95</sup> Hans Hausamann; Bericht vom 24. März 1944.

<sup>96</sup> DÖW, Nr. 12.667, Informationsstudie des OSS: POEN and the Austrian Underground, 13. April 1945, S. 2.

als Verbindungsoffizier des österreichischen Widerstandes im alliierten Hauptquartier in Caserta.<sup>97</sup>

## 7.2 Das ambivalente Verhältnis zur Sowjetunion

Zu der UdSSR besaß die O5 ein ambivalentes Verhältnis. Im Januar 1945 und zwei Monate später, am 27. März, trafen sich zwei Vertreter des POEN, nämlich der Sozialist Ernst Lemberger und Fritz Molden, in Paris mit dem russischen Abgesandten Generalmajor Ivan A. Susloparov, dem Leiter der Militärmission beim alliierten Hauptquartier. Die Sowjets waren zwar an Informationen über den österreichischen Widerstand und der deutschen Wehrmacht in Österreich interessiert, allerdings kritisierten sie, dass der Kontakt zu den Westalliierten seitens des POEN deutlich früher hergestellt wurde. Über diese Unterredung wurde Josef Stalin persönlich von Susloparov unterrichtet, wobei der Verdacht geäußert wurde, dass es sich bei der O5 um eine „Schöpfung des amerikanischen und britischen Geheimdienstes“.<sup>98</sup>

Aus diesem Grund lehnte Susloparov auch das Ansinnen von Lemberger und Molden ab, in Moskau eine Dependence errichten zu können. Dieser Wunsch des bürgerlich geprägten POEN, das noch dazu von den Westalliierten unterstützt wurde, stand in klarem Gegensatz zu den Zielen des Kremls.<sup>99</sup>

Stalin stellte dann auch kurze Zeit nach dem Gespräch von Susloparov mit Molden am 30. oder 31. März im Stuvka, dem obersten Führungsorgan der Sowjets, die Frage, wer denn die Zentralverwaltung in Österreich aufbauen solle.<sup>100</sup> Er besaß also schon die Informationen aus der Unterredung in Paris und kannte somit den antisowjetischen und überwiegend bürgerlich geprägten Charakter der O5. Zudem war den Russen die Verbindung der O5 zu den Westalliierten bekannt. Nicht auszuschließen ist somit, dass er befürchtete, dass die Westmächte zu einem späteren Zeitpunkt die O5 als provisorische Regierung anerkennen könnten.

Dass er bei dieser Gelegenheit auch den Auftrag gab, nach dem alten sozialdemokratischen Nationalratspräsidenten Karl Renner suchen zu lassen, damit

---

<sup>97</sup> Luža, S. 241.

<sup>98</sup> Barbara Stelzl-Marx: Carl Szokoll und die Operation „Radetzky“ – Militärischer Widerstand in Wien 1945 im Spiegel sowjetischer Dokumente, in: DÖW (Hg.) Jahrbuch 2009, 95-113, Wien, 2009, S. 97.

<sup>99</sup> Stelzl-Marx, S. 97.

<sup>100</sup> Manfred Rauchensteiner: Der Sonderfall, S. 66.

dieser die Regierungsbildung übernehme, wie es oftmals in der historischen Literatur wiedergegeben wird<sup>101</sup>, ist nicht klar. Für diese Behauptung findet sich in russischen Dokumenten keinerlei Beleg.<sup>102</sup>

Zweifellos spielte auch die ablehnende Haltung der im Moskauer Exil lebenden österreichischen Kommunisten, die die Existenz einer österreichischen Widerstandsbewegung abstritten eine entscheidende Rolle für die Bewertung seitens der Sowjets. So meldete das Sprachrohr der kommunistischen Emigranten, der „Sender Freies Moskau“, am 5. April, das ihm weder die Existenz der O5 bekannt sei, noch dass es eine Teilnahme von Kommunisten daran gäbe.<sup>103</sup> Dies entsprach insofern den Tatsachen, als sich unter den Mitgliedern des „Siebenerausschuß“ nur eine Kommunistin befand, während die Mehrheit dem bürgerlichen Lager zugerechnet werden konnte.

Einzig und allein auf militärischem Gebiet waren die Sowjets an einer Zusammenarbeit mit der O5 bereit, die der Roten Armee wertvolle Informationen über die Befestigungen der Wehrmacht an der Ostfront liefern konnten.<sup>104</sup>

## 8. Die O5 in den Tagesrapporten der Gestapo

In den Tagesrapporten der Gestapo-Leitstelle finden sich nur sehr wenige Einträge, die der O5 zugerechnet werden können. In den vorhandenen drei Berichten, in denen Verweise auf die O5 ausgemacht werden konnten, finden sich lediglich Darstellungen über Propagandaaktivitäten, währenddessen Sabotageakte, die in Verbindung mit der Gruppe stehen könnten, nicht belegt werden können. Bei der Propaganda handelt es sich um Flugblätter, die im November und Dezember 1944 in Wagen der Straßenbahn oder mit der Post an wenige Adressen gesendet wurden. Die Schriften sind mit „Österreichisches Nationalkomitee“ unterschrieben, und sind meistens an die österreichische Bevölkerung, zum Teil aber auch an spezielle Berufsgruppen wie Eisenbahner, Polizisten und Soldaten gerichtet. In den Flugblättern wird die Bevölkerung aufgefordert, dass „jeder mit voller Kraft seinen

---

<sup>101</sup> Aichinger, Sowjetische Österreichpolitik, S. 122; Rauchensteiner, Sonderfall, S. 66

<sup>102</sup> Mueller, S. 76.

<sup>103</sup> Aichinger, S. 161.

<sup>104</sup> Aichinger, S. 160.

Kampfbeitrag leistet, um sich einen Platz im neuen Staat zu sichern.“<sup>105</sup> Speziell wird zur Sabotage und zur Durchführung eines Generalstreikes mit Hilfe von Gewaltakten aufgerufen, sowie zur Zersetzung der Wehrmacht und der Bildung von Komitees, welche die einmarschierenden Truppen unterstützen sollen.<sup>106</sup> Des Weiteren wird erklärt, dass die alliierten Armeen nicht als Feinde sondern als Befreier kämen und die „verschärften Luftangriffe erst dann ihr Ende finden, wenn „Hitlers Krieg“ nicht mehr unterstützt wird.“<sup>107</sup>

Neben diesen Berichten über Propagandaaktivitäten gibt es Aussagen der Widerstandskämpfer, in denen auf die Methoden der Gestapo bei der Verfolgung der O5 eingegangen wird. So soll es bereits einige Tage nach den ersten nächtlichen Schmieraktionen eine Sonderabteilung für die O5 in der Gestapo-Leitstelle gegeben haben<sup>108</sup>. Allerdings beruht diese Aussage auf einer Schilderung Hans Beckers und lässt sich nicht durch die Tagesberichte, andere Quellen oder Sekundärliteratur verifizieren. Das Gleiche gilt für die Behauptung des ehemaligen O5-Mitgliedes Hermann Zeiz, der auch unter dem Namen „Georg Fraser“ bekannt ist, dass der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, auf die Ergreifung des Leiters der O5 eine Belohnung von 100.000,- Reichsmark ausgesetzt hätte.<sup>109</sup>

So entsteht der Eindruck, dass diese Behauptungen erfunden sind, um die tatsächliche Bedeutung der Gruppe zu überhöhen. Dies deckt sich mit dem Ergebnis der Analyse der Tagesrapporte, dass die O5 nicht sonderlich aktiv gewesen sein kann. Dass es so wenig Material der Gestapo über die O5 gibt, könnte einerseits bedeuten, dass die angeblichen Sabotageakte nicht so zahlreich stattfanden, wie von der O5 behauptet und sie nur wenig Schaden hinterließen.

Andererseits hatte die O5 aber angeblich auch das Gestapo-Hauptquartier infiltriert, sodass sie frühzeitig vor Verhaftungen durch die Gestapo gewarnt werden konnte. Es scheint, dass gerade in der Endphase der Besatzung viele hohe

---

<sup>105</sup> Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 4, 19.-25.1. 1945.

<sup>106</sup> Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 4, 24.-30.11. 1944.

<sup>107</sup> Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 3, 15.-21.12. 1944.

<sup>108</sup> Hans Becker: Freiheitskampf, S.20.

<sup>109</sup> DÖW, Nr. 8832, Dokumente des Freiheitskämpfers August Hermann Zeiz.

Angehörige von SS und Gestapo zur O5 stießen, die aus Furcht vor Racheaktionen und Bestrafung Mitglied der O5 wurden.<sup>110</sup>

## 9. Beteiligung an der Operation „Radetzky“

Als sich die Rote Armee im Frühjahr 1945 Wien näherte, beschloss der Wehrmachtsoffizier Carl Szokoll mit den Russen in Kontakt zu treten. Szokoll war einer der führende Köpfe des militärischen Widerstandes in Österreich. Er sammelte im Wehrkreiskommando XVII in Wien Militärs um sich und stand mit dem Hitler-Attentäter Claus Graf Schenk von Stauffenberg in Kontakt, weshalb er maßgeblich an der Durchführung der Operation „Walküre“ in Wien beteiligt war. Durch das Fehlschlagen des Attentats stellte die Gruppe zunächst ihre Aktivitäten zunächst ein. Szokoll selbst besaß zumindest indirekten Kontakt zur O5. Oberleutnant Wolfgang Ilger, ein Vertrauter Szokolls, traf sich im September 1944 mit Fritz Molden in der Wohnung von Alfons Stillfried, um die Vergrößerung der O5 durch Wehrmachtseinheiten zu besprechen. Ilger bildete zusammen mit weiteren Vertrauten Szokolls, Oberleutnant Otto Scholik, Oberleutnant Rudolf Raschke sowie Hauptmann Alfred Huth eine Verbindungsgruppe zur O5.<sup>111</sup> Vorrangiges Ziel der Gruppe war die Kampfhandlungen zu verkürzen und unnötige Zerstörungen von Wohnhäusern, historischen Denkmälern und Infrastruktur zu verhindern. Aus diesem Grund sollte mit den Generälen der Roten Armee über eine kampflose Übergabe der Stadt Wien an die Russen verhandelt werden.

Ende März übermittelte er seinen Plan an die Führung der O5 und die Leiter der paramilitärischen Formationen. Der Plan sah einen bewaffneten Aufstand vor, der sich von den äußeren Stadtbezirken ausgehend, auf die Innenstadt überspringen sollte. Gleichzeitig sollten die höchsten zivilen und militärischen Repräsentanten des NS-Regimes in Wien verhaftet werden. So wollte man die Kontrolle über die gesamte Stadt herstellen und dann kampflos vor der Roten Armee kapitulieren zu können.

---

<sup>110</sup> DÖW, Nr. 12.667, Informationsstudie des OSS: POEN and the Austrian Underground, 13. April 1945, S. 2.

<sup>111</sup> Luža, S. 260.

Am 2. April schickte er den Oberfeldwebel Ferdinand Käs, als bevollmächtigten militärischen Vertreter der O5, zu Verhandlungen mit dem sowjetischen General Glagolev. Bei diesem Gespräch informierte Käs die Sowjets nicht nur über die geplante Erhebung bewaffneter Wiener und der von Szokoll kommandierten Wehrmachtseinheiten, sondern übergab auch Lagepläne Wiens. Weiter empfahl man der Roten Armee die Umgehung Wiens und Einnahme der Stadt vom Westen her, um den im Süden der Stadt positionierten SS-Divisionen aus dem Wege zu gehen. Die Rote Armee stimmte einem gemeinsamen Zusammenwirken zu und verlangte einen Aufstand, „in deren Verlauf die Schlüsselstellen in Wien von der Widerstandsbewegung besetzt werden sollten.“<sup>112</sup> Ob damit ausdrücklich die O5 gemeint war, kann nicht abschließend geklärt werden, da es keinen Beweis dafür gibt, dass eine Beteiligung der O5 bei diesem Aufstand von den Sowjets gefordert wurde.

Dass sich die O5 an der Operation Radetzky beteiligte, ist dagegen unzweifelhaft. Gegenüber dem sowjetischen Stadtkommandanten Aleksej V. Blagodatov beschrieb Georg Fraser Anfang Mai die Kontaktaufnahme Szokolls mit der O5 wie folgt: „Da erschien eines Tages in meiner Wohnung Baron Nikolaus Maasburg [...]. Er erklärte mir folgendes: Er sein ein Vertrauensmann des Major Sokol [sic!]. Sokol [sic!] habe Verbindung mit dem Hauptquartier des Marschalls Tolbuchin aufgenommen [...]. Der Marschall verlange ausdrücklich die Mitwirkung der Organisation O5 bei diesem Werk und der Major Sokol [sic!] suche nun die Verbindung mit der O5 zu einer engen Zusammenarbeit aufzunehmen. Ich stellte sofort die Verbindung zu unserem, inzwischen gebildeten Siebenerauschuß [...] her und wir begannen sofort, Hand in Hand mit Major Sokol [sic!] zu arbeiten“.<sup>113</sup> Dies wird von einer Zeugenaussage Bumballas im Jahr 1946 bestätigt. Bumballa gab zu Protokoll, dass die O5 bereits vor dem April 1945 Kontakt zur Roten Armee gehabt hätte. Als Szokoll dann ebenfalls in Kontakt mit den Sowjets treten wollte, erklärte man ihm dort, „er müsse Verbindung mit der O5 aufnehmen“.<sup>114</sup> Ob sich Bumballa bei dieser Aussage auf eine Bemerkung Szokolls bezog, kann allerdings nicht geklärt werden. Diese Mitarbeit, die angeblich von Marschall Tolbuchin

---

<sup>112</sup> Stelzl-Marx, S. 99.

<sup>113</sup> Stelzl-Marx, S. 103.

<sup>114</sup> DÖW, Nr. 21032, Zeugenvernehmung von Raoul Bumballa in der Strafsache gegen Dr. Paul Antosch, 4. Februar 1946.

gefordert wurde, lässt sich durch sowjetische Dokumente nicht verifizieren. Es könnte sich somit um eine Finte Szokolls gehandelt haben, der auf diese Weise die Zustimmung der O5 zur Mitwirkung erzielen wollte.<sup>115</sup>

Szokoll selbst erklärte gegenüber dem russischen Geheimdienst, dass er am 5. April zum ersten Mal persönlich Kontakt zur O5 herstellte, um die von russischer Seite aufgestellten Richtlinien zum Verhalten der Zivilbevölkerung übermitteln.<sup>116</sup>

In der Nacht zum 6. April, als der Aufstand beginnen sollte, traf Szokoll das erste Mal mit Bumballa zusammen und teilte ihm seine mit den Sowjets abgemachten Beschlüsse mit. So sollte die O5 wichtige öffentliche Gebäude besetzen und später den Russen übergeben sowie prominente Nationalsozialisten verhaften.

Gleichzeitig erbat er aber die Beteiligung kämpfender Widerständler, und zwar aus dem Grund, weil seine Gruppe nicht über die benötigte Kapazität verfügte, den Anweisungen der sowjetischen Armee Folge zu leisten. Aus diesem Grund sicherte Raoul Bumballa die Mitwirkung von 5000 gut bewaffneten Soldaten und Offizieren zu,<sup>117</sup> auch wenn Szokoll die militärische Verantwortung nicht aus seinen Händen geben wollte.<sup>118</sup>

Im Anschluss an das Treffen begab sich Szokoll zum Versteck der kommunistischen Widerstandsgruppe, um auch sie für die Beteiligung an der Operation „Radetzky“ zu gewinnen. Wie Szokoll selbst betonte, erachtete er es als wichtig, dass außer der O5 und anderen Gruppen auch österreichische Kommunisten im Palais Auersperg waren, um dort die Sowjets zu empfangen. Für Szokoll stellte die O5 keine überparteiliche Vertretung des Widerstandes dar, weil sie „nur mit den Engländern und den Amerikanern in Verbindung stand.“<sup>119</sup>

Teile des Aufstandsplanes wurden noch in der Nacht aufgedeckt und Major Karl Biedermann, Hauptmann Alfred Huth und Oberstleutnant Rudolf Raschke von Einheiten der SS festgenommen und hingerichtet. Mit der Zerschlagung der Gruppe um Szokoll und durch die Verhaftung von Biedermann, Huth und Raschke in Folge der Aufdeckung der „Operation Radetzky“ war der militärische

---

<sup>115</sup> Stelzl-Marx, S. 104.

<sup>116</sup> DÖW, Nr. 590, Tätigkeitsbericht über die militärischen Planungen und den Einsatz von Österreichern zur Beschleunigung der Befreiung vom Nazismus, S. 12.

<sup>117</sup> Stelzl-Marx, S. 104.

<sup>118</sup> Rathkolb. S. 301.

<sup>119</sup> Carl Szokoll: Die Rettung Wiens 1945 – Mein Leben, mein Anteil an der Verschwörung gegen Hitler und an der Befreiung Österreichs, Wien 2001, S. 330.

Widerstand innerhalb der O5 zerstreut und es entstanden mehrere isolierte, unkoordiniert agierende, Zellen.

Trotzdem der Plan zu gewissen Teilen entdeckt wurden war, halfen einige Mitglieder der O5 am Morgen den Sowjets bei ihrem Sturm auf Wien. Sie führten die russischen Truppen mithilfe ihrer Ortskenntnis vorbei an den deutschen Artilleriestellungen und Panzersperren über die Hütteldorfer Straße und die Triester Straße ins Zentrum von Wien.<sup>120</sup> Bewaffnete Kräfte der O5 begaben sich zum Polizeipräsidium am Schottenring und zum Hauptquartier der Gestapo, um die dort befindlichen Gefangenen zu befreien und vor möglichen Erschießungen durch SS-Angehörige zu bewahren.

Laut Bumballa wäre es trotz des Verrates noch nicht zu spät zum Handeln gewesen, doch hätte „Szokoll im entscheidenden Augenblick versagt, ist verschwunden und hat sich durch zwei drei wichtige Tage nicht gezeigt. Mein Plan zur Rettung der lebenswichtigen Anlagen von Wien und besonders der Kaibrücken konnte dadurch nicht verwirklicht werden, das Scheitern dieses Planes muss ich besonders dem Szokoll vorhalten.“<sup>121</sup> Carl Szokoll selbst berichtete, dass die Besetzung von Brücken in den Aufgabenbereich seiner Truppen gefallen wäre, die offiziell als Brückenschutz fungieren sollten. Nach der Enttarnung und Verhaftung von einem der beteiligten Offiziere, musste er die Entscheidung treffen, „entweder unter Verzicht auf die militanten zivilen Gruppen und auf einen Teil meiner noch im Aufmarsch befindlichen Einheiten sofort loszuschlagen, wodurch ich auf keinen Fall den Auftrag des russischen Oberkommandos, die Brücken offen zu halten, erfüllt hätte können, [...] oder die wenigen Stunden bis zum Abschluß der Bereitstellungen abzuwarten und den allerdings durch die Russen zur Gänze gebundenen Gegnern, unter möglicher Absicherung gegen den Verrat, Zeit zu Gegenmaßnahmen zu geben.“<sup>122</sup>

Auch wenn Szokoll den Aufstandsplan mit der O5 und Teilen der KPÖ besprach und abstimmte, so war es doch seine Planung, auf der die „Operation Radetzky“ basierte. Zudem verfügte er als Militärangehöriger, im Gegensatz zu Bumballa,

---

<sup>120</sup> Luža, S. 266.

<sup>121</sup> DÖW, Nr. 21032. Zeugenaussage Bumballa.

<sup>122</sup> DÖW, Nr. 590, S. 15.

über die notwendigen Erfahrungen und Kenntnisse, die nötig waren eine Stadt einzunehmen und ihre Infrastruktur zu sichern. Er dürfte weitaus besser die Lage eingeschätzt haben, auch da er sowohl über die sowjetische Planung zum Einmarsch in Wien als auch über mögliche Reaktionen von Wehrmacht und SS Bescheid wusste.

Szokoll selbst widersprach der Behauptung, dass Wien aufgrund seiner militärischen Planungen befreit wurden sei. „Wien wurde durch die Russen befreit, selbst dann, wenn auch mein Plan vollständig gelungen wäre.“<sup>123</sup> Jedoch verwies er bei einem Verhör durch den sowjetischen Geheimdienst darauf, verhindert zu haben, dass die Reichsbrücke und eine Brücke über den Donaukanal gesprengt wurden sei. Diese Leistung beanspruchte, neben der Roten Armee, allerdings auch die O5 für sich. So bemerkt Georg Fraser, dass die Tatsache, dass Wien im April verhältnismäßig glimpflich davongekommen sei, „nur jenen Männern [den Mitgliedern der O5] zu danken ist.“<sup>124</sup>

Von sowjetischer Seite wurde die Leistung der O5 während des Kampfes um Wien als gering erachtet. Sowohl in Primärquellen als auch in der Literatur wird der als „bourgeois“ titulierten O5 der Vorwurf gemacht, nicht gekämpft zu haben und vor allem ein Ableger des britischen und amerikanischen Geheimdienstes zu sein. Dementsprechend wäre eines ihrer hauptsächlichen Ziele, der Aufbau einer provisorischen Regierung gewesen.<sup>125</sup> Noch ein Stück weiter in seiner Beurteilung der O5 geht der General Sergej M. Stemenko, Mitglied der Stavka, der das Scheitern der „Operation Radetzky“ den Leitern der O5 ankreidete, die „Ziele verfolgten, die mit den Interessen der Widerstandskämpfer bei weitem nicht übereinstimmten“.<sup>126</sup>

Um die Gründe für das Scheitern des Aufstandes herauszufinden, verhafteten und verhörten die Sowjets zahlreiche führende Mitglieder der O5, sowie Carl Szokoll und andere aus seiner Gruppe. Das gleiche passierte mit kommunistischen Widerstandskämpfern um mehr über die Rolle der O5 zu erfahren. Die Kommunistin Hrdlicka „der man bald eine besonders mutige Haltung bescheinigte, konnte sich vor allem dadurch legitimieren, daß ihr Mann Kommunist und im KZ

---

<sup>123</sup> DÖW, Nr. 590, S. 16.

<sup>124</sup> DÖW, Nr. 8832, Dokumente des Freiheitskämpfers August Hermann Zeiz.

<sup>125</sup> Stelzl-Marx, S. 111.

<sup>126</sup> Stelzl-Marx, S. 111.

umgekommen war“<sup>127</sup>, wurde trotz ihres Kontaktes zu Mitja Gutov, einen Bevollmächtigten der Roten Armee zur Organisierung der russischen Zwangsarbeiter, verhaftet, mit dem Vorwurf, ein „illegales und nicht linientreues Zentralkomitee der Kommunistischen Partei“<sup>128</sup> geschaffen zu haben. Raoul Bumballa, der als einziges ehemaliges Mitglied der O5 als Unterstaatssekretär für Inneres in die Regierung Renner berufen wurde, blieb allerdings unangetastet.

An diesen Details, wird der Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Widerstandsgruppen besonders deutlich. Sie alle reklamierten eine herausragende und wichtige Rolle bei der Befreiung Wiens für sich. Die Ursachen hierfür liegen wohl in den Rivalitäten der einzelnen Gruppen mit verschiedenen Intentionen und aus diversen politischen und sozialen Lagern. Nicht zuletzt dürfte auch ein Großteil dieser Rivalitäten auch persönliche Eitelkeiten und Eifersüchte zurückzuführen sein. Diese traten umso mehr auf, als in der Nachkriegszeit die Bedeutung der Widerstandskämpfer von unterschiedlichen Seiten als gering erachtet wurde. Einige sahen in ihnen Verräter und Kriminelle, andere wiederum wollten, teils aus Opportunismus oder Überzeugung, eine Negierung des sowjetischen Kampfes entgegenreten.

## 10. Aktivitäten nach der Befreiung Wiens

### 10.1 Anfängliche Kooperation mit den sowjetischen Behörden

Trotz dieser Spannungen schlug Szokoll am 12. April den Sowjets eine „zivile Vertretung“<sup>129</sup> vor, welche sich aus Mitgliedern der O5 sowie der KPÖ zusammensetzen sollte. Aus diesem Grund begaben sich zwei Offiziere der Roten Armee ins Palais Auersperg, um sich persönlich ein Bild machen zu können. Dies kam der Verleihung einer gewissen Autorität gleich und kann aber nicht als ein Zeichen einer grundsätzlichen Bereitschaft der Russen gedeutet werden, die O5 als politischen Faktor zu akzeptieren. Vielmehr hatte diese Herangehensweise der Russen das Ziel, nach dem Verjagen und der Flucht der bisherigen deutschen Verwaltungsbeamten, ein Chaos zu verhindern und schnellstmöglich eine

---

<sup>127</sup> Rauchensteiner, S. 68.

<sup>128</sup> Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung im Jahre 1945, S. 167

<sup>129</sup> Aichinger, S. 162.

Verwaltung aufzubauen, die mit einheimischen Personen besetzt war. Da sich alle anderen Parteien noch nicht wieder errichtet hatten, war die O5 der einzig agierende politische Akteur.

Seit dem 3. April bestanden Kontakte zwischen der sich in Österreich befindenden Roten Armee sowie der O5. Eine Woche später, am 10. April, kam es zu einem Zusammentreffen zwischen Mitgliedern der O5 und dem Leiter der für politische Arbeit unter der einheimischen Bevölkerung zuständigen 7. Abteilung der Politikverwaltung Oberst Georgij I. Piterskij, wobei dieser über die genaue Zusammensetzung des Siebenerausschusses informiert wurden war.<sup>130</sup>

Bereits Ende März hatte die O5 eine Proklamation veröffentlicht, in welcher sie die Bevölkerung zu Sabotageakten aufrief. Als Folge des Gespräches mit Piterskij entstand ein Flugblatt, um die Wiener Bevölkerung über die Ergebnisse zu informieren. Dieses Flugblatt ist unterschrieben mit „Die Befreier Österreichs – Die österreichischen Soldaten – die O5“. Darin wurde versichert, dass die Russen als Freunde kämen, und sich ihr Kampf ausschließlich gegen Deutschland und die Nationalsozialisten richte. Die Bevölkerung wurde zur Aufgabe des Kampfes, sowie zur Unterstützung der Russen beim Einmarsch aufgefordert.<sup>131</sup>

In dem Flugblatt wurde zusätzlich darauf hingewiesen, dass „die zivile Leitung im Amt“<sup>132</sup> bleiben sollte. Dies steht im Gegensatz zu den Absichten der O5, die Kontrolle über die Verwaltung unverzüglich zu übernehmen. Womöglich waren die Planungen für die Besetzung der jeweiligen Posten zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.

In den darauf folgenden Tagen fanden weitere Treffen mit russischen Generälen statt. Dabei kam es auch zur Aussprache über die Pläne der O5, dass es unter ihrer Führung zu einem überparteilichen Aufbau der Verwaltung kommen solle. „Bei Besprechungen im Hauptquartier der Roten Armee in der Nacht vom 13. auf den 14. April [...] wurden die weiteren Arbeitspläne der O5 eingehend erörtert und gutgeheissen. Diese Arbeit liegt nur insofern auf dem Gebiete der Politik, als O5 für sich auch weiterhin die ehrenvolle, schwere Aufgabe in Anspruch nimmt, als

---

<sup>130</sup> Wolfgang Mueller: Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945-1955 und ihre politische Mission, Wien 2005, S. 83.

<sup>131</sup> DÖW, Nr. 8832, Dokumente des Freiheitskämpfers August Hermann Zeiz.

<sup>132</sup> Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945, Bd. 2, DÖW (Hg.), Wien 1984, S. 452.

„Österreichisches Dach“ zu figurieren, unter welchem alle Parteien [...] gemeinsam an den Aufbau eines demokratischen Österreichs schreiten können.“<sup>133</sup>

Für die O5 muss dies als eine offizielle Bestätigung und Legitimierung durch die sowjetischen Behörden verstanden haben.

Dies beweist auch der Umstand, dass sich die Wiener Bevölkerung beim Einmarsch der Russen ins Palais Auersperg begab, wo die O5 seit dem 7. April residierte. Das Palais wurde von seiner Besitzerin, Agathe Croy, den Widerständlern zur Verfügung gestellt wurden. Croy stand über Prinz Wilhelm von Thurn und Taxis und dessen Gruppe mit der O5 in Kontakt. Dass die Widerstandsbewegung dort ihr Hauptquartier hatte, breitete sich nach Ende der Kampfhandlungen wie ein Lauffeuer in der Stadt aus und zahlreiche Bürger strömten ins Auersperg um Passierscheine sowie Bestätigungen ihrer Mitgliedschaft in der O5 in deutscher und russischer Sprache aushändigen zu lassen.<sup>134</sup> Außerdem wurden rot-weiß-rote Armschleifen verteilt, um die Träger als Mitglieder der Widerstandsbewegung kenntlich zu machen. Als dies geschah mit Duldung der Russen, was wiederum als Zeichen einer zumindest informellen Anerkennung gedeutet werden kann.

Der Gedanke, eine Dachorganisation für Österreich zu gründen, war keineswegs abwegig gewesen. Der sowjetische Marschall Tolbuchin hatte eine Proklamation erlassen, in der erklärt wurde, dass die Zustände, die bis zum Jahr 1938 in Österreich bestanden haben, wiederhergestellt werden sollten. Da der Ständestaat ja eine Einparteienherrschaft darstellte, konnte man durchaus annehmen, dass die Russen an der Wiedererrichtung einer solchen, wenn auch unter anderen politischen Vorzeichen, interessiert waren. Der Plan der O5 ähnelte sehr deutlich der sowjetischen Strategie, eine „Volks- oder Einheitsfront“, also eine Regierungskoalition unter Beteiligung von Mitgliedern aller Parteien, zu etablieren. Dementsprechend hatte Ernst Fischer schon im Winter 1944/1945 „Vorarbeiten zur Herausbildung einer Provisorischen Nationalversammlung und einer Provisorischen Regierung“ ausgearbeitet. Diese Freiheitsfront hätte schließlich die

---

<sup>133</sup> DÖW, Nr. 7936, Aide Memoire betreffend das Zentralkomitee Österreich (O5).

<sup>134</sup> DÖW, Nr. 4414, Schilderung der Tätigkeit des Dr. Walther Ernst Heyderdorff in der Zeit 1943-45 gegen den deutschen Faschismus, Wien 1967, S. 3.

Kandidaten für die provisorische Nationalversammlung nominiert und Wahlen durchgeführt.<sup>135</sup>

Dass allerdings die Sowjets, die über die personelle Zusammensetzung ja Bescheid wussten, zu irgendeinem Zeitpunkt vorhatten, diese Aufgabe vollständig der O5 zu übertragen, scheint mehr als fraglich. Dass die Absicht der O5 gewisse Gemeinsamkeiten mit den sowjetischen Vorstellungen über den Wiederaufbau der Verwaltung besaß, scheint die Sowjets dazu veranlasst zu haben, die O5 erst einmal gewähren zu lassen. Deshalb ist es zunächst nicht weiter verwunderlich, dass die O5 am 14. April die Ministerien und andere staatliche Verwaltungsgebäude besetzte und unbelastete Ministerialbeamte in ihre Posten einwies, genauso wenig, wie dass die O5 an den Beratungen über den Wiener Bürgermeister teilnehmen konnte. In den allerersten Tagen der Befreiung stellte die O5 einen politischen Faktor dar, den die Russen halbwegs einschätzen konnten, da sie seit der Paris-Reise von Molden und Lemberger über das Programm der Bewegung informiert waren. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, dass die Sowjets die O5 nur als Mittel zum Zweck benutzte, um schleunigst eine Verwaltung in ihrer Besatzungszone aufbauen zu können. Dies geschah auch vor dem Hintergrund der anrückenden Truppen der westlichen Alliierten und der zügigen Demontage von Industriebetrieben zur Reparatur der Kriegsschäden.

## 10.2 Der Wiederaufbau der Wiener Stadtverwaltung

Die Politik der Sowjets für die von der Roten Armee besetzten Länder basierte darauf, verlässliche Kommunisten, so genannte „Initiativgruppen“ in ihre Heimat zu entsenden, damit diese dort erste politische Handlungen vornehmen konnten. Alle anderen politischen Parteien sollten zunächst verboten werden, umso zu gewährleisten, dass die heimgekehrten Kommunisten genügend Zeit hatten, ihre Strukturen wieder neu aufzubauen. So sollte ihnen ein Vorteil gegenüber den anderen Parteien eingeräumt werden, damit sie ihren Einfluss auf die Verwaltung stärken und wichtige Positionen in der Politik besetzen konnten.<sup>136</sup> Es sollte gewährleistet werden, dass noch vor Ankunft der Westalliierten entscheidende

---

<sup>135</sup> Mueller, S. 43.

<sup>136</sup> Mueller, S. 74.

Maßnahmen in politischen und wirtschaftlichen Bereichen des besetzten Landes durchgeführt werden konnten, die sich zu Gunsten der Sowjets auswirken sollten. Trotzdem die sowjetischen Behörden erwogen hatten, in den ersten Wochen nach der Befreiung alle Parteien außer den Kommunisten zu verbieten,<sup>137</sup> gab es bis Mitte April keinen derartigen Erlass. Vielmehr akzeptierten sie auch nichtkommunistische Organisationen als Gesprächspartner, wie der Aufbau der Stadtverwaltung zeigt.

Für den Aufbau der Verwaltung waren die jeweiligen Kommandanten zuständig. Die sowjetische Kommandantur veranlasste die Schaffung von Polizeiwachen und Bürgermeisterämtern in allen Bezirken Wiens. Allerdings geschah die Besetzung der Verwaltungsposten eher willkürlich. Häufig wurden die alten Amtsträger einfach wieder in ihre Posten eingesetzt. Adolf Schärf bemerkt in seinen Erinnerungen über die damalige Zeit, dass sich Personen „mehr oder minder eigenmächtig“<sup>138</sup> in die entsprechenden Posten eingesetzt hätten, die jedoch die Zustimmung der verantwortlichen sowjetischen Kommandanten benötigten. Aus diesem Grund saßen in den Positionen, wo „sichtbare Macht ausgeübt wurde“<sup>139</sup>, also in den Polizeiwachen, Bezirks- und Wohnungsämtern, überwiegend Kommunisten, während die Vertreter der anderen Parteien in den Hintergrund traten. In Wien bestand die Führungsriege der Verwaltung zum überwiegenden Teil aus Kommunisten. In den einundzwanzig Gemeindebezirken Wiens waren sechzehn der Bezirkspolizeichefs Kommunisten oder gaben sich zumindest als solche aus. Daneben gab es drei sozialistische und zwei bürgerliche Polizeileiter. Das gleiche Bild ergibt sich für die Bezirksvorsteher, von denen dreizehn den Kommunisten, sieben den Sozialdemokraten sowie einer den Christlichsozialen zugerechnet wurde. In den Bezirken, wo kein Kommunist Bürgermeister war, wurde ihm ein Kommunist als Stellvertreter zur Seite gestellt.

Den Posten des provisorischen Wiener Bürgermeisters, so verfügte ein russischer Major, sollte der Kommunist Rudolf Prikryl bekleiden. Prikryl und der russische Major kannten sich angeblich aus ihrer Zeit in Spanien, als sie im Bürgerkrieg gegen das Franco-Regime gekämpft hatten. Die Ernennung Prikryls erfolgte am 11.

---

<sup>137</sup> Mueller, S. 86.

<sup>138</sup> Adolf Schärf: April 1945 in Wien, Wien 1948, S. 31.

<sup>139</sup> Schärf, S. 38.

April „in Übereinstimmung mit kommunistischen und anderen Widerstandskämpfern im Auersperg.“<sup>140</sup>

Auch wenn diese Maßnahme auf einer spontanen Reaktion des Majors beruhte, zeigt sie doch trotzdem die sowjetische Praxis, die Verwaltung schnellstmöglich mit Einheimischen, häufig Kommunisten, zu besetzen. Der Wiederaufbau der Stadtverwaltung fand auf Initiative der Sowjets statt, allerdings berieten sie sich in den ersten Tagen nach der Befreiung mit Vertretern der O5. Sie maßen ihr also eine gewisse Autorität zu und akzeptierten sie als eine organisierte Vertretung der einheimischen Bevölkerung. Allerdings basierte diese Akzeptanz nicht darauf, dass die Sowjets dem Siebenerausschuß eine übergeordnete Bedeutung zumaßen, eher entstand dies aus einer Notsituation, da es zu dieser Zeit noch keine anderen Organisationen gab, die diese Aufgabe hätte erfüllen können.

Prikryl besaß allerdings auf Grund seiner offenkundigen Nichteignung keinen Rückhalt bei den etablierten Parteien und auch nicht bei den offiziellen sowjetischen Stellen. Darum machte die O5 den Anfang zur Bestellung des Wiener Bürgermeisters. Sie beriet über diesen Posten und einigte sich auf den ehemaligen sozialdemokratischen Stadtrat Anton Weber. Dieser wurde für den 12. April Weber ins Hauptquartier der O5 bestellt, wo ihm mitgeteilt wurde, dass er für den Posten vorgesehen sei und auch schon eine Vorgenehmigung des Stadtkommandanten Blagodatov vorläge.<sup>141</sup> Weber selbst antwortete gegenüber Bumballa, dass er sich vor einer Ernennung mit dem Vorstand der SPÖ verständigen müsse. Weber „glaubte, in der Nennung seiner Person im Gegensatz zu den alten verfassungsmäßigen Ansprüchen der Sozialdemokratischen Partei den Versuch erblicken zu können, innerhalb der Sozialdemokraten selbst Zwietracht hervorzurufen.“<sup>142</sup> Außerdem „Die Leitung der Widerstandsbewegung schlug mich auf Anregung der Kommunisten vor. Diese hatten dort einen sehr gewichtigen Einfluß.“<sup>143</sup> Diese Aussage deckt sich mit Äußerungen des führenden Sozialdemokraten Adolf Schärf, der auch eine herausragende Bedeutung der Kommunisten innerhalb der O5 ausgemacht hatte. Dafür gibt es aber keinerlei Belege, außer den Aussagen der Sozialisten. Da diese in ideologischer Konkurrenz

---

<sup>140</sup> Interview mit E. Albinger am 16. März 1976, zitiert nach: Aichinger, S. 165.

<sup>141</sup> Aichinger, S. 166.

<sup>142</sup> Schärf, S. 56.

<sup>143</sup> Felix Slavik: Erinnerungen an das Jahr 1945, in: Wiener Geschichtsblätter, (Hg.) Verein für Geschichte der Stadt Wien, Jahrgang 30, 272-279, Wien 1975, S. 275.

zu den Kommunisten stand, handelte es sich vermutlich um den Versuch, die O5 zu diskreditieren. Da die Kommunisten seit jeher kaum Zustimmung innerhalb der Bevölkerung genossen, und sich diese Abneigung noch durch die Besetzung durch die Sowjetunion verstärkte, ergab sich für die Sozialisten so die Gelegenheit, negative Ressentiments der Bevölkerung gegenüber der O5 entstehen zu lassen.

Trotzdem wurde Weber am darauf folgenden Tag, dem 13. April, von Bumballa, Fraser und Oswald dem Stadtkommandanten Blagodatov vorgeschlagen. Ferner sollte es zwei Vizebürgermeister geben, einer davon sollte Prikryl sein, der zweite ein noch nicht näher bestimmter „bürgerlicher Politiker.“<sup>144</sup> Blagodatov hatte zu diesem Termin auch den eben aus Moskau heimgekehrten Kommunisten Ernst Fischer bestellt. Dieser zweifelte jedoch an der Eignung von Weber und schlug den ehemaligen General Theodor Körner vor.

Daraufhin begann die O5 mit Sozialisten und Kommunisten die Frage des Bürgermeisters zu verhandeln. Von den Christlichsozialen war bei diesen Verhandlungen kein Vertreter anwesend. Deren Vertretung übernahm eigenmächtig die O5.

Sie legte am 14. April einen Entwurf vor, der den schon von Ernst Fischer favorisierten ehemaligen General Theodor Körner als Bürgermeister vorschlug, während es bei der Besetzung der Vizebürgermeister bei dem Kommunisten Prikryl und einem Vertreter der „bürgerlichen Widerstandsbewegung“ bleiben sollte. Ferner schlugen sie vor, dass jeweils 40 Prozent der Mandate den Kommunisten und Sozialisten zufallen sollten, die restlichen 20 Prozent waren für die „bürgerliche Widerstandsbewegung“ gedacht.<sup>145</sup> Da hier nicht explizit der Name O5 fällt, liegt die Vermutung nahe, dass sie mit dieser Bezeichnung auch nicht gemeint war. Ferner seien, laut Schärf, die „Christlichsozialen, als Repräsentanten der bürgerlichen Widerstandsbewegung aufzufassen.“<sup>146</sup>

Aufgrund der Ablehnung der Sozialdemokraten, die diesen Verteilungsschlüssel für unangemessen betrachteten, wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Am 15. April legten Hrdlicka, Müllner und Seitz einen weiteren Entwurf zur Besetzung des

---

<sup>144</sup> Ernst Fischer: Das Ende einer Illusion – Erinnerungen 1945-1955, Wien 1973, S. 45.

<sup>145</sup> Schärf, April 1945 in Wien, S. 66.

<sup>146</sup> Ebd., S. 55.

Bürgermeisters und der Stadträte vor. Darin schlugen sie wie gehabt Körner als Bürgermeister und Prikryl als seinen Stellvertreter vor. Der zweite Stellvertreterposten, der mit einem bürgerlichen Politiker besetzt werden sollte, fiel weg. Der Entwurf sah zudem vor dass der Stadtsenat aus zehn Stadträten bestehen solle. Die wichtigsten Ämter sollte laut diesem Entwurf mit Mitgliedern der KPÖ besetzt werden. Sie sollte die Verantwortung über die Polizei, das Personal, sowie für das Unterricht- und Gesundheitswesen erhalten.

Die SPÖ hätte zwar den Bürgermeister gestellt, aber daneben eher zweitrangige Ressorts bekommen, wie Finanzen, Wirtschaft, die städtischen Unternehmen, den technischen Bereich und die allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten. Für die Christlichsozialen wäre nur die Verantwortung über das Wohnungs- und Siedlungsressort übrig geblieben. Weiter legte dieser Vorschlag die Anzahl der Wiener Gemeinderäte mit 50 fest, deren Namen von den einzelnen Parteien der Widerstandsbewegung bekannt gegeben werden sollte. Von diesen 50 Gemeinderäten sollte die Sozialdemokraten 50 Prozent stellen, Kommunisten 40 Prozent und die Bürgerlichen 10 Prozent.

Adolf Schärf ging zunächst davon aus, dass dieser Vorschlag der O5 von den Kommunisten zur Besprechung mitgebracht worden sei, und „ganz dem [entsprach], was die Kommunistische Partei überall in Europa durchsetzte.“<sup>147</sup> Demgegenüber steht die Schilderung Ernst Fischers, dass von dem „absurden Vorschlag, den tags zuvor [am 15. April] die O5 den Sozialisten übermittelt haben soll“<sup>148</sup> in der Besprechung am 16. April keine Rede mehr gewesen sei.

Der Entwurf konnte nur die Kommunisten zufrieden stellen, da sie deutlich mehr Macht erhalten hätten, als ihnen nach den Mehrheitsverhältnissen bei den letzten freien Gemeindewahlen 1932 zugestanden hätte. Deswegen wäre Schärfs Annahme plausibel gewesen, dass es sich hierbei um einen von den Kommunisten initiierten Vorschlag gehandelt hätte, weswegen die Sozialdemokraten diesen Vorschlag auch entschieden ablehnten. Schärf ging von einer Übernahme der O5 durch die Kommunisten aus, denn diese hätten bereits „in den ersten Stunden nach der Befreiung den Haupteinfluß [in der O5] an sich gezogen; mit Ausnahme der sozialdemokratischen Mitglieder wurden die übrigen, vor allem die

---

<sup>147</sup> Schärf, April 1945 in Wien, S. 75f.

<sup>148</sup> Fischer, S. 56.

christlichsozialen, bald zu bloßen Schauffiguren.“<sup>149</sup> Denn die KPÖ wollte „Dachorganisationen errichten oder erhalten, die sozusagen alle Parteien zu einer Einheitsfront zusammenfaßten, wobei sie von vornherein von der Vorstellung getragen waren, in dieser Dachorganisation die führende Rolle spielen zu müssen. So trat die Kommunistische Partei auf: einerseits als Kommunistische Partei Österreichs, aber auch im Rahmen der österreichischen Widerstandsbewegung O5.“<sup>150</sup>

Da dieser Entwurf aber die Unterschriften von Hrdlicka, Müllner und Seitz trug und es keine gegenteiligen Belege zu geben scheint, kann davon ausgegangen werden, dass er tatsächlich unter Federführung der O5 entstand. Er wirft deshalb auch die Fragen auf, warum die O5 auf eigene Stadträte verzichtete und warum sie als mehrheitlich bürgerliche Organisation den Kommunisten die wichtigsten Ämter zubilligen wollte.

Dass die O5 alle Posten den drei Parteien überließ und für sich selbst keinen Posten beanspruchte, kam einem freiwilligen Machtverzicht gleich. Die politischen Rahmenbedingungen in Wien hatten sich innerhalb weniger Tage grundlegend geändert, und zwar so, dass die O5 keinerlei Aussicht auf politische Teilhabe erkannte. Der O5 kann nicht entgangen sein, dass sich die drei anderen Parteien zunehmend neu konstituierten und nur noch auf die Zulassung durch die sowjetischen Behörden warteten. Gleichzeitig wurden zahlreiche Mitglieder von der Besatzungsmacht verhaftet und vom sowjetischen Geheimdienst verhört. Für die O5 dürfte es keinen Zweifel gegeben haben, dass die anfängliche wohlwollende Haltung der sowjetischen Behörden gegenüber dem Siebenerausschuß sich immer mehr abschwächte, beziehungsweise in deutliche Ablehnung umschlug.

Die Ansicht, dass es der O5 bei diesem Entwurf weniger um die tatsächliche Besetzung der Stadtratsposten ging, als vielmehr um die Anerkennung des POEN als überparteiliche Dachorganisation durch die Parteien<sup>151</sup>, erscheint die einzig halbwegs plausible Erklärung zu sein.

Die Hinwendung zu den Kommunisten, die in ihrem Vorschlag implementiert war, kann nur darauf zurückgeführt werden, dass die O5 versuchte, sich mit den

---

<sup>149</sup> Schärf, April in Wien, S. 55.

<sup>150</sup> Ebd., S. 93.

<sup>151</sup> Aichinger, S. 167.

Kommunisten zu arrangieren, und so ihrer Auflösung durch die sowjetische Besatzungsmacht zu entgehen.

Die Stadtverwaltung die sich aus Vertretern von KPÖ, SPÖ und ÖVP zusammensetzte, symbolisierte einen Richtungswechsel in der sowjetischen Strategie, wie die Verwaltung aufgebaut werden sollte. Die zunächst geplante Initiativgruppentaktik fand keine Anwendung, stattdessen entstand eine Allparteien-Koalition. Damit die Parteien endgültig offiziell anerkannt wurden und es darüber hinaus nicht zur Bildung weiterer politischer Organisationen kam, wurde der Befehl Nr. 4 erlassen. In folge dessen wurden SPÖ und ÖVP endgültig von sowjetischer Seite anerkannt, aber auch „gleichzeitig deren Kontrolle unterworfen“.<sup>152</sup>

### 10.3 Wiedererrichtung der staatlichen Institutionen

Nachdem ein Großteil der führenden Vertreter des POEN, darunter Hans Becker, Ernst Molden und Major Stillfried am 2. März 1945 verhaftet wurden war, übernahm der „Siebenerausschuß“ die Leitung der O5, der nun von Raoul Bumballa geführt wurde. Dem Programm der O5 folgend, wollte nun das Gremium damit beginnen, die Verwaltung mit fähigen Beamten zu besetzen. Die „politische Spezialaufgabe [war es], zu verhindern, daß in Teilen Österreichs Regierungen unter Patronanz verschiedener Besatzungsmächte gebildet werden, bevor noch die beiden ehemaligen großen Parteien konstruktive Kontakte aufgenommen haben und aus sich heraus fähig wären, eine Regierung zu bilden.“<sup>153</sup>

Zu diesem Zweck besetzten mehrere Mitglieder Ministerien und andere für die Verwaltung des Landes und der Stadt wichtige Gebäude in und um Wien. Dazu zählten Polizeireviere und Militärcasernen, Gauhäuser, Postämter und Rundfunkhäuser. Die meisten der höheren Beamten sowie die verantwortlichen Leiter der Behörden hatten auf Befehl der ehemaligen Obrigkeit ihren Posten verlassen und flüchteten vor den anrückenden Russen.

---

<sup>152</sup> Mueller, S. 87

<sup>153</sup> DÖW, Nr. 5199, Gedächtnisprotokoll von Dr. Franz Sobek vom 30. September 1968 über die Besetzung und Sicherstellung der österreichischen Ministerien durch die „O5“ am 14. April 1945, sowie die Neuorganisierung des österreichischen Verwaltungsapparates.

Am 14. April wurde das Bundeskanzleramt am Wiener Ballhausplatz unter der Leitung von Franz Sobek besetzt. Die ehemaligen Verwaltungsbeamten wurden durch Anschläge und Kuriere für den 16. April einbestellt, um ihren Dienst antreten zu können. Es sollte „eine Gruppe, alter, österreichtreuer und opferbereiter Beamter auf die Beine gestellt werden, damit die Regierung sofort einen Apparat von Beamten zur Verfügung habe. Es ging mir [Sobek] darum, den Ballhausplatz als historische Stätte Österreichs in die Hand zu bekommen, eine Zentralstelle zu schaffen, und so die zentrifugalen Kräfte, begünstigt durch die verschiedenen vorgesehenen Besatzungsmächte, zu parallelisieren.“<sup>154</sup>

Gleichzeitig sollten „die geeigneten Persönlichkeiten gefunden werden, die die Regierung übernehmen konnten und die Parteien, wie z.B. die SPÖ und die Christlichsoziale Volkspartei wieder in den Sattel heben sollten, damit eine auf einer demokratischen Grundlage gebildete Vollzugsgewalt vorhanden war.“<sup>155</sup>

Ein Hinweis darauf, dass dieses Anliegen erfolgreich in die Tat umgesetzt wurde, gibt ein Schreiben Franz Sobeks an den Direktor der Nationalbank, indem er darauf verweist, dass der stellvertretende Generaldirektor der Österreichischen Nationalbank, Eugen Kaniak, im April 1945 nicht von der russischen Obrigkeit eingesetzt wurde, sondern vielmehr sein Mandat von der O5 erhalten habe.<sup>156</sup>

Am ersten Arbeitstag, dem 16. April, wurden die Beamten durch Franz Sobek in ihre Aufgabe eingewiesen. Sobek stellte sich den 30-40 Beamten, die erschienen waren, als ein „illegales Mitglied des Vereines „Freies Österreich O5“<sup>157</sup> vor und erklärte, die Beamtenschaft der Ministerien müßte sich zusammenfinden, um die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Beamten vorzubereiten. Wann und wie die neue Regierung kommen werde, wisse er nicht, sie könne aber sehr bald eintreffen.“<sup>158</sup>

Zusammen mit dem späteren Botschafter Bischoff wurden die Personen ausgewählt, die mit den drei Besatzungsmächten Kontakt aufnehmen sollten.

Weiter wurde ein Militärkomitee aufgestellt, welches die Funktion eines Verteidigungsministeriums ausüben sollte. Zudem wurde das Hauptquartier vom

---

<sup>154</sup> DÖW, Nr. 5199, Gedächtnisprotokoll von Dr. Franz Sobek.

<sup>155</sup> DÖW, Nr. 8832, Dokumente des Freiheitskämpfers August Hermann Zeiz.

<sup>156</sup> DÖW, Nr. 3868, Korrespondenz der „O5“ mit der Nationalbank über die Einsetzung des Widerstandskämpfers Eugen Kaniak.

<sup>157</sup> DÖW, Nr. 5199, Tagebuchaufzeichnungen von Generalsekretär Wildner vom 16. April 1945 über die erste Beamtenbesprechung im Bundeskanzleramt.

<sup>158</sup> DÖW, Nr. 5199, Tagebuchaufzeichnungen Wildner.

Palais Auersperg in das Niederösterreichische Landhaus verlegt, das für die Funktion des Regierungssitzes als besser erachtet wurde.<sup>159</sup> So entstand unter anderem ein Arbeitskreis Wirtschaft, der die Aufgabe hatte, Betriebe die nicht zerstört waren, aber deren leitende Angestellte aufgrund ihrer belasteten Vergangenheit geflohen waren, durch die Einsetzung entsprechender Personen wieder einsatzfähig zu machen.<sup>160</sup> Doch am 19. April wurde dieses Gebäude dem Polizeilichen Hilfsdienst für die Kommandantur der Stadt Wien von Bürgermeister Körner als provisorischer Amtssitz zugewiesen, da die alte Polizeidirektion durch den Krieg zerstört war. Die Mitglieder der O5 mussten das Haus verlassen und eine große Menge an Dokumenten zurücklassen.

## 11. Das Ende der O5

### 11.1 Ablehnung durch die Parteien

Die O5 wollte eine Art politische Dachorganisation für Österreich sein, allerdings waren ihre Mitglieder im politischen Leben weitgehend unbekannt und genossen noch nicht einmal in ihren jeweiligen Lagern besonderen Rückhalt. Die Repräsentanten der drei Parteien wiesen die Mitglieder der O5 in ihre Schranken.

Dies macht einen entscheidenden Aspekt beim Ende der O5 deutlich, nämlich dass keine der drei Parteien es für notwendig ansah, mit der O5 zu kooperieren.

Als erstes machte die KPÖ ihre Ablehnung gegenüber der O5 deutlich. Bereits kurz nach ihrer Ankunft am 12. April aus Moskau begaben sich die beiden führenden Kommunisten Ernst Fischer und Johann Koplenig noch in der gleichen Nacht auf ins Hauptquartier der O5. Dass die zwei Kommunisten keine Zeit verlieren wollten, war wohl weniger dem Umstand geschuldet, dass sie der O5 eine gewisse Bedeutung zumaßen. Schließlich wurde am 5. April eine Meldung über Radio Moskau verbreitet, wonach die im Moskauer Exil lebenden österreichischen Kommunisten keine Kenntnis über die Existenz einer O5 genannten Widerstandsgruppe besaßen. Deshalb scheint es plausibler, dass dieses Treffen auf

---

<sup>159</sup> Rauchensteiner, S. 68.

<sup>160</sup> DÖW, Nr. 4414, Schilderung der Tätigkeit des Dr. Walter Ernst Heydendorff in der Zeit 1943-45 gegen den deutschen Faschismus, Wien 1967.

Weisung der sowjetischen Behörden erfolgte.<sup>161</sup> Für sie war die O5 zu diesem Zeitpunkt der einzig greifbare politische Vertreter Österreichs. Zudem verfügten die sowjetischen Offiziere wohl nicht über die politische Erfahrung, wie sie Ernst Fischer nach jahrelanger Parteimitgliedschaft besaß.

Bei der Zusammenkunft mit Wilhelm von Thurn und Taxis und Mathilde Hrdlicka nahmen diese für sich in Anspruch „jede Verbindung mit dem Ausland zu haben, wobei vor allem ein geheimnisvoller Dr. Bubala [sic] die besten Kontakte unterhalte.“<sup>162</sup> So soll Bumballa angeblich ein Sende- und Empfangsgerät besessen haben, mit dem er in ständiger Verbindung zum „Secret Service“ stand und angeblich Kontakt mit einem britischen Kriegsschiff im Mittelmeer hielt.<sup>163</sup> Weiter erklärte die O5 den Kommunisten gegenüber, dass sie 5.000 Mitglieder hätte und dass der Siebenerausschuß die Funktion der Regierung übernehmen sollte.<sup>164</sup>

Dies entsprach ganz und gar nicht den Interessen der Kommunisten. Sie wollten sich nicht unter eine von der O5 geleitete Dachorganisation der österreichischen Parteien begeben, sondern strebten selbst die Führung einer überparteilichen Einheitsfront an. Die O5 stand somit in direkter Konkurrenz zu der von den Kommunisten geschaffenen „Österreichischen Freiheitsfront“, die ebenfalls alle antifaschistischen Kräfte unter einem Dach zusammenfassen wollte. Deshalb standen die beiden Kommunisten den Vertretern des POEN deutlich ablehnend gegenüber. Fischer notierte nach dem Treffen, dass es sich bei der O5 um „eine Bande von Gaunern, Schwindlern und naiven Leuten“ handele, und dass man „die Schwätzer von der O5 kaltstellen könne.“<sup>165</sup>

Dies veranlasste auch die beiden anderen Parteien, von jedweder Zusammenarbeit mit dem POEN abzusehen. Denn auch sie hatten zunächst Vertreter ins Palais Auersperg geschickt. Bereits am 10. April suchten die führenden Vertreter der Christlichsozialen, Lois Weinberger und Felix Hurdes, das Palais Auersperg auf, um mehr über die politische Ausrichtung und personelle Zusammensetzung der O5 zu erfahren. Für Hurdes und Weinberger stellte sich die Situation so dar, dass die O5 eine „zentrale und von den Russen anerkannte Widerstandsbewegung aus der

---

<sup>161</sup> Robert Kriechbaumer: Von der Illegalität zur Legalität – Die ÖVP im Jahr 1945, Politische und geistesgeschichtliche Aspekte des Entstehens der Zweiten Republik, Wien 1985, S. 114.

<sup>162</sup> Aichinger, S. 170.

<sup>163</sup> DÖW, Nr. 8832, Dokumente des Freiheitskämpfers August Hermann Zeiz.

<sup>164</sup> Aichinger, S. 170.

<sup>165</sup> Aichinger, S. 163.

letzten Zeit war, von der wir nichts wussten, weil wir zur gleichen Zeit eingesperrt waren.“<sup>166</sup> Der Eindruck, den sie gewannen, ließ sie zu der Überzeugung kommen, die Gründung der Volkspartei so schnell wie möglich zu vollziehen.

Auch Adolf Schärf, lehnte eine Kooperation der Sozialisten mit der O5 aus. Gegenüber der ÖVP erläuterte er, dass die SPÖ die „sogenannten sozialistischen Vertreter in der O5 bald zurückziehen, bzw. gar nicht anerkennen werde.“<sup>167</sup> Die Sozialisten erklärten von Anfang an, dass sie die Widerstandsbewegungen nicht als politische Parteien anerkennen würden. Des Weiteren lehnten sie politische Dachorganisationen, wie es die O5 und die Kommunisten zunächst anstrebten, konsequent ab. Darum kam es wohl auch zur Einschätzung Adolf Schärf, dass die O5 ein Instrument der Kommunisten gewesen sei.

Bei einem Treffen der O5, bei dem die Frage der Kooperation zwischen O5 und den drei Parteien geklärt werden sollte, kam es zum endgültigen Bruch zwischen ÖVP und SPÖ auf der einen, und der O5 auf der anderen Seite. Körner und Slavik gaben zunächst eine Erklärung ab, dass die SPÖ eine unabhängige Organisation sei, die sich nicht unter das Dach einer überparteilichen Organisation begeben werde. Im Anschluss verließen die beiden die Sitzung. Weinberger und Hurdes verlasen im Namen der ÖVP eine ähnliche Erklärung.

Diese barsche Zurückweisung durch die Kommunisten machte es auch für die beiden großen Volksparteien unnötig, das POEN als politischen Faktor anzuerkennen oder ihr gar die Regierungsgewalt zu überlassen. Es war wohl offensichtlich, dass eine Organisation, die nicht von der KPÖ akzeptiert wurde, auch keinen Rückhalt bei den sowjetischen Behörden hatte und niemals ein Machtfaktor hätte werden können.

SPÖ und ÖVP gründeten sich am 14. beziehungsweise am 17. April und warteten deswegen noch auf ihre offizielle Zulassung durch die russischen Behörden. Trotzdem sie noch mit dem Wiederaufbau ihrer Strukturen beschäftigt waren verfügten sie rasch wieder über einen funktionierenden Parteiapparat. Dem hatte die Widerstandsbewegung nichts entgegenzusetzen. Zudem waren die etablierten Parteien aufgrund ihrer längeren Existenz deutlich tiefer in der Gesellschaft

---

<sup>166</sup> Lois Weinberger: Der neue Beginn, In: Wiener Geschichtsblätter, Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.) Jahrgang 30, 269-272, Wien 1975, S. 270.

<sup>167</sup> Aichinger, S. 163.

verwurzelt. Ein weiteres Problem war, dass sie die diversen in ihr vertretenen politischen Ansichten auf einen gemeinsamen Nenner bringen musste. Diese Überparteilichkeit war im Kampf gegen die Nationalsozialisten ein entscheidender Vorteil gegenüber anderen Bewegungen, im politischen Wettbewerb mit anderen Parteien war dies aber hinderlich.

In der Folge versank die O5 in der politischen Bedeutungslosigkeit. Bei der Bildung des Wiener Senats am 16. April waren die Vertreter der O5 dann schon nicht mehr beteiligt. Aus diesem Grund begannen dann auch schon erste Auflösungserscheinungen der O5, denn einige ihre Mitglieder waren bereits zu den etablierten Parteien gewechselt.

Bei den Parteien erlangten die Widerstandskämpfer allerdings nur wenig Macht und Anerkennung. Bis auf Raoul Bumballa, der Unterstaatssekretär im Bundesinnenministerium wurde, schaffte kaum ein anderer der Widerstandskämpfer, politisch einflussreiche Ämter zu erlangen. Ganz im Gegenteil, die führenden Köpfe und Funktionäre versuchten, die Widerständler an den Rand der Partei zu drängen, und selbst Bumballa wurde unter fadenscheinigen Begründungen aus der Regierung gedrängt. Bei der SPÖ verhinderte Adolf Schärfig jeden Einfluss von ehemaligen O5-Mitgliedern. Er verkündete, dass „er derjenige gewesen sei, der im Interesse des Sozialismus und der sozialistischen Partei die Widerstandsbewegung [habe] suspendieren helfen.“<sup>168</sup>

Insgesamt ergibt sich ein Bild, in dem sich die ehemaligen Widerstandskämpfer nur dann im politischen Leben der Zweiten Republik durchzusetzen vermochten, wenn sie es fertig brachten, „sich in die bestehenden Strukturen der Parteien zu integrieren“<sup>169</sup>, da die etablierten Parteien durchsetzungsfähig waren, dass weder Widerstandskämpfer, noch Exilanten eine Chance auf politische Teilhabe hatten.

## 11.2 Ausschaltung durch die Russen

Ein weiteres Hindernis für eine bedeutendere Rolle der Widerstandsbewegung im Nachkriegsösterreich, stellten die Russen dar. Am 6. April 1945 informierte der

---

<sup>168</sup> Oliver Rathkolb: „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“. Umgang nach 1945, in: Grete Anzensgruber, u.a. (Hg.), Erinnerungsarbeit 1938/88 – Ein Schulheft zum Umdenken, 69-72, Wien 1988, S. 71.

<sup>169</sup> Rathkolb, S. 72.

Leiter der Abteilung für internationale Information, Georgi Dimitrov, Josef Stalin in einem Brief über die personelle Zusammensetzung des POEN. Darin verweist er darauf, dass die Mitglieder den österreichischen Kommunisten unbekannt sind. Ferner handelt es sich bei den „Auslandsvertretern“ des POENs, um sozialdemokratische Exilanten in London, die antisowjetisch, antikommunistisch und bis zur Moskauer Deklaration bekennende Anhänger eines Großdeutschen Reiches gewesen sind. Sie seien Mitglieder der „Österreichischen Vertretung“, die vom britischen „Intelligence Service“ gegen das „Free Austrian Movement“ geschaffen wurden sei. Im „Free Austrian Movement“ hätte sich die Mehrheit der österreichischen Exilanten organisiert, darunter auch die Kommunisten. Der größte Kritikpunkt der Sowjets an die Sozialisten in London, war deswegen auch deren Ablehnung gegenüber der Absicht der im Exil lebenden Kommunisten, eine Volksfront zu bilden.<sup>170</sup> Diese Vorwürfe gegen das „London Bureau of Austrian Socialists“ wurden ebenso von Radio Moskau, dem Sender „Freies Österreich“ sowie von der „Pravda“ erhoben.<sup>171</sup> Zum Abschluss kommt Dimitrov zu der Erkenntnis, dass die O5 kein gegen die Deutschen wirkendes Widerstandskomitee sei. Vielmehr sei offensichtlich, dass es sich um eine „englische Agentenorganisation“ handle, für deren Widerstandsaktivitäten in Österreich es keine Belege gäbe.<sup>172</sup> Diese Ansichten über die O5 wurden in mehreren Berichten vom April und Mai 1945 wiederholt geäußert.

Das endgültige Ende der O5 als politischer Akteur kam dann am 21. April, als der Stadtkommandant Blagodatov den Befehl Nr.4 erließ, der vorsah, dass die Tätigkeit und Existenz von öffentlichen und politischen Organisationen nur nach einer Registrierung und Anerkennung durch die Stadtkommandantur möglich sei. Begründet wurde dieser Schritt mit der Notwendigkeit, gegen diverse Organisationen vorgehen zu müssen, „die, ohne [...] registriert zu sein, eine politische und öffentliche Tätigkeit zu entfalten versuchen, Aufrufe und

---

<sup>170</sup> Wolfgang Mueller: Die sowjetische Besetzung in Österreich 1945-1955 und ihre politische Mission, Wien-Köln-Weimar 2005, S. 84.

<sup>171</sup> Aichinger, S. 108.

<sup>172</sup> Wolfgang Mueller, Arnold Suppan, Norman M. Naimark, Gennadij Bordjugov (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945-1955 – Dokumente aus russischen Archiven, Wien 2005, Dokument 6, Dimitrov an Stalin, S. 115.

Verfügungen herausgeben, ohne die der Militärzensur vorgelegt zu haben, sowie verschiedene Mandate und Bescheinigungen ausstellten.“<sup>173</sup>

Es verwundert ein wenig, dass Raoul Bumballa bei einem Prozess im Januar 1946 aussagte, dass die O5 ihre Tätigkeit aufgrund seines Erlasses um den 16. April 1945 mit sofortiger Wirkung eingestellt hätte. Dies hätte er auch den sowjetischen Besatzern mitgeteilt, die die Zusicherung gaben, nicht gegen Mitglieder der Widerstandsbewegung vorzugehen.<sup>174</sup> Dieser Aussage steht zunächst einmal der zitierte Befehl des Stadtkommandanten entgegen. Zudem residierte die O5, oder das was von ihr übrig blieb, bis zum 19. April noch im Niederösterreichischen Landhaus und versuchte, die Funktion einer Regierung auszuüben. Zudem veröffentlichte die O5 ihre letzten Aufrufe noch am 23. April. Und Bumballa selbst bemerkte noch am selben Tag, dass er „dem annoncierten Liquidationsaufruf mit der Überzeugung entgegen[sähe], dass dem Zentralkomitee Österreich (O5) nie der Vorwurf der Untreue gemacht werden kann.“ Außerdem fand noch am 23. April eine Besprechung von Mitgliedern der SPÖ und dem Zentralkomitee der KPÖ statt, bei der „über die Form der Zusammenarbeit, Dachorganisation, Widerstandsbewegung [und] Siebenerausschuß“<sup>175</sup> diskutiert wurde. Dies wäre wohl nicht der Fall gewesen, hätte sich die O5 und der Siebenerausschuß bereits eine Woche zuvor aufgelöst.

Die Aussage Bumballas, kann also ganz eindeutig nicht den Tatsachen entsprechen. Sie passt aber in das Bild, das die ehemaligen Mitglieder von ihrem Verschwinden von der politischen Bühne zeichnen wollten. Vielfach wird darauf hingewiesen, dass man freiwillig, sozusagen nach getaner Arbeit und nach dem die Pflicht erfüllt wurde, von der Bildfläche verschwand, um den etablierten Parteien Platz zu machen. Weiter gab Bumballa zu Protokoll, dass „mit der Befreiung Österreichs und der Errichtung einer ordentlichen Staatsgewalt das Zentralcomitee seine Existenzberechtigung verloren [hatte]. Seitens der damaligen Besatzungsmacht wurde mit allen Mitteln gegen die Widerstandsbewegungen gearbeitet und man wollte unter keinen Umständen den Anteil derselben an der Befreiung anerkennen. Man bagatellierte die O5. Nach der Befreiung hatte das

---

<sup>173</sup> Aichinger, S. 170.

<sup>174</sup> DÖW, Nr. 21032, Zeugenaussage Bumballa.

<sup>175</sup> Schärf, S. 94.

Zentralcomitee aber zunächst noch sehr wichtige Aufgaben gelöst und zwar in allen Sparten der Wirtschaft und des Lebens. Es wurden Schlüsselpositionen besetzt, Stellen und Betriebe gesichert und die provisorische Regierung fand bei ihrer Amtsübernahme schon feste Voraussetzungen für eine Verwaltungstätigkeit vor.“<sup>176</sup> Auch Hans Becker bescheinigte der O5, dass sie „die größte Leistung vollbracht [habe], die je eine solche Bewegung für sich buchen konnte. Sie hat ihre Funktionen nicht überschätzt, sie ist nicht zur politischen Partei geworden, sondern sie hat ihre Mitglieder den Parteien übergeben, hat den Boden für den Beginn dieser geebnet und ist – mit wenig Nachhilfe, abgetreten, nachdem ihre Funktion erfüllt war.“<sup>177</sup>

Die Ablehnung seitens der Russen, die in der O5 ja ein Instrument der westlichen Geheimdienste sahen, bedeutete, dass das POEN weder einen Auftrag noch die Zustimmung der sowjetischen Besatzungsbehörden erhielt, die von ihm angestrebten Funktionen auszuüben. Außer den drei Parteien, gab es somit keine weiteren Akteure auf der innenpolitischen Bühne Österreichs. Später hat Adolf Schärf den sowjetischen Behörden den Hauptanteil an der Auflösung der O5 zugesprochen. Diese hätten „andere Gruppen, vor allem auch die Widerstandsbewegung O5 unnachsichtlich ausgemerzt.“<sup>178</sup> Weiter so Schärf, hätte die O5 und ihr Siebenerausschuß in den stürmischen Tagen des April 1945 Wichtiges für Österreich geleistet, weswegen sei das Ende, das sie gefunden hat, auch unverdient gewesen.<sup>179</sup> Dass er selbst einen entscheidenden Anteil an der Auflösung der O5 hatte, versuchte Schärf herunterzuspielen.

Dass die Russen, ihre zunächst kooperative Haltung gegenüber der O5 wandelten, hatte mehrere Gründe. Zum einen waren die Parteien dabei, ihre Strukturen wiederaufzubauen und sich neu im politischen Leben zu etablieren. Sie waren somit ein weitaus verlässlicherer und ernstzunehmender Gesprächspartner, als die die zusammen gewürfelte, eher kleine ehemalige Widerstandsbewegung hätte sein können.

---

<sup>176</sup> DÖW, Nr. 21032, Zeugenaussage Bumballa.

<sup>177</sup> Becker, S. 38.

<sup>178</sup> Adolf Schärf: Österreichs Wiederaufrichtung im Jahre 1945, Wien 1960, S. 144.

<sup>179</sup> Schärf: Wiederaufrichtung, S. 145.

Weiter kam hinzu, dass die russischen Behörden mehr und mehr Kenntnis über die tatsächliche personelle Zusammensetzung und politische Ausrichtung der O5 gewannen. Bereits kurze Zeit nach Einmarsch in Wien hatten die Russen mehrere Mitglieder der Widerstandsbewegung festgenommen. Bei den anschließenden Verhören mussten sie gegenüber den sowjetischen Politoffizieren Auskunft geben über ihre Aktivitäten und die Struktur der O5. Dass die O5 maßgebliche Unterstützung von amerikanischen und britischen Stellen erhielt, war den Russen ja von Anfang an bekannt gewesen. Außerdem kam hinzu, dass der Polizeiliche Hilfsdienst Material fand, dass Bumballa und die O5 belastete. Dieses wurde anschließend dem sowjetischen Verbindungsoffizier Kapitän Komarov übergeben. Worum es sich dabei im Einzelnen handelte, lässt sich nicht mehr sagen, allerdings war der damalige Chef des Personalamtes der Polizei, Leopold Lausch, davon überzeugt, dass es maßgeblich zur Auflösung der O5 beigetragen habe.<sup>180</sup>

Als Renner sich bei der Roten Armee meldete, zog er im Gefolge der sowjetischen Truppen am 20. April in Wien ein und stellte den Kontakt zu diversen Politikern her. Hier führte er erste Sondierungsgespräche mit Vertretern der drei Parteien. Mit Vertretern der O5 nahm er gar nicht erst Kontakt auf. Die Zusammenstellung seiner Regierung erfolgte dann bereits wenige Tage später und ab dem 27. April 1945 regierte in Wien eine „Provisorische Staatsregierung“, die zu je einem Drittel mit Repräsentanten dieser drei Parteien besetzt wurde. Renner wollte seine Regierung augenscheinlich auf eine breite Basis stellen, wohl auch um so in Verhandlungen mit den alliierten Mächten als Repräsentant einer breiten Mehrheit der österreichischen Bevölkerung auftreten zu können.

## 12. Das O5-Zeichen

### 12.1 Die Wirkung des O5-Zeichens während des Krieges

Einer der bedeutendsten Unterschiede zu anderen Gruppen und ein Grund für die hohe Popularität dürfte mit Sicherheit ihr Symbol gewesen sein. Mit der Kreierung des Zeichens legte die Gruppe den Grundstein für einen hohen Bekanntheitsgrad innerhalb der österreichischen Bevölkerung. Diese Kürzel hatte neben der rein

---

<sup>180</sup> Aichinger, S. 171.

praktischen Funktionalität, dass es sich schnell an Wände malen ließ, noch eine weitere, nämlich eine psychologische, Bedeutung: „Die vielen Gruppen, die, notwendigerweise mit größter Vorsicht arbeitend und daher zumeist voneinander nichts oder nur wenig wissend, auf einmal das Zeichen in den Straßen Wiens bemerkten und bald von dessen Bedeutung erfuhren, waren auf einmal von einem neuen Gefühl der Stärke und des Zusammenlebens vieler, wenn auch unbekannter und unsichtbarer Mitkämpfer durchströmt. Ein neuer starker Impuls erfüllte sie alle und das Bewusstsein, daß nun der Moment gekommen wäre, in dem es, dank der zunehmenden Größe, Erfahrung und Schlagkraft der Widerstandskräfte möglich sei, die vielen kleinen Abteilungen zu einer großen Organisation zu koordinieren und einen gemeinsamen obersten Stab zu schaffen.“<sup>181</sup>

Auch wenn in diesen Worten Otto Moldens gewiss eine Menge Stolz und Ehrfurcht mitschwang und es auch einige Beteiligte gab, die, wie das führende Mitglied Walther Heydendorff, „O5“ für einen „gekünstelten und propagandistisch wertlosen Namen“<sup>182</sup> hielten, dürfte dieses Symbol eine Wirkung auf die Motivationsbereitschaft der Widerstandskämpfer gehabt haben, die nicht von der Hand zu weisen ist. In dieser psychologischen Wirkung des Namens liegt wohl einer der größten Unterschiede zu allen anderen Widerstandsgruppen. Keine andere Bewegung hatte so einen kurzen Namen oder besaß ein so einprägsames Zeichen, welches man in einer Nacht an mehrere Fassaden in der gesamten Stadt schmieren konnte.

Dieses Symbol vermittelte einen Eindruck von der Programmatik und Motivation der Gruppe. Durch den Verweis auf „Österreich“, setzte die Gruppe eindeutig ein Zeichen für ein freies Österreich und gegen die Eingliederung ins Deutsche Reich. Gleichzeitig konnte so der Anspruch einer landesweit agierenden und überparteilich konzipierten Organisation veranschaulicht werden. Durch seine allumfassende Bedeutung verdeutlichte es die Gemeinsamkeiten der diversen, über das Land verstreuten, Organisationen und Gruppen.

Die symbolische Wirkung überwog vermutlich bei weitem die praktischen Resultate der Gruppe. Dies war nicht nur zur Zeit der deutschen Besatzung der Fall, sondern setzte sich, wenn auch in anderer Form, in der Zweiten Republik fort.

---

<sup>181</sup> Otto Molden, S. 169.

<sup>182</sup> DÖW, Nr. 4414, Schilderung der Tätigkeit des Dr. Walther Ernst Heydendorff in der Zeit 1943-45 gegen den deutschen Faschismus, S. 5.

## 12.2 Stilisierung nach dem Krieg - Das Zeichen am Stephansdom

Der symbolische Gehalt des Zeichens verstärkte sich seit Mitte der 1960er Jahre. Bereits vor dem Ende der NS-Herrschaft, wurde am Stephansdom das Zeichen der O5 angebracht. Vermutlich im Jahr 1965 wurde dann das ursprünglich gemalte Zeichen ins Mauerwerk geschnitten und auf diese Weise konserviert.

Vorausgegangen war eine jahrelange Diskussion zwischen Befürwortern einerseits und dem Bundesdenkmalamt sowie der Dompfarre andererseits. Ausgelöst wurde die Initiative zur Würdigung der O5 am Stephansdom bereits 1962, als Alfred Potyka, Mitglied der 1955 gegründeten „Österreichischen Widerstandsbewegung“, einen Brief an das Wiener Domkapitel schickte. Darin trug er die Bitte vor, das verblasste Zeichen in den Stein einzuschlagen und eine Inschrift anbringen zu lassen. Unterstützt wurde er dabei von prominenten Vertretern des konservativen Lagers und ehemaligen Mitgliedern der O5, wie Felix Hurdes, Otto Molden und Johannes Eidlitz, sowie Franz Sobek, dem damaligen Präsidenten der „Österreichischen Widerstandsbewegung“.

Das Bundesdenkmalamt sowie die verantwortlichen Kleriker allerdings befanden zunächst, dass der Dom nicht der richtige Ort für eine solche Würdigung wäre. Dies wurde vordergründig mit Aspekten des Denkmalschutzes begründet, kann aber auch als Indiz für die zu dieser Zeit herrschende Nichtwürdigung des antifaschistischen Widerstandes interpretiert werden.<sup>183</sup> Das Verhältnis von Politik und Gesellschaft zu jenen Männern und Frauen, die sich an oppositionellen Handlungen beteiligten, hatte sich deutlich abgekühlt. Der Stellenwert der Widerstandsbewegung war seit Mitte der 1940er Jahre, als er noch für außenpolitische Zwecke benötigt wurde, kontinuierlich gesunken.

Wohl aus diesem Grund lässt sich der genaue Zeitpunkt der Eingravierung des Zeichens in die Dommauern auch nicht mehr bestimmen. Es finden sich weder in Zeitungen oder in den Akten des Denkmalamtes Hinweise darauf, wann und wie es dazu kam. Der Publizist Peter Diem geht davon aus, dass es im Jahr 1965 passiert

---

<sup>183</sup> Karl Klambauer: Österreichische Gedenkkultur zu Widerstand und Krieg. Denkmäler und Gedächtnisorte in Wien 1945-1986, Innsbruck-Wien-Bozen 2006, S. 107.

sei. Er verstand in der erfolgten Konservierung eine Gegenreaktion zur Marginalisierung der Widerstandskämpfer innerhalb der österreichischen Gesellschaft. Einerseits repräsentiere dieses Zeichen also das Gedenken an die umgekommenen Widerstandskämpfer, andererseits symbolisiere es aber auch den „Protest dagegen, daß man sich um die Widerstandskämpfer in der Zweiten Republik herzlich wenig gekümmert hat.“<sup>184</sup>

Diese Vermutung liegt nahe, da es in diesem Jahr zu zahlreichen Ereignissen kam, die unmittelbar mit der nationalsozialistischen Vergangenheit des Landes zu tun hatten und die zu einem allmählichen Umdenken in Bezug auf die Würdigung der österreichischen Widerstandsbewegung geführt haben.

Zusätzlich zum bereits erwähnten Bedeutungsverlust der Antifaschisten waren bis zu diesem Zeitpunkt deutschnationale und antisemitische Tendenzen innerhalb der österreichischen Gesellschaft wieder erstarkt. Diese Entwicklung fand ihren unrühmlichen Höhepunkt im Tod des kommunistischen Widerstandskämpfers und ehemaligen KZ-Insassen Ernst Kierchweger am 2. April 1965. Kierchweger hatte an einer Demonstration teilgenommen, die sich gegen das ehemalige NSDAP-Mitglied und damaligen Hochschulprofessor Taras Borodajkewycz richtete, der mit antisemitischen und deutschnationalen Aussagen für Aufsehen sorgte. Bei dieser Protestaktion wurde Kierchweger so stark von einem Gegendemonstranten geschlagen, dass er schließlich verstarb. Er wurde somit das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik. Das Begräbnis, von ÖVP und SPÖ organisiert, geriet zu einer „recht deutlichen Manifestation des demokratischen Österreichs.“<sup>185</sup>

Führende Vertreter aller Parteien nahmen daran teil und verliehen ihm so einen offiziellen Charakter, wobei in den Trauerreden der demokratische und antinazistische Geist der Zweiten Republik betont wurde.

Außerdem jährten sich 1965 das Bestehen der Zweiten Republik zum zwanzigsten, sowie die Wiedererlangung der Souveränität zum zehnten Mal. Im Rahmen dieses Gedenkens wurde den demokratischen und antinazistischen Kräften wieder mehr Aufmerksamkeit zuteil, wie unter anderem an der Eröffnung eines Gedächtnisraumes für die österreichischen Widerstandsoffer im äußeren Tor der Wiener Hofburg am 27. April 1965 deutlich wurde. In den Reden der politischen Eliten und den Ansprachen von Repräsentanten anderer gesellschaftlicher Gruppen

---

<sup>184</sup> Peter Diem: Die Symbole Österreichs. Zeit und Geschichte in Zeichen, Wien 1995, S. 292

<sup>185</sup> Klambauer, S. 108.

wie der Kirche, wurde die Leistung der Widerstandskämpfer gewürdigt. Ebenso wurde mit Bezug auf Kiesewegers Tod jegliches nationalsozialistische Gedankengut zurückgewiesen.

Darum liegt der Schluss nahe, dass es in diesem Jahr auch zur Eingravierung des O5-Zeichens in die Fassade des Stephansdoms kam, da sich die Stimmung innerhalb der österreichischen Bevölkerung nun entscheidend gewandelt hatte. Dies hing auch damit zusammen, dass in den Institutionen des Staates, den Parteien sowie in der Gesellschaft insgesamt ein neuer, ein „modernerer“, Geist herrschte. Dieser Prozess der Modernisierung, der zur offiziellen Rehabilitierung der Widerstandskämpfer führte, ist auch in der historischen Forschung deutlich erkennbar. 1963 gründeten ehemalige Widerstandskämpfer und Wissenschaftler das „Dokumentationsarchiv der Österreichischen Widerstandsbewegung“. Bereits 1961 wurde das erste „Österreichische Institut für Zeitgeschichte“ gegründet, welches 1966 in die Universität Wien eingegliedert wurde. Der Rehabilitierung ehemaliger Nazis, die in den 1940er und 1950er Jahren stattfand, und der weit verbreiteten Erinnerung und Heldenverehrung gefallener Soldaten setzten diese Institutionen die Hervorhebung und das Gedenken an die Widerstandskämpfer entgegen.

Mit dieser Einmeißelung wurde das Zeichen zu einem deutlich sichtbaren Denkmal an die O5. Es verfügt seitdem über einen hohen Bekanntheitsgrad innerhalb der Bevölkerung und wurde vielfach in wissenschaftlichen, schulischen und populären Publikationen abgebildet. Es wurde zu einem „der meistabgebildeten und meistzitierten Erinnerungsorte des österreichischen Widerstandes, [...] da der Dom ein zentraler Referenzort österreichischer Identität“<sup>186</sup> ist und die O5 als eine parteiübergreifende politische Sammelbewegung, den in der Nachkriegszeit oft beschworenen und überhöhten „Geist der Lagerstraße“ verkörperte. Durch diese Kombination entstand eine Erinnerungskultur, in der die O5 zur bedeutendsten Gruppe des Widerstandes stilisiert wurde. Es wurde ein Bild des Widerstandes skizziert, in dem die O5 gleichbedeutend mit der gesamten österreichischen Widerstandsbewegung gemeint ist, während die anderen Gruppen, allen voran die

---

<sup>186</sup> Klambauer, S. 104.

der Kommunisten und Sozialisten, vollkommen ausgeblendet werden. Dies geht allerdings deutlich über ihre tatsächliche historische Bedeutung hinaus.

In einer im Jahre 2000 unter dem O5-Zeichen angebrachten Inschrift heißt es, dass O5 „das Geheimsymbol des Österreichischen Widerstandes gegen das nationalsozialistische Schreckensregime“ gewesen sei. Damit wurde endgültig der Alleinvertretungsanspruch, den die O5 während der Besatzung für den österreichischen Widerstand ausüben wollte, in die Erinnerungskultur der Zweiten Republik übernommen. Das Zeichen der O5 wird als das alleinige Symbol des Widerstandes benutzt, obwohl bekannt ist, dass andere Gruppen ihre Parteizeichen weiterhin benutzten.

### 12.3 Das O5-Zeichen und die „Waldheim-Affäre“

Zwanzig Jahre nach der allmählichen Öffnung der Gesellschaft für die Verantwortung Österreichs sowie der Auseinandersetzung mit den Widerstandskämpfern und deren Leistung, trat das O5-Symbol am Stephansdom erneut in den Mittelpunkt einer hitzigen Diskussion innerhalb der österreichischen Gesellschaft. Als Folge der Wahl des ehemaligen Wehrmachtssoldaten Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten 1986, kam es im Sommer 1987 zu einer Mahnwache am O5-Zeichen, mit der einerseits gegen die Wahl Waldheims und andererseits auch gegen die immer noch verbreitete Negierung der österreichischen Schuld protestiert wurde.

Der Standort am Stephansdom war mit Bedacht gewählt worden. Der ehemalige Soldat Waldheim, der im Verdacht stand, an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein, wurde symbolisch mit seinen damaligen Kontrahenten, den österreichischen Widerstandskämpfern, konfrontiert. Die Aktion ging auf eine private Initiative zurück und stand unter dem Motto „Mahnwache für den österreichischen Widerstand“. Der Akzent dieser Protestaktion lag also ganz eindeutig auf dem Bezug zum österreichischen Widerstandskampf gegen das NS-Regime. Gleichzeitig wurde so auf den überlieferten Konsens einer antinazistischen Identität verwiesen. Mit dem Bezug auf die patriotisch-österreichischen Kräfte der Widerstandsbewegung schlug die Initiative einen Bogen von Österreichs „brauner“ Vergangenheit zum aktuellen gesellschafts-

politischen Geschehen. Der Verweis diente als Legitimation ihres Handelns, als Ausdruck des Österreichbewusstseins derjenigen, die sich gegen eine Gedenktradition wendeten, in der die Österreicher entweder „nur ihre Pflicht erfüllten“ oder „Opfer“ waren.

Der Protest gegen die Wahl Waldheims war nur der Auslöser und scheinbare Hauptgrund, doch eigentlich ging es um das gesamte Land, um Entwicklungen, die in der Gesellschaft stattfanden. Die Vergangenheit Waldheims stand nur stellvertretend für diejenigen Österreicher, die Verantwortung für die Verbrechen von Wehrmacht und Nationalsozialisten trugen. Deswegen rückten nun auch die damaligen Täter und Verantwortlichen in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussionen und somit des österreichischen Gedächtnisses. In einem Flugblatt, in dem die Programmatik der Aktion deutlich gemacht werden sollte, wurde auf die „schuldhafte österreichische Beteiligung am Nationalsozialismus“<sup>187</sup> hingewiesen. Der lange totgeschwiegene Aspekt einer österreichischen Mitschuld trat nun stärker in den Vordergrund. Die Verantwortung Österreichs und der Österreicher zwischen 1938 und 1945 wurde immer stärker thematisiert, und zwar nicht nur in der Geschichtswissenschaft, sondern auch in den emotional öffentlich geführten Diskussionen, die bei der Mahnwache am Stephansdom geführt wurden.

Dies war ein Ausdruck dessen, was sich seit der Wahl Waldheims und den daraus folgenden außen- und innenpolitischen Auswirkungen deutlich abzeichnete. Die Mahnwache war ein Symbol für eine deutliche Abgrenzung an die seit 1945 etablierte Sichtweise. Der „Opfermythos“ machte ebenso wie das Andenken an die gefallenen Soldaten allmählich der Beschäftigung mit den österreichischen Tätern Platz. Bis dahin waren diese beiden gegenläufigen Ansichten über die jüngere Vergangenheit prägend für das Gedenken an die Herrschaft der Nationalsozialisten gewesen. Dieses Zusammentreffen führte oftmals zu Debatten und Skandalen, vor allem als ein Resultat von Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Diese Konstellation war der Nährboden für die „Waldheim-Affäre“ gewesen, in deren Folge österreichische Nachkriegsmythen widerlegt

---

<sup>187</sup> zitiert nach: Klambauer, S. 111.

wurden und sie so zum „Ende der Opferthese“<sup>188</sup> führte. Mit dem Appell zur Revision der österreichischen Identität, die sich seit dem Ende des Krieges herausgebildet hatte, und deren Kern diese Nachkriegsmythen beinhaltete, wurde eine „glaubwürdige (Neu-)Begründung einer antifaschistischen Identität“<sup>189</sup> propagiert.

### 13. Schluss

Die Ergebnisse des österreichischen Widerstandskampfes sind eher gering. Das NS-Regime konnte durch die Aktivitäten nie ernsthaft gefährdet werden. Allein die Erfolge der Alliierten an den verschiedenen Fronten konnten der Herrschaft der Nationalsozialisten ein Ende setzen. Auch die Schwächung der Kriegsindustrie wurde durch die Sabotageakte, durch bewusste Nichterfüllung geforderter Arbeiten oder Verrat an die Alliierten nicht erreicht. Trotzdem rückte eine der Widerstandsgruppen nach dem Krieg in den Fokus von historischer Forschung und österreichischer Öffentlichkeit.

Deshalb sollte in der vorliegenden Arbeit die Bedeutung der österreichischen Widerstandsgruppe O5 untersucht werden. Dabei ging es darum, anhand ihrer operativen und politischen Tätigkeit zu zeigen, dass der Gruppe keine Bedeutung zusteht, die sie über andere Widerstandsgruppen erhebt. Einzig und allein ihr Emblem konnte während des Krieges eine symbolische Funktion erhalten und wurde im Verlauf der Nachkriegszeit zu einem wichtigen Bestandteil österreichischer Identität.

Es wurde deutlich gemacht, dass die große Zustimmung der österreichischen Bevölkerung zum „Anschluß“ an das Deutsche Reich und zur Herrschaft der Nationalsozialisten die Bildung effektiver Widerstandsgruppen verhinderte. Diejenigen, die trotzdem entstehen konnten waren von geringer Anzahl, schlecht

---

<sup>188</sup> Peter Larndorfer: Gedächtnis und Musealisierung – Die Inszenierung von Gedächtnis am Beispiel der Ausstellung „Der österreichische Freiheitskampf 1934-1945“ im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands 1978-2005, Wien 2009, S. 71.

<sup>189</sup> Klambauer, S. 114.

ausgestattet und somit wenig effektiv und besaßen keinen Rückhalt in der Bevölkerung.

Dies änderte sich erst durch das Kriegsgeschehen, in deren Verlauf die Niederlage des Dritten Reiches immer deutlicher wurde und somit auch Österreich ernste Konsequenzen für seine Mitschuld an den Verbrechen von Wehrmacht und SS drohten. Die Moskauer Deklaration, in der ein unabhängiges Österreich proklamiert wurde, dessen Beitrag zur Befreiung bei der Bewertung seiner Verantwortung berücksichtigt würde, gab einen neuen Impuls und führte schließlich zur Bildung neuer Gruppen, die sich einerseits nun klar zur österreichischen Nation bekannten und sich andererseits nicht mehr so starr an politischen Unterschieden orientierten.

Die O5, die Repräsentanten aller politischen Lager in sich vereinte, gehörte zu den ganz wenigen Gruppen, in der die politische Meinung ihrer Mitglieder kaum eine Rolle spielte. Unabhängig von der jeweiligen politischen Ideologie ihrer Mitglieder war das vorherrschende Ziel ihrer Tätigkeit die Befreiung Österreichs von der Herrschaft der Nationalsozialisten gewesen. Hinter diesem gemeinsamen Ziel, standen die politischen Gegensätze zurück.

Mit der Schaffung der O5 entstand eine überparteiliche, pro-österreichische Gruppe, die aufgrund ihres Programms und zum Teil herausragender Repräsentanten Verbindungen zu verschiedensten Widerstandsgruppen im In- und Ausland aufbauen konnte.

Zusammenfassend betrachtet lässt sich nach dem Auswerten der vorliegenden Quellen feststellen, dass es für bedeutende Aktivitäten im operativen Bereich keinerlei halbwegs objektive Beweise gibt. Alle Informationen über durchgeführte Sabotageakte oder Attentatsversuche stammen von den beteiligten Personen, während es gleichzeitig in den Rapporten der Gestapo keine Berichte über solche Vorgänge gibt. Aus diesem Grund muss man annehmen, dass die Gruppe das Kriegsgeschehen in Österreich, trotz mancher gelungener kurzweiliger Störung, nicht wesentlich beeinträchtigte. Somit war sie mit einem ihrer Hauptziele eindeutig gescheitert.

Auch die Ergebnisse ihrer Zusammenarbeit mit Widerständlern in der Wehrmacht sind zwiespältig. Durch die Infiltrierung relevanter Einheiten dürfte sicherlich eine

Vielzahl von österreichischen Soldaten zum Beispiel durch falsche Krankmeldungen dem Frontdienst entgangen sein. Mit der Carl Szokoll arbeitete die O5 zudem eng zusammen und war in die Planungen des Aufstands im April 1945 eingebunden. Doch das Scheitern der „Operation Radetzky“ war auch für die O5 ein entscheidender Rückschlag gewesen.

Das Fehlen einer gemeinsamen Vertretung des österreichischen Widerstandes erschwerte vor allem die Anerkennung und Unterstützung durch die Staaten, die gegen das Dritte Reich kämpften. Dies wollte die O5 ändern, und versuchte, diese Kontakte herzustellen. Die politische Konzeption der O5 beruhte darauf, eine Dachorganisation der österreichischen Parteien zu bilden. So wollte man in Verhandlungen gegenüber den Besatzungsmächten energischer auftreten, da man alle oder zumindest große Teile der Gesellschaft zu vertreten glaubte. Bei dieser Tätigkeit hat sich vor allem Fritz Molden als Organisator hervorgetan, der Verbindungen zu jugoslawischen Partisanen, sowie zum amerikanischen Geheimdienst aufbaute. Durch diese Tätigkeit wurde Molden einer der wichtigsten Männer für den Austausch von Informationen zwischen Österreichern und ausländischen Behörden. Dies verschaffte der O5 einerseits die Anerkennung der westlichen Alliierten, so dass sie politisch aufgewertet wurde, da sie logistische Unterstützung erhielt, was sie von anderen Gruppen unterschied.

Andererseits führte aber gerade diese enge Verbindung zu Misstrauen auf Seiten der Sowjetunion, die in der O5 einen Ableger westlicher Geheimdienste sah, und daher deren Tätigkeit, nach einer kurzen Phase der Kooperation in den ersten Tagen der Befreiung Wiens, schnell beendeten und den drei Parteien die Kompetenzen zum Aufbau des Staates übertrug. Auch wenn die O5 viele Personen des gesamten politischen Spektrums in sich vereinigte, war sie dennoch, auch aufgrund charismatischer Persönlichkeiten wie Hans Becker, Fritz Molden oder Willy von Thurn und Taxis, eine bürgerlich geprägte Organisation.

Ein weiteres Manko war, das mit den parteipolitischen Widerstandsbewegungen nur wenig Kontakt bestand, da die entscheidenden Treffen, die zur Bildung der O5 führten, seit dem Spätherbst 1944 stattfanden. Zu dieser Zeit befanden sich die führenden Parteimitglieder der Sozialisten und Christlichsozialen im KZ

Mauthausen, während ein Großteil der kommunistischen Führungsriege im Exil auf ihre Rückkehr wartete. Einzig mit den Sozialisten im englischen Exil herrschte ein kontinuierlicher Kontakt, allerdings besaßen diese nach ihrer Rückkehr, nicht die Macht und womöglich auch nicht den Willen, die O5 zu unterstützen. So erfolgte die Entwicklung der O5 ohne Wissen und Beteiligung der etablierten Parteien.

Aus den genannten Gründen musste der Plan, nach Beendigung des Krieges als Dachorganisation der österreichischen Parteien zu fungieren, scheitern. Die O5 setzte in den ersten Tagen der Befreiung Wiens darauf, dass sie die einzig funktionierende politische Organisation war. Dies konnte nur funktionieren, solange die Parteien nicht ihre Strukturen aufgebaut hatten und die sowjetischen Behörden die O5 gewähren ließen.

Ihre Absicht, in Verhandlungen mit den alliierten Mächten die einzig legitime politische Vertretung Österreichs verkörpern zu können, und in den Gebieten Ostösterreichs, die schon von der Roten Armee befreit wurden waren, die Verwaltung zu übernehmen, war nicht mehr als eine Utopie politisch unerfahrener Naivlinge. Bis auf Hans Becker hatten sehr wenige der handelnden Personen Erfahrung im Aufbau einer politischen Organisation.

Durch die Verhaftungen im Frühjahr 1945, bei denen unter anderem Hans Becker, Ernst Spitz, und Major Stillfried festgenommen wurden, wurde das POEN nahezu vollständig ausgelöscht und seiner fähigsten Mitglieder beraubt. So konnte es zum Zeitpunkt der Befreiung gar nicht die von ihm angestrebten Aufgaben durchführen. Der Mangel an geeigneten Politikern wurde nur noch dadurch übertroffen, dass die Gruppe ihr Konzept einer Dachorganisation über die Köpfe der anderen Parteien hinweg durchzusetzen versuchte. Diese Konzeption war für die anderen Parteien aber völlig inakzeptabel und so kam es rasch zur Wiedererrichtung von SPÖ, KPÖ und zur Gründung der ÖVP. Die im POEN und Siebenerausschuß tätigen Parteivertreter hatten häufig keine Unterstützung seitens dieser Parteien oder traten ihnen nach deren Neugründung schleunigst bei. Dadurch wurde das politische Konzept der O5 innerhalb von wenigen Tagen zunichte gemacht.

Die Verdienste der Widerständler rückten bald als Folge des Kalten Krieges in den Hintergrund. Gleichzeitig mit Auflösung der O5 traten ihre Mitglieder zu den

anderen Parteien über. Einige von ihnen waren direkt bei der Wiedererrichtung des österreichischen Staates verantwortlich, allerdings nicht als Mitglieder der O5. Sie waren, wie Raoul Bumballa für die ÖVP, Mitglied der provisorischen Regierung oder waren in anderer Form beim politischen Aufbau von Verwaltung und des politischen Systems tätig. Viele von ihnen wechselten in den Diplomatischen Dienst der Zweiten Republik, wie unter anderem Hans Becker.

Diejenigen Widerstandskämpfer, die sich nicht einer der drei Parteien anschlossen gründeten vielfach Organisationen, häufig mit dem Ziel, die Interessen der ehemaligen Widerständler und anderer Opfer des NS-Regimes zu vertreten. Häufig waren Resignation und Enttäuschung über die Besetzung der Provisorischen Regierung oder über die fehlende Wertschätzung seitens der österreichischen Gesellschaft Grund für diese Gründungen. Wilhelm von Thurn und Taxis versuchte zum Beispiel im Mai 1945 einen österreichischen Wiederaufbauverein zu gründen. Dieser Verein folgte wiederum dem Konzept einer überparteilichen Organisation, weshalb die führenden Vertreter der Parteien zur Teilnahme eingeladen wurden. Erneut folgte aber diesem Angebot zur Kooperation die Ablehnung der Parteien. Somit scheiterte auch dieser Versuch, eine Organisation unter Beteiligung aller Parteien aufzubauen.

Anstelle des Kampfes gegen den Faschismus wurde nun der Antikommunismus zu einem zentralen politischen und gesellschaftlichen Thema gemacht. Dies war verbunden mit der Wiedereingliederung ehemaliger Nationalsozialisten in das politische Geschehen, da man einerseits auf ihre Expertise in der Verwaltung angewiesen war und man andererseits die zahlreichen ehemaligen Unterstützer der NSDAP als Wähler für sich gewinnen wollte.

Nur außenpolitisch besaß der Widerstand einen Wert, wie sich in den Verhandlungen nach Kriegsende herausstellte. Bei diesen Verhandlungen wollte die verantwortlichen Staatsmänner mit Hilfe der Widerstandsaktivitäten die Bestätigung der vier Siegermächte erhalten, dass es einen Beitrag zu seiner Befreiung geleistet hatte.

Mit dem Aufbau des neuen Staates erfolgte gleichzeitig die Grundsteinlegung zur Schaffung einer österreichischen Identität. Diese stimmte nur zu einem geringen Teil mit den historischen Fakten und der von der Bevölkerung erlebten

Wirklichkeit überein. Zentraler Bestandteil dieser Identität bildete dabei die aus der Moskauer Deklaration übernommene Aussage, dass Österreich militärisch von der Wehrmacht besetzt wurde und dass es sich beim „Anschluß“ um keinen völkerrechtlich legitimen Rechtsakt handelte, und es somit das erste Opfer der Expansionsbestrebungen der Nationalsozialisten gewesen sei.

Seitdem in den 1960er Jahren im Zuge eines gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses es zu verstärkten Bestrebungen kam, die Geschichte der Jahre 1938 bis 1945 aufzuarbeiten, rückten auch die Widerstandskämpfer stärker in den Fokus. Dabei entstand in der Geschichtswissenschaft, wie auch in der öffentlichen Meinung, das Bild von der O5 als der einzigen bedeutenden Widerstandsgruppe.

Ein Grund für ihre Popularität war die personelle Zusammensetzung der Gruppe. In ihr schlossen sich Vertreter verschiedenster politischer Parteien und sozialen Milieus zusammen, um gegen die Besatzung zu kämpfen. Dies war aufgrund der Spaltung der österreichischen Gesellschaft im „Ständestaat“ in sich feindlich gesinnte Lager ein Novum. Die Zweite Republik war von Anfang an als eine Antwort auf den „Ständestaat“ mit seinen bürgerkriegsähnlichen Zuständen konzipiert worden. Die Fragmentierung der Gesellschaft sollte durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Parteien, vor allem von SPÖ und ÖVP, überwunden werden. Der überparteiliche Ansatz der O5 machte sie zu einem idealen Subjekt dieses Vorhabens.

Gleichzeitig dürfte der Umstand, dass es sich um eine bürgerlich dominierte Gruppe handelte und dass der von den beiden Volksparteien vorgegebene Antikommunismus in der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fiel, die Überbewertung der O5 ermöglicht haben.

Zugleich konnte die Gruppe mit ihrem klaren Bekenntnis zu einem unabhängigen und demokratischen Österreich, das alle Bestrebungen, die ein Großdeutschland oder die Wiedereinführung der Monarchie vorsahen, ein neues Idealbild eines österreichischen Staates entgegenstellen.

Dem entsprechend wurde das O5-Zeichen, das zunächst nur auf die Mauern des Stephansdoms gemalt wurden war, 1965 eingraviert. Zusammen mit dem bereits als Referenzpunkt für österreichische Identität dienenden Stephansdom entstand ein markanter Erinnerungsort österreichischer Geschichte. Durch den Protest gegen

die Wahl des früheren Wehrmachtsoldaten Kurt Waldheim 1986 wurde dieses Zeichen weiter mit Symbolik aufgeladen.

## Bibliographie

### Literatur

Wilfried Aichinger: Sowjetische Österreichpolitik 1943-1945, Wien 1977.

Hans Becker: Österreichs Freiheitskampf. Die Widerstandsbewegung in ihrer historischen Bedeutung, Wien 1946.

Gerhard Botz: Methoden- und Theorieprobleme der historischen Widerstandsforschung, in: Helmut Konrad/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewusstsein. Festschrift zum 20jährigen Bestand des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und zum 60. Geburtstag von Herbert Steiner, Wien 1983.

Peter Diem: Die Symbole Österreichs. Zeit und Geschichte in Zeichen, Wien 1995.

Ernst Fischer: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945-1955, Wien 1973.

Wolfgang Form, Ursula Schwarz: Die Tagesrapporte der Gestapo-Leitstelle Wien, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Jahrbuch 2011, 209-229, Wien 2011.

Claudia Hoerschelmann: Exilland Schweiz. Österreichische Emigranten und Flüchtlinge in der Schweiz von 1938 bis 1945, Wien 1995.

Willibald Holzer: Im Schatten des Faschismus. Der österreichische Widerstand gegen den Nationalsozialismus (1938-1945), Wien 1978.

Gerhard Jagschitz: Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung, in: Andreas Hilger, Mike Schmeitzner, Clemens Vollnhals (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer

Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955, 367-416, Göttingen 2006.

Gerhard Jagschitz: Der österreichische Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime 1938-1945 in: Peter Schneck, Karl Sretenovic (Hrsg.), Zeitgeschichte als Auftrag politischer Bildung. Lehren aus der Vergangenheit (Pädagogik der Gegenwart 408), Wien 1979.

Karl Klambauer: Österreichische Gedenkkultur zu Widerstand und Krieg. Denkmäler und Gedächtnisorte in Wien 1945-1986, Wien 2006.

Josef Kocensky (Hg.): Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1945-1955, Wien 1970.

Robert Kriechbaumer: Von der Illegalität zur Legalität. Die ÖVP im Jahr 1945. Politische und geistesgeschichtliche Aspekte des Entstehens der Zweiten Republik, Wien 1985.

Peter Larndorfer: Gedächtnis und Musealisierung. Die Inszenierung von Gedächtnis am Beispiel der Ausstellung „Der österreichische Freiheitskampf 1934-1945“ im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands 1978-2005, Wien 2009.

Radomir Luža: Der Widerstand in Österreich 1938-1945, Wien 1985.

Walter Manoschek: Versmähte Erbschaft. Österreichs Umgang mit dem Nationalsozialismus 1945-1955, in: Österreich 1945-1955. Gesellschaft – Politik – Kultur, Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos (Hrsg.), 94-104, Wien 1995.

Hermann Mitteräcker: Kampf und Opfer für Österreich. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Widerstandes 1938 bis 1945, Wien 1963.

Fritz Molden: Fepolinski & Waschlapski auf dem berstenden Stern. Bericht einer unruhigen Jugend, Wien 1997.

Fritz Molden: Feuer in der Nacht. Opfer und Sinn des österreichischen Widerstandes 1938-1945, Wien 1988.

Otto Molden: Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938-1945. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Widerstandsbewegung, Wien 1958.

Hans Mommsen: Widerstand und politische Kultur in Deutschland und Österreich, Wien 1994.

Wolfgang Mueller, Arnold Suppan, Norman M. Naimark, Gennadij Bordjugov (Hrsg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945-1955. Dokumente aus russischen Archiven, Wien 2005.

Wolfgang Mueller: Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945-1955 und ihre politische Mission, Wien 2005.

Wolfgang Neugebauer: „Widerstandsforschung in Österreich“, in: Anton Pelinka, Erika Weinzierl (Hrsg.): Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit, 163-173, Wien 1997.

Wolfgang Neugebauer: Der österreichische Widerstand 1938-1945, Wien 2008.

Wolfgang Neugebauer: Bewaffneter Widerstand. Widerstand im Militär. Ein Überblick, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.), Jahrbuch 2009, 12-36, Wien 2009.

Anton Pelinka: Der verdrängte Bürgerkrieg, in: Anton Pelinka, Erika Weinzierl (Hrsg.): Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit, 143-152, Wien 1997.

Oliver Rathkolb: Raoul Bumballa, ein politischer Non-Konformist 1945. Fallstudie zur Funktion der „O5“ im Widerstand und in der Parteienrestauration, in: Unterdrückung und Emanzipation. Festschrift für Erika Weinzierl zum 60.

Geburtstag. Rudolf G. Adelt, Wolfgang J. A. Huber, Anton Staudinger (Hrsg.), 295-321, Wien 1985.

Oliver Rathkolb: Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Umgang nach 1945, in: Grete Anzensgruber, u.a. (Hrsg.), Erinnerungsarbeit 1938/88. Ein Schulheft zum Umdenken, 69-72, Wien 1988.

Manfried Rauchensteiner: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Wien 1979.

Karin Ruprecht: Die Widerstandsjahre 1938-1945 in Österreich. Von den ersten unorganisierten Widerstandsgruppen zum zentral gelenkten Widerstand durch die 'O5', Wien 1990.

Adolf Schärf: April 1945 in Wien, Wien 1948.

Adolf Schärf: Österreichs Wiederaufrichtung im Jahre 1945, Wien 1960.

Gordon Shepherd: Die österreichische Odyssee, Wien 1958.

Felix Slavik: Erinnerungen an das Jahr 1945, in: Wiener Geschichtsblätter, Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.), Jahrgang 30, 272-279, Wien 1975.

Gerhard Steinacher: „...der einzige Österreicher in der Schweiz, der den Nazis effektiv Widerstand leistete“. Wilhelm Bruckner und der „österreichische Wehrverband Patria“ 1943-1946, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Jahrbuch 2001, 147-183, Wien 2001.

Barbara Stelzl-Marx: Carl Szokoll und die Operation „Radetzky“. Militärischer Widerstand in Wien 1945 im Spiegel sowjetischer Dokumente, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.) Jahrbuch 2009, 95-113, Wien 2009.

Carl Szokoll: Die Rettung Wiens 1945. Mein Leben, mein Anteil an der Verschwörung gegen Hitler und an der Befreiung Österreichs, Wien 2001.

Stephan Verosta: Die internationale Stellung Österreichs. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938 bis 1947, Wien 1947.

Gundula Walterskirchen: Blaues Blut für Österreich. Adelige im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Wien 2000.

Lois Weinberger: Der neue Beginn. in: Wiener Geschichtsblätter, Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.) Jahrgang 30, 269-272, Wien 1975.

Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.), Bd. 2 1938-1945; Wien 1984.

## Quellen

ÖGZ, DO 19, Mappe V, Bericht 41: Bericht über die Tätigkeit der „O5“ nach der Befreiung Wiens.

ÖGZ, DO 20, Mappe X, Dokument 6: Bericht des Generalstabs O5 vom 3. März 1945.

DÖW, Nr. 590, Tätigkeitsbericht über die militärischen Planungen und den Einsatz von Österreichern zur Beschleunigung der Befreiung vom Nazismus.

DÖW, Nr. 2595, Mitteilungen der Österreichischen Liga demokratischer Freiheitskämpfer, Wien, Januar 1946.

DÖW, Nr. 3767, Bulletin „London Information“ des Londoner Büros der Sozialisten vom 14. April 1945.

DÖW, Nr. 3868, Korrespondenz der „O5“ mit der Nationalbank über die Einsetzung des Widerstandskämpfers Eugen Kaniak.

DÖW, Nr. 4414, Schilderung der Tätigkeit des Dr. Walther Ernst Heydendorff in der Zeit 1943-45 gegen den deutschen Faschismus, Wien 1967.

DÖW, Nr. 5199, Gedächtnisprotokoll von Dr. Franz Sobek vom 30. September 1968 über die Besetzung und Sicherstellung der österreichischen Ministerien durch die „O5“ am 14. April 1945, sowie die Neuorganisation des österreichischen Verwaltungsapparates; Tagebuchaufzeichnungen von Generalsekretär Wildner vom 16. April 1945 über die erste Beamtenbesprechung im Bundeskanzleramt.

DÖW, Nr. 5887, Aus den Kommentaren und Analysen des Schweizerischen Büros Hans Hausamann; Nachrichten- und Sicherheitsdienst des Armeekommandos der Schweiz während des 2. Weltkriegs, Bericht vom 24. März 1944.

DÖW, Nr. 7936, Aide Memoire betreffend das Zentralkomitee Österreich (O5).

DÖW, Nr. 8832, Dokumente des Freiheitskämpfers August Hermann Zeiz.

DÖW, Nr. 11.168, Telegramm des US-Streitkräfte Hauptquartiers in Caserta (Italien) über die ersten Nachrichten aus Österreich bezüglich des Einmarsches der sowjetischen Truppen, 12. April 1945.

DÖW, Nr. 12.667, Informationsstudie des OSS: POEN and the Austrian Underground, 13. April 1945.

DÖW, Nr. 21032, Zeugenvernehmung von Raoul Bumballa in der Strafsache gegen Dr. Paul Antosch, 4. Februar 1946.

Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 4, 19.-25.1. 1945.

Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 4, 24.-30.11. 1944.

Gestapo Wien, Tagesbericht Nr. 3, 15.-21.12. 1944.

## Zusammenfassung

Obwohl sie nur knapp zwei Jahre bestand, galt die Widerstandsgruppe O5 als wichtigste und größte Bewegung in Österreich während des Zweiten Weltkriegs. Im Gegensatz zu vielen anderen Gruppen, bekannte sie sich klar zu einem unabhängigen und demokratischen Österreich und fasste Anhänger verschiedenster politischer Strömungen zusammen.

Die vorliegende Arbeit versucht zu klären, welche Bedeutung die O5 während und nach den Zweiten Weltkrieg hatte.

Dabei richtet sich der Fokus zunächst auf die Situation des Widerstandes in Österreich seit 1938, die Entwicklung der O5, sowie auf die durchgeführten Operationen und politische Bestrebungen. Dabei wird festgestellt, dass nichts dafür spricht, dass Aktivitäten der Gruppe den Krieg in irgendeiner Weise beeinträchtigt hätten.

Außerdem werden die Kontakte der Gruppe zu den alliierten Mächten analysiert, mit dem Resultat, dass die Gruppe aufgrund ihrer bürgerlichen Prägung nur bei den westlichen Alliierten Gehör fand, während sie bei der UdSSR auf Skepsis und Ablehnung stießen.

Für die Zeit nach der Befreiung wird untersucht, inwieweit die O5 ihrem Anspruch gerecht werden konnte, politische und administrative Aufgaben zu übernehmen. Es stellt sich heraus, dass die Ablehnung durch die Parteien und die sowjetischen Behörden, sowie durch das Fehlen eines politischen Gesamtkonzeptes dazu führte, dass die Gruppe ihre Konzeption in keinsten Weise umsetzen konnte.

Im letzten Teil wird die symbolische Aufladung des O5-Zeichens analysiert. Dabei zeigt sich, dass das Symbol aufgrund seiner symbolischen Wirkung die Gruppe von anderen Bewegungen klar abgrenzte. Zudem wird deutlich, dass das in die Mauern des Stephansdoms eingravierte „O5“ seit den 1960er Jahren zu einem der wichtigsten Orte österreichischer Identität geworden ist.

Methodologisch beruht diese Untersuchung auf historischen Quellen wie Berichten, diverser Streitkräften und Nachrichtendienste. Hinzu Kommunikués, Flugblätter sowie Memoiren und Tagebuchaufzeichnungen ehemaliger Widerstandskämpfer. Diese Quellen stammen einerseits aus dem Dokumentationsarchiv des

österreichischen Widerstandes (DÖW) und der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte (ÖGZ). Außerdem beruht diese Analyse auf der vorhandenen Sekundärliteratur die seit dem Ende der 1950er Jahre erschienen ist.

## Abstract

Although she existed barely two years, the resistance group O5 was considered most important and largest movement in Austria during World War II. Unlike many other groups, the O5 is clearly known to fight for an independent and democratic Austria and took supporters of various political ideologies.

The present study attempts to clarify the significance of the O5 during and after World War II.

Here the focus is first on the situation of resistance in Austria since 1938, the development of O5, and the operations performed, and political aspirations. Furthermore the paper shows that there is no evidence that the activities of the group have affected the war in any way.

Moreover, the link between the Allied Powers and the O5 will be analyzed. The result indicates that the group was only supported by the Western Allies. It shows that the O5 was rather seen with scepticism and rejection by the USSR because of its bourgeois character.

For the period after the liberation this paper examined to what extent the O5 could fulfil its own expectations, regarding political power and administrative tasks. It turns out that the rejection by the Austrian parties, the Soviet authorities and the lack of an overall political concept, led to the liquidation of the group.

In the last part the symbolic character of the O5-icon is analyzed. It is shown that the symbolic effect demarcated the group apart from other movements. In addition, it is clear that the engraved "O5" in the walls of the Stephansdom in Vienna, since the 1960s has become one of the most important places of Austrian identity.

Methodologically this study is based on historical sources such as reports of various armed forces and intelligence services. In addition, communiqués, flyers, and memoirs of former resistance fighters will be analyzed.

## Lebenslauf

**Christhard Schneider** geb. am 20. März 1984 in Dessau

**Nationalität** deutsch

### Schulische Ausbildung

**1990 - 1996** Grundschule in Dessau und Berlin

**1996 - 2003** Rheingau Oberschule in Berlin (Abschluss Abitur)

### Zivildienst

**Dez 2003 - Okt 2004** Krankentransport im Helios Klinikum Emil von Behring Berlin

### Hochschulausbildung

**Okt 2004 - Apr 2005** Studium an der FU Berlin, Fachrichtung: evangelische Theologie und nichtchristliche Religionen

**Apr 2005 - Okt 2007** Studium an der FU Berlin, Fachrichtungen: Geschichte und Islamwissenschaft

**Okt 2007 - Aug 2010** Studium an der HU Berlin, Fachrichtungen: Geschichte und Skandinavistik; Abschluss: Bachelor of Arts mit Gesamturteil: Gut (2,0)

**Okt 2010 - Nov 2012** Studium an der Universität Wien, Fachrichtung: Globalgeschichte und Global Studies; voraussichtlicher Abschluss im November: Master of Arts

### Auslandsstudium

**Feb - Jul 2009** Auslandssemester an der Universität Kopenhagen, Fachrichtung: Geschichte und Skandinavistik

**Sep 2011 - Feb 2012** Auslandssemester an der Universität Breslau, Fachrichtung: Globalgeschichte und Global Studies

### Praktische Erfahrung

**Sep - Dez 2008** Praktikum in der Senatskanzlei Berlin; Bereich: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

**Nov - Dez 2010** Praktikum an der Botschaft der Arabischen Republik Ägypten in Wien ; Bereich: Kulturabteilung